Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

GENERAL LIBRARY
DEC 21 1920
UNIV. OF MICH.
J A
1 4
D486

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 33
Rohrbach, Wie man Frankreich in den Krieg brachte . 35
Schmidt, Das Ende des Rätesystems 39
Graf Roedern, Wirtschaftsethik 42
Langenhagen, Leitgedanken zur Frage d. Beamtentums 47
Waltemath, Hunger und Revolution 52
Brief an die „Deutsche Politik" 59

Preis vierteljährlich M 10.–, das einzelne Heft M 1.–

5. Jahrgang 9. Juli 1920 Heft 28

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Dahlmann

Vorkämpfer deutscher Freiheit

Todesstrafe im Frankfurter Parlament 1848	M.	—.60
Dahlmann, Politik	„	—.30
Pfizer, Briefwechsel zweier Deutscher	„	—.50
Harkort, Bürger- und Bauernbrief	„	—.30
Twesten, Mächte der Reaktion und der Staat	„	—.30
Virchow, Politische Reden	„	—.60
Moser, Freie Worte aus der Zeit des Absolutismus des 18. Jahrh.	„	—.60
Unruh, Autorität oder Majorität	„	—.30
Kinkel, Verteidigungsrede	„	—.40
Uhland, Freiheitliches Vermächtnis	„	—.90
Rießer, Reden zur freiheitlichen Entwicklung	„	—.90

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung, sonst direkt vom Verlag

Politischer Verlag B. Heller, München

Herzog-Maxstraße 4

Geschäftserfolg und Lebenserfolg

Von **Dr. Paul Lechler**

Soeben erschien die **6. Auflage**, das 21.—24. Tausend

„Eine praktische Pädagogik für den Kaufmannsstand, die meines Wissens in der deutschen Literatur ihresgleichen nicht hat." (Deutsche Lehrerzeitung.)

Schatzkästlein für jeden strebsamen Kaufmann, Techniker und Gewerbetreibenden

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Der Bürger im Volksstaat

Eine Einführung in Staatskunde und Politik

Herausgegeben von

Dr. Hermann Sacher

270 Seiten, gebunden Mark 11.— (und Zuschläge)

Herder & Co. G. m. b. H. Verlagsbuchhandlung, Freiburg im Breisgau

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN S. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt

Möbeltransport — Lagerung.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 9. Juli 1920 * Heft 28

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Man kann das Problem Spa von Deutschland zwiefach betrachten. Die einen glauben, daß die Verständigung über ein europäisches wirtschaftliches Programm das wesentliche Ziel aller auswärtigen Ueberlegungen ist. Ob sie mit einem Mehr, einem Weniger an Erwartungen an diese Dinge herangehen: hier sehen sie den Kern der positiven Auslandspolitik, und die kontinentaleuropäischen Perspektiven hellen sich auf, wenn Berlin nur erst an Paris „loyale Vorschläge" macht. Die Wirtschaftskrisis ist ja nun kein deutsches, kaum mehr ein europäisches Problem, und sie bedarf gewisser internationaler Solidarität. Aber man soll in diesem nicht die Aufgabe unserer Auslandspolitik erschöpft sehen. Wir müssen immer und immer wieder die Revision des Prozesses verlangen, der uns schuldig sprach, ohne daß wir gehört waren, ohne daß Richter nach Recht suchten. Das erscheint manchen unbequem — denn das Moralische ist eine Störung zwischen dem Geschäftlichen. Aber zum Sturz des ganzen Friedenswerkes kommen wir erst, wenn es in seinen moralischen Ansprüchen erschüttert ist.

*

Der Zusammentritt des Reichswirtschaftsrates hat viele Hoffnungen lebendig werden lassen, daß von diesem neuen parlamentarischen Körper eine Gesundung unserer öffentlichen Verhältnisse ausgehen werde. Mögen sich alle diese Erwartungen erfüllen! Zunächst verbreitet sich aber um diese Neubildung das Gefühl der Unsicherheit, daß sie nichts anderes sein werde als eine Wiederholung der Redeveranstaltungen, die im Wesen des parlamentarischen Betriebes begründet sind. Denn darüber hinaus weiß niemand recht, wie die Gruppenbildung, wie ein Abstimmungsverfahren sich entwickeln werden, die ein anderes Gesicht zeigen als im politischen Reichstag. Werden die Berufsgruppen geschlossen abstimmen, wie es die alten Stände taten? Was wird dann aus den Gruppen, die zwischen den großen Berufen eingesprengt sind? Sie hängen in der Luft. Aber gerade sie sind die wertvollsten Kräfte, denn von ihnen nimmt man an, daß sie keine Interessen, sondern das Gemeinwohl ver-

Digitized by Google

treten. Die Ausschüsse sitzen jetzt hinter der Arbeitslosenfrage. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß die erlösende Idee gefunden werde, denn sie war auch bisher nicht verboten.

*

Helfferich hätte während des Krieges den Nachweis bringen können, daß er ein großer Staatsmann sei — denn der Umbau des deutschen Finanzwesens, unabhängig vom Schwanken der Kriegslage, von törichter Rechnung mit Entschädigungen, das war die große Aufgabe, deutlich, greifbar. Wenn Helfferich heute erzählt, daß der von ihm so verachtete Erzberger ihm Schwierigkeiten gemacht habe, so ist das nichts als eine Parteipointe; denn der große Staatsmann wird mit Erzberger fertig, wenn er zu einem großen Ziel will. Aber leider, den begabten Mann haben die Enttäuschungen in die Enge der Parteileidenschaften getrieben — drei Tage vor Spas Beginnen repetiert er seine Wahlrede im Reichstag und zerfetzt die Möglichkeit, das Parlament zu einer tragischen Erkenntnis der schweren Stunde zu bringen.

*

Schiffer hat neulich im Reichstag von der geringen Eignung der Deutschen für die auswärtige Politik gesprochen. Am gleichen Tage hat das Parlament selber eine Probe gegeben, wie sehr dies Urteil auch ihm gilt. Man kann über Talent und Charakter von Dr. Stresemann freundschaftlicher denken, als es in diesen Blättern gelegentlich zum Ausdruck kam, aber daß dieser Mann in diesem Augenblick an die Spitze des Ausschusses für auswärtige Politik gestellt wurde, ist fast grotesk. Nicht nur, was er während des Krieges tat und vertrat, mußte zur Vorsicht mahnen; er hat auch während der Wahlbewegung die auswärtigen Probleme so sehr auf Versammlungslogik vereinfacht, daß es einem Angst werden könnte, wenn er etwa das amerikanische, das englische oder russische Problem so primitiv handhaben wollte, wie es da geschehen.

*

Der Vorstand der Mehrheitssozialdemokratie schreibt gratis Flugblätter für die Unabhängigen. Etwas ähnlich Törichtes und Unwahrhaftiges wie die vertrauliche Anweisung an die Parteipresse ist lange nicht fabriziert worden. Die Mehrheitssozialdemokratie beschimpft die Unabhängigen Tag um Tag, daß sie ein Regiment Helfferich und Ludendorff herbeiführen; vertraulich aber teilt sie ihren Leuten mit, daß sie dasselbe will. Die Unabhängige Partei, die an der hemmungslosen Senilität Ledebours krank ist, bekommt von Scheidemann kräftigende Arzneien — denn dieser überkluge Brief kann morgen als Flugblatt in die Welt gehen. Man soll bekanntlich keine Briefe schreiben. Ein Parteivorstand kann sich offenbar an dies Rezept nicht halten. Aber er müßte dann mit der Dummheit etwas haushälterischer sein.

Digitized by Google

Wie man Frankreich in den Krieg brachte

Von Dr. Paul Rohrbach

Der Haß und die Sorge der Franzosen gegenüber Deutschland sind vielleicht das größte Hindernis für die Genesung der Welt. Selbst wenn alle Regierungen und alle Völker mit einer ehrlichen Revision des Friedens von Versailles einverstanden wären, so würden sich die Franzosen immer noch weigern. Eines ihrer stärksten Argumente ist, daß sie von Deutschland durch den Krieg von 1914 überfallen worden sind, daß Deutschland Schuld am Ruin Frankreichs ist, und daß es daher alles bezahlen muß. Diese Voraussetzung des französischen Empfindens ist falsch. Schon im Jahre 1911 schrieb der damalige belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, einen Bericht nach Hause:

Delcassé hat sich gebrüstet, daß er einen Angriffsbund gegen Deutschland zustande gebracht hat... Die Entente cordiale zwischen England und Frankreich ist nicht gegründet auf der positiven Grundlage gemeinsamer Interessen, sondern auf der negativen Grundlage des Hasses gegen das Deutsche Reich. So ist der Revanchegedanke in Frankreich neu erweckt worden.

Trotzdem fehlte viel daran, daß 1914 im Sommer im französischen Volk Kriegslust herrschte. Wir haben darüber ein interessantes englisches Zeugnis in der „Kriegsgeschichte" des „Manchester Guardian" in [illegible] Nummer vom 3. März 1915. Die Schilderung dort lautet:

Als der Ernst der Lage erkannt wurde, offenbarte sich das öffentliche Gefühl in Paris in einer spontanen heftigen Opposition gegen den Krieg. Am Abend des Sonntags vom 26. Juli fand eine gewaltige Demonstration gegen den Krieg auf dem großen Boulevard und den Hauptstraßen im Zentrum von Paris statt. Die Demonstration war nicht organisiert; nur am Morgen waren in der sozialistischen und Gewerkschaftspresse Ankündigungen erschienen und im Laufe des Tages selbst angeschlagen worden. Die Personen, die als aktive Demonstranten oder passive gleichgestimmte Zuschauer teilnahmen, zählten an die Hunderttausende. Der Anblick war unvergeßlich. Eine dichtgedrängte Menge füllte den großen Boulevard, der drei Meilen lang ist, fast seiner ganzen Länge nach. Jeder Verkehr mußte stocken, und die Fußgänger hatten es schwer vorwärts zu kommen. Von Zeit zu Zeit erhob sich ein gewaltiges Rufen: „A bas la guerre", darin die Schreie „Vive l'armée" ertranken, die aus kleinen Gruppen von Royalisten kamen, meist Jünglinge der Bourgeoisie, die eine Gegendemonstration versuchten. Die Sympathie der Massen auf den Trottoirs war unverkennbar auf Seiten der Demonstrationen gegen den Krieg.

Der „Manchester Guardian" erzählt weiter, am 30. Juli habe die Lage hoffnungsvoller geschienen, aber am 31. wurde amtlich in Paris verkündet, Deutschland habe den Zustand der Kriegsgefahr erklärt. Dieser deutsche Akt sei als Provokation erschienen und habe die öffentliche Meinung in Frankreich stark erregt. Man wußte in Paris nicht, sagt der Guardian, „daß Rußland, ohne die französische Regierung zu befragen oder von seiner Absicht zu verständigen, am Abend vorher den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung ausgegeben hatte". Dieser russische Schritt war der Grund

Digitized by Google

dafür, daß Deutschland zwar noch nicht die Mobilmachung, aber doch die Vorstufe, den Zustand der Kriegsgefahr, erklärte.

Bisher hat man geglaubt, daß Rußland vorgegangen ist, ohne Frankreich zu verständigen. Das war die Meinung des „Manchester Guardian" und auch die des deutschen Politikers und späteren sozialdemokratischen Ministers Dr. David in seiner Schrift über die Schuld am Kriege. Am 31. Juli um 7 Uhr abends war der deutsche Botschafter, Herr von Schoen, beim französischen Ministerpräsidenten und wies ihn auf die verhängnisvollen Konsequenzen einer allgemeinen russischen Mobilmachung hin. Der Ministerpräsident antwortete ihm, er sei in keiner Weise von einer angeblichen allgemeinen Mobilmachung Rußlands unterrichtet, auf die die deutsche Regierung als den Grund für ihre militärischen Maßnahmen hinweise.

Die russische allgemeine Mobilmachung war schon seit einigen Tagen im Gange, als sie am 31. Juli frühmorgens an allen Straßenecken in Petersburg und in ganz Rußland angeschlagen wurde. Trotzdem konnte auch der englische Botschafter in Paris am 31. Juli abends spät an Sir Edward Grey telegraphieren, der Botschafter Rußlands habe ihm gesagt, er wisse nichts von einer allgemeinen Mobilisation der russischen Streitkräfte. In Wirklichkeit verhielt sich die Sache anders. Rußland hatte nicht nur mobilgemacht, sondern die Nachricht davon war in der Form „Volle Mobilisation der russischen Armee ohne Ausnahme" durch ein Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg am Morgen des 31. Juli in Paris eingegangen. Das wird bestätigt durch ein Geheimtelegramm des russischen Botschafters Iswolski aus Paris nach Petersburg vom selben Datum. Veröffentlicht ist es durch den Beauftragten der russischen revolutionären Regierung Pokrowski in der Moskauer Wochenschrift „Prawda", Nr. 7, vom 9. März 1919. Daraus ergibt sich, daß der französische Ministerpräsident Viviani den deutschen Botschafter, und der russische Botschafter Iswolski seinen englischen Kollegen belogen haben, als sie ihnen am 31. Juli sagten, ihnen sei nichts von einer allgemeinen russischen Mobilmachung bekannt. Vor allen Dingen aber wurde belogen und sollte belogen werden das französische Volk. Wäre am 31. Juli morgens die russische Mobilmachung in Frankreich bekanntgegeben worden, so hätte es keinen aggressiven Eindruck mehr gemacht, wenn danach mitgeteilt wurde, auch Deutschland bereite sich auf einen Krieg vor.

Zwischen der russischen und der französischen Regierung bestand Einverständnis darüber, daß die öffentliche Meinung in Frankreich erst auf den Krieg „präpariert" werden müsse. Pokrowski teilt auch ein Telegramm Iswolskis nach Petersburg mit, in dem es heißt, die französische Regierung gebe „vollkommen bewußt und kaltblütig" zu, daß das Endresultat der gegenwärtigen Verwicklungen für sie die Notwendigkeit bedeuten könne, am allgemeinen Kriege teilzunehmen, sie müsse aber mit der Stimmung

Digitized by Google

des Parlaments und der öffentlichen Meinung in Frankreich rechnen und bitte dringend, nur im Einverständnis mit ihr vorzugehen. Nur unter dieser Bedingung, heißt es, „kann die Regierung die französische öffentliche Meinung auf die Notwendigkeit, am Kriege teilzunehmen, vorbereiten".

Zur richtigen „Vorbereitung" war vor allen Dingen eine deutsche „Provokation" nötig, und diese Provokation wurde der französischen öffentlichen Meinung dadurch geliefert, daß man ihr die russische Mobilmachung unterschlug, die durch sie verursachte deutsche Erklärung der Kriegsbereitschaft aber mit dem gehörigen Kommentar publizierte. Es gab aber in Frankreich noch einen starken persönlichen Einfluß gegen den Krieg. Das war Jean Jaurès. Zwei Tage vor seinem Tode, am 29. Juli, schrieb Jaurès an seinen Gesinnungsgenossen van der Velde nach Belgien:

Die Lage würde eine Entspannung erfahren, sobald die französische Regierung erklärt, daß sie die serbische Sache nicht als eine russische (im Sinne der Verträge, die Frankreich an Rußland banden) ansehen würde. Es läge in der Macht der französischen Regierung, Rußland am Kriege zu verhindern. Aber man sucht den Krieg, den man schon lange schürte. Unsere Sache darf nicht die russische sein. Wir dürfen unser Land nicht für die Knutenherrschaft des weißen Zaren bluten lassen. Europa wird von Asien verschlungen. Suchen Sie in Ihrem Wirkungskreis jede Steigerung des Kriegswahnsinns einzudämmen. Welche Interessen für Belgien auf dem Spiele stehen, wissen Sie. Aber diese Interessen können nur durch den Frieden gewahrt werden, aus dem sich kein Land, auch nicht durch die glänzendsten Versprechungen, herausreißen lassen soll. Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Krieg, den man zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes führen will, und weil die Börsen in London und Paris auf Petersburg spekulieren.

Diesen Brief hat der Abgeordnete Scheidemann am 6. April 1916 im deutschen Reichstage verlesen. Darüber, was der Mord an Jaurès für die Frage „Krieg oder Frieden" bedeutete, schrieb der „Manchester Guardian":

Man fühlte sofort, Jaurès konnte nur von einem Mitglied der Kriegspartei ermordet sein, die den großen Apostel des Friedens aus dem Wege zu räumen gewünscht hatte, den einzigen Mann, der den Krieg vielleicht hätte verhüten können!

Der französische sozialistische Abgeordnete Pressemane erzählt einen Vorgang, der sich in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli in Paris abspielte. Es handelte sich um eine Zusammenkunft mit Jaurès:

Die Lage ist ernst. Jaurès, der immer kaltblütig und klardenkend ist, war bislang ganz optimistisch, aber jetzt macht er aus seiner Besorgnis kein Hehl. Mit dem „Figaro" in der Hand erklärte er uns: Frankreich ist das Spielzeug Rußlands. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wäre unsere Regierung beinahe von Rußland hinters Licht geführt worden. Die Vorstellungen Deutschlands bei Rußland wegen der Mobilmachung des letzteren hatte soeben stattgefunden. Unsere Regierung war hierüber nicht unterrichtet. Die russische Botschaft in Paris hatte jedoch Nachrichten, die andeuteten, daß die deutsche

Digitized by Google

Vorstellung in Petersburg einen drohenden Charakter trug. Sofort teilte sie dies unserem Ministerium des Auswärtigen mit. Es folgte hieraus, daß unsere Minister, die um 3 Uhr des Morgens zusammenberufen wurden, die ersten Maßregeln mit Hinsicht auf die Mobilmachung ergriffen. Das war nicht wieder gutzumachen. Die Mobilmachungsbefehle mußten nunmehr ausgeführt werden, und Deutschland, sich auf unsere Haltung berufend, griff ebenfalls zur Mobilmachung. Das bedeutete den Krieg. Es bedeutete eine schreckliche Sache... und Rußland war zufriedengestellt.

Die Vorstellung, die der deutsche Botschafter in Petersburg am 29. Juli gemacht hatte, war, wie aus ihrem Wortlaut hervorgeht, keine Drohung, sondern, nach seinem eigenen Bericht, nur eine „freundschaftliche Mahnung". In Paris suchte man aus diesem zwar ernsten, aber auf die letzte mögliche Erhaltung des Friedens berechneten Schritt ein Signal kriegerischer Drohung zu machen. Am 31. Juli, spät nachmittags, ging Jaurès zu dem Minister des Innern, Malvy. Ueber die Unterredung berichtete Marcel Cachin in der „Humanité" vom 1. August 1914:

Jaurès wies den Minister darauf hin, wie groß, wie ungeheuer die Verantwortlichkeit des französischen Ministeriums sein würde, wenn es die zwingende Notwendigkeit verkenne, die es verpflichte, auf Rußland einen entscheidenden Druck auszuüben, der allein den Frieden retten könne. Es genügt nicht, fügte er hinzu, die Unterhandlungen mit Rußland ohne besondere Energie fortzusetzen. Es ist nötig, eine feste, entschlossene Sprache zu führen. Wenn dieser Druck nicht entschlossen und mit aller Kraft ausgeübt wird, dann ist, was eintritt, nicht mehr gutzumachen, und die Verantwortung, die unsere Regierung trifft, wird entsetzlich sein. Es wird sich klar zeigen, daß unser Land — leider — statt energisch für seine eigenen Interessen zu wirken, der Vasall Rußlands ist, das es aus selbstsüchtigen Gründen von seiner Bahn abdrängt.

Die französische Regierung hat stets den Satz vorgebracht, sie habe es nicht vermeiden können, in den Krieg einzutreten, während Deutschland dies hätte wohl tun können. Welches aber war der entscheidende Faktor für den Ausbruch des Krieges? Die russische Mobilmachung! Freilich hat der Zar noch am 1. August an den deutschen Kaiser telegraphiert: „Mobilmachung heißt nicht Krieg", und die französische Regierung hat, wie George Demartial sagt, die Wälle mit der Erklärung gepflastert: „Mobilmachung ist noch nicht Krieg." Der russische General Gurko aber, zeitweilig Generalissimus der russischen Armee, hat nach dem Kriege in einem Artikel im „Morgenbladet" in Christiania (3. Juni 1919) zugegeben, die russische Mobilmachung habe für Deutschland bedeutet, daß Rußland den Krieg beginnen konnte, sobald es wollte, je später, mit um so größerem Vorteil, und darin habe für Deutschland die Notwendigkeit gelegen, „ohne einen Tag zu vergeuden, Rußland den Krieg zu erklären". Das ist ein starkes Zeugnis, aber noch stärker ist die Erklärung des französischen Generals Boisdeffre beim Abschluß der französisch-russischen Allianz gegenüber dem Zaren: „Mobilisierung ist die Erklärung des Krieges." Und wie antwortete der Zar darauf? Er sagte: „Das ist genau

Digitized by Google

so, wie ich es aufgefaßt habe." Und wo steht das zu lesen? Im dritten französischen Gelbbuch Nr. 71. Und im selben Gelbbuch unter Nr. 240 steht ein Gespräch des französischen Militärattachés in Petersburg mit dem russischen Generalstabschef, in dem es heißt, daß auf die Mobilmachung Frankreichs und Rußlands kriegerische Handlungen unmittelbar folgen müßten, „daß sie untrennbar von einem Angriff sei". Welches Zeugnis ist nach alledem noch nötig dafür, daß sowohl die russische als auch die französische Regierung den Krieg gewollt haben, den zu erklären Deutschland durch verabredete Handlungen seiner Gegner zu seinem Schaden gezwungen wurde?

Das Ende des Rätesystems

Von Axel Schmidt

Bisher war Kautsky einer der wenigen Sozialisten, der das wahre Wesen des Bolschewismus richtig erkannt hatte. Er lehnte es strikt ab, ihn als Erfüllung der Lehre von Marx und Engel anzuerkennen, sondern bezeichnete ihn als „tatarischen Sozialismus", dessen Väter die russischen Politiker Tschernyschewsky, Bakunin und Lawrow waren. Nicht Marx' und Engels' Ideen, sondern die Lehren der genannten Russen haben Lenin und Trotzki Wirklichkeit werden lassen. All diese russischen Vorläufer des Bolschewismus glaubten, daß die Erlösung der Welt nicht vom „faulen Westen" kommen werde, sondern vom russischen Dorfkommunismus. Ihre Gedanken wurzelten daher nicht so sehr in der eigentlichen proletarischen Bewegung, sondern im russischen Agrarkommunismus. Schon Engels lehnte es seinerzeit ab, ihre Ansichten zu akzeptieren. Als diese russischen Führer in ihrer Schwärmerei für das russische Gemeindelandsystem sogar die früheren Volkserhebungen unter den Räuberhäuptlingen Stenka Rasin und Pugatschew zu verherrlichen begannen und sie für die wahren Stammväter des Sozialismus ausriefen, verspottete Engels diese Ansicht, indem er erklärte, daß mit demselben Rechte der Schinderhannes zum Ahnherrn der deutschen Sozialdemokratie gemacht werden könnte.

Unsere Unabhängigen, die trotz Hilferdings und Kautskys Warnung noch völlig im Fahrwasser des Rätegedankens schwimmen, beweisen damit nur, daß sie nicht den fundamentalen Unterschied zwischen Rußland und Deutschland zu sehen imstande sind. In Rußland leben über 85% im Dorf. Von dieser Tatsache muß jede Unterhaltung über Räterußland ausgehen. Diese 85% der Bevölkerung sind durch Krieg und Bolschewismus völlig in die frühmittelalterliche Naturalwirtschaft zurückgefallen.. Sie bebauen nur soviel Land, als sie für ihren Lebensunterhalt nötig haben, zahlen keine Steuern und vertauschen ihre geringen Ueberschüsse an Lebens-

Digitized by Google

mitteln nur gegen Waren, die die verderbenden Städte immer weniger ihnen bieten können, weil der Ausverkauf des Besitzes sich dem Ende nähert. Die Bildungsschicht in Rußland, die schon vor dem Kriege viel zu dünn war, um auf die Dauer einen so großen Staatsmechanismus tragen zu können, ist so gut wie erledigt. Traurige Ueberreste vegetieren noch in Räterußland oder verleben ihre letzten gerettenen Kapitalien als Emigranten in Westeuropa. Die geringe Zahl des russischen Fabrikproletariats im europäischem Sinne ist zum großen Teil in das Dorf zurückgewandert, wo es sich durch Aufteilung der Gutsländereien „gesund" gemacht hat oder von Schiebergeschäften sich ernährt, oder es ist in die rote Armee eingetreten, oder endlich fristet es in den Großstädten elend sein Leben. Die Tatsache, daß die Eisenfabriken Petersburgs, des Hauptsitzes dieser Industrie, nur 4% ihrer Arbeiter vor der Kriegszeit beschäftigen, und in Moskau, dem Zentrum der russischen Textilindustrie, nur 11% der Webstühle und 4% der Spindeln arbeiten, zeigt den völligen Zerfall der russischen Industrie. Wem diese älteren Daten noch nicht genügen, dem sei zur Vervollständigung des Bildes noch folgender Bericht wiedergegeben, der auf bolschewistischen Quellen beruht:

Im Jahre 1919 wurden nur noch 60% der Fläche aus der Zeit vor dem Kriege [illegible] Flachs angebaut; im Jahre 1920 würde die Verringerung bis 15% erreichen. Die Sammlung von Rohhäuten ergab im Jahre 1918 im Gouvernement Moskau 126 613 Stück, 1919 aber nur 15 889. An Gußeisen wurden 1915, also im zweiten Kriegsjahre, 224 940 000 Pud produziert, 1920 werden nicht mehr als 20–25 Millionen erwartet.

Der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch des Rätesystems wird denn auch von den Leitern Sowjet-Rußlands nicht mehr verhüllt. Auf dem russischen Kongreß der Wassertransportarbeiter hat Lenin offen bekannt, daß „die Bevölkerung einen Winter, wie den vergangenen zum zweitenmal nicht ertragen" könne. Wie immer ist Lenin in seiner Taktik sehr geschickt. Er schlägt nichts Geringeres vor, als den Rätegedanken aufzugeben, da er sich als unbrauchbar erwiesen hat. Er führte dabei unter anderem aus*):

Die Kollektivmacht soll die Arbeiterregierung bedeuten, das persönliche Regiment dagegen eine arbeiterfremde Regierung. Die Fragestellung selber und die Art der Argumentation beweisen, daß uns immer noch ein klarer Klassensinn abgeht. Wir haben aber keine Zeit, ihn erst zu lernen: wir müssen die Frage nach dem Kollektivregiment konkret stellen und lösen. Ich bin überzeugt, daß Sie zur Annahme der Richtlinien gelangen werden, die das Zentralkomitee der Partei ausgegeben hat. Und ich hoffe, daß die Anwesenden, die als Wassertransportarbeiter wissen, was Betriebsleitung ist, in einer großen Mehrheit begreifen werden, daß wir ernste Geschäftsleute werden müssen, die die Räte ausschalten und ohne sie walten.

*) Wir entnehmen die Leninschen Ausführungen einer Veröffentlichung des Herrn E. Hurwicz in der „Weltbühne" Nr. 26.

Digitized by Google

Jede Verwaltungsarbeit erfordert Spezialeigenſchaften. Man kann Revolutionär und Redner erſten Ranges ſein, aber ein ganz nichtsnutziger Verwalter. Wir können nicht warten. Das Land iſt ruiniert, der Ruin erreicht einen ſolchen Grad — Kälte, Hunger und allgemeine Not —, daß es ſo nicht weitergehen kann. Keine Treue, keine Selbſtaufopferung wird uns retten, wenn wir nicht das phyſiſche Daſein der Arbeiter retten, wenn wir nicht ihnen Brot, den Bauern aber Salz geben. Die Exiſtenz der Macht unſerer Arbeiter und Bauern, die Exiſtenz Sowjet-Rußlands ſelbſt ſteht in Frage.

Dieſe Ausführungen bedeuten doch nichts anderes als **das Ende des Räteſyſtems** und die Wiedereinführung des alten Regimes, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Freilich ſchon vor dieſer Vertauſchung der Diktatur des Proletariats mit der Diktatur einiger Führer hat die Studienkommiſſion engliſcher Arbeiter es richtig erkannt, daß der Bolſchewismus nichts mit der europäiſchen ſozialdemokratiſchen Bewegung gemein habe. Frau Snowden, die eben aus Rußland zurückgekehrt iſt, faßt ihr Urteil über den Bolſchewismus in folgenden Sätzen zuſammen:

Das iſt nicht Sozialismus, was hier in Sowjet-Rußland verwirklicht worden iſt; das hat mit den Lehren von Karl Marx nichts zu tun; das iſt dasſelbe Syſtem der Tyrannei, wie es ehedem in Rußland herrſchte, nur jetzt vom entgegengeſetzten Pol aus geübt. Es herrſcht wohl ſtärkere Disziplin als in dem alten Rußland; aber dieſe Disziplin iſt zum größten Teil erzwungen, der nur jetzt, da der Krieg mit Polen dem ruſſiſchen Nationalbewußtſein wieder einen kurzen Auftrieb verliehen hat. Folgen ihr freiwillig auch viele, die mit dem Bolſchewismus an ſich nichts zu tun haben wollen.

Die Lebensverhältniſſe in den Städten ſind **troſtlos**. Die Bevölkerung hungert und leidet Mangel an Kleidung und Beſchuhung. Die Bauern geben ihre Erzeugniſſe nur im Austauſch gegen Kleiderſtoffe, landwirtſchaftliche Geräteſchaften und Maſchinen her.

Wenn endlich unſere Kleinbürger ſich zur Erkenntnis durchringen, daß der Bolſchewismus ein ſpezifiſch aſiatiſches Gewächs iſt, das nach Europa nicht hingehört, weil über als ſchnell um ſich greifendes Unkraut nur zu leicht die aus dem Boden gewonnen Saaten europäiſcher Kultur erſticken kann. Ob in Rußland die breiten Maſſen zugrunde gehen, iſt für die Fortexiſtenz des ruſſiſchen Volkes ſchließlich nicht entſcheidend. In Deutſchland würde es aber nicht nur bedeuten, daß die Hälfte aller Städter zu Hungers ſterben müßte, ſondern auch unſere hochentwickelte Landwirtſchaft würde ſich einer Fülle von Schwierigkeiten gegenüber ſehen, die ſie in ihrer Exiſtenz aufs ſchwerſte bedrohen würden. Da aber unſere Arbeiterführer keine Verbrecherſeelen wie die Engländer ſind, ſondern Dummköpfe und Phantaſten, und da Begeiſterung für das Zukünftige auch nicht ſchützt, wenn ſie verblendet, ſo ſteht es vermutlich ſo: Jetzt erſt proben und der deutſche Phantaſt ſagt und ſie „neueſtes deutſches Kunſtwerk“ entdecken, wie die deutſchen Bolſchewiſten im Kriege für einen „deutſchen deutſchen Verſammlungsſaal“ ſchwärmten. Sollte es wirklich deutſche Beſtimmung ſein, uns durch Schaden klug zu machen, während die Engländer durch Anſchauung lernen?

Digitized by Google

Wirtschaftsethik

Von Staatsminister a. D. Graf Roedern

Es sind bald vier Jahre, daß Walther Rathenau auf die Perlenkette im Werte von hunderttausend Mark hinwies, deren einmalige Einfuhr Deutschland alljährlich eine Verzinsung von 4000 oder 5000 M. an das Ausland zahlen, also den Ertrag eines großen Bauernhofes verlieren lasse. Damals waren die Grenzen gesperrt. Die Worte wurden gesprochen, um im kommenden Frieden beherzigt zu werden. Sind sie beherzigt worden? Gewiß hat man keine Perlen eingeführt. Ganz im Gegenteil, man hat sogar auch mit Perlen an das Ausland bezahlt. Aber sie und alle Edelsteine, die in Deutschland aufzutreiben gewesen wären, hätten nicht genügt, die Einfuhr zu bezahlen, die einsetzte, als nach vierjährigem Krieg die Grenzen nach Westen sich weit öffneten, sich öffneten nicht nur für Rohstoffe und lebenswichtige Nahrungsmittel, sondern auch für Zigaretten, Apfelsinen, seidene Blusen und teures Pelzwerk, alles Waren, deren Einfuhr noch viel schlimmer als die der getadelten Perlenkette wirkt; denn die Kette bedeutet nur Zins-, aber keinen Kapitalsverlust, wenn sie uns das Ausland einmal wieder abnimmt; die jetzt eingeführten Waren sind zu baldigem Verbrauch oder Verschleiß bestimmt, ihr Gegenwert ist in Zins und Kapital verloren.

Unsere Ein- und Ausfuhrstatistik kann aus naheliegenden Gründen noch nicht wieder normal arbeiten. Aber eines ist unzweifelhaft, daß die schon vor mehreren Monaten vorgenommene Schätzung nicht übertreibt, die damals den Wert der Einfuhr einiger weniger, nicht lebensnotwendiger Artikel seit Aufhebung der Blockade auf über 10 Milliarden M. bezifferte.

Das große Loch im Westen, das die Waren in den ersten Monaten ohne Zoll und Kontrolle wahllos einströmen und unsere Valuta auf den Tiefstand des Frühjahres sinken ließ, ist angeblich gestopft. Aber viele kleine Löcher sind geblieben und werden bleiben, solange fremde Truppen einen Teil des Reichsgebietes besetzt halten. Auch wenn Zoll- und Devisenkontrolle gut funktionieren, wird der Importeur, der den Zoll bezahlt und über ausländische Devisen oder Guthaben verfügt, es immer verstehen, auf mehr oder weniger gesetzmäßigem Wege Luxusware einzuführen, und er wird es tun, solange man ihm diese Ware in Deutschland aus den Händen reißt.

Man vergleiche den Preis der Perlenkette mit den Summen, die wir im letzten Jahre dem Ausland für überflüssige Dinge zahlten, man übersetze nur die Hälfte des Wertes dieser Einfuhr in den Kaufpreis von Trockenmilch, Haferflocken, Fett und Reis, und man wird zu dem erschreckenden Ergebnis kommen, welche Zahl von Kinderleben nur mit einem Teil des in Zigarettenrauch aufgegangenen oder in Modetand

Digitized by Google

verausgabten Geldes hätte erhalten, wieviele erwachsene Menschen in ihrer Arbeitskraft hätten gestärkt werden können.

Es hieß, tauben Ohren predigen, wenn im ersten Jahre nach dem Kriege auf die Folgen hingewiesen wurde. Der Ueberspannung, die der Krieg gegen die Welt für uns auf allen Gebieten, auch auf dem des Willens, bedeutet hatte, folgte mit Naturnotwendigkeit eine Reaktion, der sich keine Staatsmacht und kein Moralprediger mit Erfolg entgegengestemmt hätten. Diese Uebergangsmonate sollen aber jetzt überwunden sein, und wir sollten recht aufmerksam auf die Berichte hören, die melden, daß es in den großen Städten unserer bisherigen Gegner anders aussieht als in der Tauentzienstraße oder am Kurfürstendamm in Berlin W, daß es in Paris auf den Straßen und in den Hotels ungewöhnlich früh dunkel wird, und daß die Damen sich auffallend einfach kleiden. Wir sollten auch die Bilder, die uns amerikanische oder englische Männer und Frauen der besten Gesellschaftskreise in einer ganz billigen Einheitstracht zeigen, nicht nur als spaßhafte Sensation betrachten, sondern anerkennen, daß dort das Volk bereits praktisch an der Lösung volkswirtschaftlich wichtiger Fragen mitarbeitet, und uns fragen, warum die deutsche Erfindungsgabe nicht auf der Höhe der ersten Kriegsjahre steht, in denen sie anscheinend spielend über so manchen Mangel triumphierte.

Verzicht und Arbeit! Zu beiden ist auch bei uns schon unzählige Male von der Regierung aufgerufen worden. Es scheint mir nötig, daß es noch intensiver geschieht, und daß sich auch private Organisationen in den Dienst der Sache stellen.

Drei Einwände werden sich sofort erheben. Zunächst: Warum soll das Publikum hier mitwirken? Der Staat kann durch Gebote und Verbote mit einem Federstrich mehr erreichen. Sodann: Die Verhältnisse selbst werden uns den Verzicht aufzwingen; es ist nicht nötig, ihn zu organisieren. Und schließlich: Die Organisation wird dem Deutschen den letzten Rest kultureller Freiheit nehmen.

Ich halte die Einwände nicht für stichhaltig. Der erste überschätzt die Macht der Staatsgewalt. Es ist seit fünf Jahren unendlich viel befohlen und verboten worden. Wieviel davon das Reich auch durchsetzen kann, lehrt die Erfahrung jedes Tages. Aber selbst wenn man die Einfuhr bestimmter Luxusgegenstände und vielleicht sogar deren Verkauf im Lande rigoros verbieten wollte und es gelänge, Schmuggel und Schleichhandel zu unterbinden, ein Verbot, das nicht von der öffentlichen Meinung getragen wird, kann sich auf die Dauer in unserem Zeitalter nicht halten. Das Alkoholverbot in Amerika wäre nie Gesetz geworden, wenn ihm die private Temperenzbewegung nicht durch Jahrzehnte vorgearbeitet und mehr als die Hälfte der Bürger der Vereinigten Staaten für sich gewonnen hätte. Nur als Vergleich, nicht als Programmpunkt für uns sei diese

Digitized by Google

Bewegung hier erwähnt. Man kann zweifelhaft sein, ob sie nach Deutschland paßt, und auch dem Temperenzler wird nicht zweifelhaft sein, daß die Antialkoholbewegung zurzeit in Deutschland bei der geringen Branntweinproduktion, dem schwachen Alkoholgehalt der Biere, der Teuerkeit der Weine und der unbedeutenden Einfuhr aus dem Ausland nicht besonders aktuell ist.

Die Befürworter der Planwirtschaft wollten vom Staat aus durch Regelung der heimischen Produktion, der Einfuhr und der Ausfuhr dem Gedanken zum Durchbruch verhelfen, daß Wirtschaft in unseren Tagen nicht mehr nur Sache des einzelnen Bürgers sei, daß man jetzt weder Zahlungsmittel an das Ausland noch Arbeitskraft im Inland verschwenden dürfe. Die Keime der Idee — man mag über die Einzelheiten des vorjährigen Projektes denken wie man will — waren auch deshalb zum Verdorren bestimmt, weil der Boden des Verständnisses noch in keiner Weise in den breiten und auch nur in den führenden Schichten des Volkes vorbereitet war. Wir müssen uns erst selbst zu der Erkenntnis durchringen, daß es ein Verbrechen am Volke ist, für die Einfuhr von Luxuswaren Milliarden auszugeben, wenn man für dasselbe Geld Millionen hungernder Menschen monatelang ernähren kann, daß wir genug Kohlen und sonstige Rohstoffe haben, um z. B. aus der deutschen Luft mehr Stickstoff in feste Form zu zaubern, als wir je im Chilesalpeter einführten, daß wir mit Hilfe des in Deutschland herzustellenden Stickstoffdüngers den Ertrag unseres Bodens nahezu verdoppeln könnten. Nur auf dem Boden solcher Erkenntnis kann der Wille erwachsen, die reichlich vorhandene, zum Teil schon wieder feiernde Arbeitskraft und unsere Zahlungsmittel nicht für die Schaffung überflüssiger Werte einzusetzen.

Nun zum Einwand, daß die Verhältnisse selbst uns zum Verzicht zwingen würden, daß die Predigt für ihn daher nicht notwendig sei. Die Verhältnisse hätten uns schon seit einem Jahre zwingen müssen; sie haben es leider nicht getan, weil Erkenntnis und Wille fehlten. Es soll auch im Einzelleben arme Teufel geben, die bis an den Hals in Schulden stecken und doch für einen bunten Schlips oder für Alkohol und Zigaretten immer noch Geld finden. Bitterste Armut ist schon manchmal in erborgtem Prunk einherstolziert. Es kommt für uns darauf an, ob wir in den nächsten Jahren die Fetzen eines vergangenen Zeitalters, in die unsere kulturelle Gewandung zu zerfallen droht, immer wieder in altem Schnitt und mit altem Zierrat flicken und dadurch den Schein der alten Form bewahren, oder ob wir uns bewußt abfinden und neue kulturelle Formen erdenken wollen, die Deutschlands wirtschaftlicher Lage entsprechen.

Diese Gedankenreihe leitet von selbst zu dem dritten Einwand über, daß die verlangte Askese zur Armseligkeit führen und uns jede kulturelle Freiheit nehmen müsse. Sie wird uns ganz gewiß einiges nehmen, und

Digitized by Google

zwar manches, was auf dem Gebiet moderner Zivilisation lag und uns heute noch unentbehrlich scheint; sie braucht uns aber kaum etwas von Kultur zu nehmen. Japan war vor vierzig Jahren ein blutarmes Land. Niemand wird ihm absprechen können, daß es schon damals eine weite Schichten umfassende Kultur besaß, und daß z. B. seine Malerei hoch genug stand, um europäische Künstler maßgebend zu beeinflussen.

Die Jahre nach den Befreiungskriegen waren Zeiten tiefster wirtschaftlicher und finanzieller Erschöpfung Zentral-Europas. Waren sie kulturell nicht in Deutschland den beiden Jahrzehnten unendlich überlegen, die den siegreichen und so kurzen Kriegen von 1866 und 1870 folgten, und in denen eine entsetzliche Geschmacksverwilderung größtem wirtschaftlichen Aufschwung parallel ging? Die Höhe der Kultur richtet sich auch im Leben der Völker erfreulicherweise nicht immer nach der Größe des Portemonnaies. Auch wir haben noch die Wahl, ob wir eine neue Kultur in Arbeit und Entsagung aufbauen, oder ob wir, wie nach dem Dreißigjährigen Kriege, auf Jahrzehnte in Unkultur versinken wollen.

Der Anschein des letzten Jahres spricht für die pessimistischere Auffassung. Kreise, die kulturell bisher führend waren, fallen der Verarmung anheim, ein neuer Reichtum, der weniger aus langjähriger, schaffender Arbeit als durch skrupellose Wahrnehmung des Händlerinteresses manch[illegible] in wenigen Monaten entstand, wird versuchen, Produktion und Konsu[illegible] die Wege seines Geschmackes zu weisen. Arbeiten und nicht verzweifeln, Carlyles Wort ist leichter dem ringenden, gebildeten Mittelstand, den ehemaligen Offizieren, der studierenden Jugend und den Frauen unserer Beamten und Gelehrten zugerufen als befolgt. Und doch glaube ich, daß wir die Hoffnung auf Erhaltung dieser Schichten nicht aufzugeben brauchen, wenn sie nur selbst geneigt sind, sich innerlich und äußerlich umzustellen.

Vor allem muß es gelingen, die deutsche Jugend zu solch positiver Mitarbeit für das Vaterland zu gewinnen. Der politische Streit der alten Parlamentsparteien in den alten Formen ist ihr widerwärtig geworden. Zur Mitarbeit wird sie nicht zu bringen sein durch Klagen um das Verlorene, nicht durch tönende Worte, in denen, allen Realitäten zum Trotz, Wiederherstellung oder erneuter machtpolitischer Kampf gefordert wird, auch nicht durch die rein negative Forderung des Verzichtes. Will man die Jugend einer neuen Wirtschaftsethik zuführen, dann sollen die Leiter solcher Bewegung aus ihr selbst die Politik fernhalten, dann sollen sie aber auch neue Wege der Kultur zeigen und beweisen, daß sich mit einfachen Mitteln, mit einheimischem Material, wenn es nur durch Qualitätsarbeit veredelt wird, kulturell dasselbe, wenn nicht mehr, als bei Verwendung ausländischer Stoffe leisten läßt.

Verkehrt wäre es, dabei wirtschaftlichen Chauvinismus großzuziehen

Digitized by Google

oder hermetischen Abschluß gegen jeden internationalen Warenverkehr zu verlangen. Wir sind politisch und wirtschaftlich auf zu vielen Gebieten vom Ausland abhängig. Aber die verschiedenen Interessen brauchen sich nicht notwendig zu schneiden. Ganz Europa ist in derselben Verdammnis. In allen Ländern, die am Kriege beteiligt waren, müssen dieselben Bestrebungen auf Hinlenkung der Arbeitskraft in volkswirtschaftlich richtige Wege hervortreten. Für das geistige und körperliche Leben notwendige Dinge wollen wir uns weiter gegenseitig liefern und von einander beziehen. Wir sollten uns aber auf der anderen Seite in aller Ruhe darüber aussprechen, daß wir zum Warenaustausch über diese Grenzen hinaus alle zu arm geworden sind.

Karl Scheffler, der sich in seinen Schriften über Fragen älterer und neuer Kultur und über Probleme der Lebensphilosophie eine ansehnliche Zuhörerschaft in Deutschland geschaffen hat, tritt jetzt in einem Aufruf mit der Ueberschrift „Sittliche Diktatur“[1]) mit eindringlichen Worten hervor, die hoffentlich noch über den Kreis seiner bisherigen Gemeinde hinausdringen werden. Eine Reihe von Gelehrten und Beamten, von Offizieren und Künstlern, von Industriellen und von Politikern der verschiedensten Parteirichtungen hat sich zusammengefunden, um zur Mitarbeit in ganz Deutschland aufzurufen. So wenig allen Beteiligten die Vereinsmeierei liegt, waren sie doch darüber einig, daß Träger der Bewegung schon aus praktischen Gründen ein Verein, eine Rechtspersönlichkeit sein muß, die in weiteren Kreisen durch die ihr zugehörenden Mitglieder anregen und vermitteln, mit den zuständigen Ministerien in Verbindung bleiben und Gleichgesinnte sammeln kann.

Es ist sehr erfreulich, daß der deutsche Offizierbund mit seinen vielen tausend Mitgliedern beabsichtigt, sich anzuschließen, daß der Werkbund und der Dürerbund ihren Kreis von Künstlern, Kunsthandwerkern und Kunstfreunden in den Dienst der Sache stellen und damit die positive Seite der Bewegung fördern wollen.

Als günstiges Vorzeichen betrachte ich auch parallele, schon begonnene Arbeit im Reich. Der deutsche Währungs- und Arbeitsbund in Stuttgart, der ähnliche Bestrebungen verfolgt und hoffentlich Hand in Hand mit uns arbeiten wird, der energische Hauptmann Schmude, der das Problem neuer Arbeits- und Siedlungsgemeinschaft nicht erst lange erwog, sondern mit beiden Fäusten anpackte, die an vielen Stellen einsetzende Propaganda für ein Arbeitsdienstjahr der männlichen und weiblichen Jugend, das alles sind Zeichen, daß der vaterländische Geist und die Erfindungsgabe der Kriegsjahre wieder auf neuem Gebiet zu erwachen beginnen.

[1]) Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis 1,65 M. und 20% Zuschlag.

Digitized by Google

Auf allzu schnellen äußeren Erfolg rechnen die Begründer der neuen Vereinigung nicht. Sie werden es schon dankbar empfinden, wenn ihnen in der Publizistik recht viele Mitarbeiter erwachsen, sie werden es als ersten Schritt vorwärts begrüßen, wenn in den nächsten Wochen die Geschäftsstelle des Vereins eine Art clearing-house wird, bei dem zur Sichtung und Weitergabe Vorschläge eingehen[1]), die für bestimmte, klar umschriebene Gebiete das Problem praktisch zu behandeln versuchen, vor dem ganz Deutschland steht: Verzicht auf den für das geistige und körperliche Leben nicht notwendigen Verbrauch und bewußte Förderung jeder, der deutschen Volkswirtschaft nützlichen und jeder hochwertigen Arbeit als Grundlagen einer neuen, deutschen Kultur.

Leitgedanken zur Frage des Beamtentums

Von Landrat Dr. Langenhagen

Ich gehöre nicht zu denen, die bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit darauf hinweisen, daß ein Sattler Reichspräsident, ein Klavierstimmer Ministerpräsident, ein Grobschmied Oberpräsident sei. Mit demselben Recht kann man sagen, daß man früher zu solchen Stellen ehemalige Sekundaner berief. Sattler und Sekundaner bedeuten beide an sich für die Oeffentlichkeit nichts. Die Eignung zur Bekleidung öffentlicher Aemter wird durch besondere Vorbildung erworben. Diese erfolgte bisher regelmäßig in einem akademischen Studium mit anschließender verwaltungspraktischer Vorbereitung. Ausnahmen von dieser Regel bildete die Verwendung des Grundadels in Landratsstellen, von Offizieren in der Verwaltung. Deshalb ist grundsätzlich nichts dagegen zu sagen, daß besondere Köpfe, die sich gewerkschaftlich, wirtschaftspolitisch Ueberdurchschnittskenntnisse — gemessen nicht einseitig im Verhältnisse zu Parteigängern, sondern allgemein mit den übrigen Anwärtern — angeeignet haben, zu Behördenleitern gemacht werden. Solche Fälle können indes nur Ausnahmen sein, in denen man berechtigtermaßen über den Mangel der Allgemeinbildung hinwegsieht. Es war einmal Chef der Reichspostverwaltung Herr von Podbielski, der frühere Husar, jetzt ist es der ehemalige Gewerkschaftssekretär Giesberts.

Jene Anspielungen entsprechen der Geringschätzung, sind also als einseitig abzulehnen. Sie berücksichtigen zunächst nicht die Tatsache, daß die Mehrzahl der heutigen Regierungsinhaber als Männer des Volkes, der breiten Menge, in jahrelangem Kampfe eine Art „Massenbändiger" — sit venia verbo — geworden sind. Diese letztere Ueberlegung, zum Aus-

[1]) Vorschläge, Anfragen und Mitgliederanmeldungen sind zu richten an „Bund der Erneuerung wirtschaftlicher Sitte und Verantwortung", Berlin W, Schöneberger Ufer 36 a.

Digitized by Google

gangspunkte genommen, zeigt in logischer Entwicklung einen schweren Irrtum und, daraus entspringend, eine große Gefahr.

Man führt zur Rechtfertigung der gegenwärtigen Handhabung, höhere Verwaltungsstellen zu besetzen, letzten Endes immer wieder an — und das hat den Schein des Rechts —: die berufenen Männer besitzen das Vertrauen der Massen; sie werden am ehesten Ruhe und Sicherheit schaffen. Diesem an sich naheliegenden Grunde begegnet man vornehmlich seit den unglückseligen Kapp-Tagen. Er deutet aber schon auf die Gefahr hin: Die Erhaltung von Ruhe und Sicherheit deucht alles, soll auch viel, das Höchste sein; aber der Preis, sie zu erringen, ist zu hoch um deswillen, weil man auf falschem Wege zu ihr ist. Bei der heutigen politischen Hochspannung, wo jeder Augenblick, jeder Zufall die Entladung bringen kann, ist es selbstverständlich, daß — mangels einer straff organisierten, schließlich militärisch gestützten Exekutive — als „Führer des Volkes" die alten Beamten nicht immer ausreichen. Sie, die sozial die Fühlung mit der Arbeiterschaft nicht aufrechterhalten konnten, müssen ergänzt werden durch Männer, die nach Art und Denkweise in den Massen wurzeln. Deshalb soll man aber die Verwaltungsstellen in ihren Spitzen nicht mit solchen Leuten *besetzen*; man soll sie *für jene Aufgabe* entsprechend beraten. Man bedenke doch, der einzige Vorzug, einflußreicher Massenführer zu sein, verleiht doch nicht zugleich die Qualitäten, die nötig sind, um einen Verwaltungsapparat, wie ihn die Reichs- oder Staatsregierung darstellt, verwaltungstechnisch zu beherrschen. Eine Fülle schwieriger Folgerungen knüpft sich an die Nichtbeachtung dieser Tatsache: Der Minister ist auf seine mit den Verhältnissen, mit den unzähligen Bestimmungen, mit der Gesetzesanwendung, mit den Einzelheiten der Verwaltungspraxis vertrauten Facharbeiter angewiesen. Ohne sie geht es einfach nicht. Und was ist die Folge? Der Chef wechselt manchmal nach kürzerem, manchmal nach längerem Zeitraum. Den ruhenden Pol bilden die vortragenden Räte. Sie arbeiten nach Pflicht und Gewissen, nach Ueberlieferung weiter, bleiben im großen und ganzen von der Initiative der Spitzen verschont, und das Gegenteil ist erreicht: Stabilisierung des inneren Betriebes — was man gehässigerweise Bureaukratie nennen könnte — und Bedeutungslosigkeit der Spitzen. So geht es in den Ministerien, so geht es in den Oberpräsidien, so steht es bei den Bezirksregierungen und so ist es bei den Landratsämtern. Wo es anders ist, kann es u. a. so sein, daß „strebsame" Beamte dem neuen Herrn die Wünsche von den Augen ablesen. Beides ist allgemein schädlich; das erstere vereitelt den Zweck der Staatsumwälzung; das letztere untergräbt die Menschenwürde, wirkt entartend.

Dieser Ausblick zeigt, daß der beschrittene Weg als verhängnisvoll verlassen werden muß; verhängnisvoll für den einzelnen, für die Gesamt-

Digitized by Google

heit und — last not least — für den Behördenaufbau. Bei der Suche nach Auswegen begegnen wir zunächst dem Zusammenhang dieser Frage mit der Exekutivgewalt. Die Dreiteilung der Gewalten des Philosophen Montesquieu bildet für jede Staatsform die Grundlage, und es will mir fast scheinen, als ob die Verkennung dieser alten Weisheit, wie sie die Verquickung von parlamentarischer und behördlicher Arbeit zurzeit darstellt, einen Teil Schuld an der Zerfahrenheit des öffentlichen Lebens trägt, die hoffentlich als Uebergangszustand bald aufhört. Es geht wirklich nicht an, daß Minister, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, Oberbürgermeister zur Wahlzeit sich monatelang in die Agitation stürzen, daß sie — dem Wesen der Agitation zufolge — über jeden Nichtparteigänger losziehen, so den Willen zur Objektivität, der Grundbedingung für den Beamten, im Keim ersticken und die von ihnen zu vertretenden Behörden sich selbst überlassen.

Die vollziehende Gewalt also hat zum Unterschiede von der gesetzgebenden und rechtsprechenden die Aufgabe, den Volkswillen in die Tat umzusetzen. Ich sage ausdrücklich „Volkswillen" im Gegensatze zum „Staatswillen", worunter man neben der Gesetzesvorschrift, d. h. dem verfassungsmäßig zustande gekommenen und verfassungsmäßig verkündeten Volkswillen, Verordnungen, Erlasse, Verfügungen selbstherrlicher Einzel- oder Kollegialbehörden verstand. Auf das Zustandekommen ist demnach der Wert zu legen. Ist aber das Gesetz da, oder hat eine Behörde kraft einer ermächtigenden Gesetzesbestimmung verordnet, verfügt, oder hat sie laut Gesetz einen dauernden Zustand zu schaffen oder zu erhalten, so ist die Frage der Durchführung eine Lebensfrage des Staates, wovon Bestand und Anerkennung, Ansehen und Zutrauen abhängen. „Der Staat hat nun einmal keine andere Erscheinungsweise als die Macht. Er braucht sie zum Schutze des Rechts nach innen und zur Wahrung der nationalen Würde und Unabhängigkeit nach außen. Eine Regierung, die diese Macht, deren Hüterin sie ist und die sie anzuwenden berufen ist, nicht zu bilden und anzuwenden vermag, ist schlimmer als ein Rebell. Denn sie bereitet damit ständig den Boden vor, auf dem die staatsverderbenden Sumpfgewächse erst emporwuchern können. Das ist ja gerade der Schrei der Sehnsucht, der jetzt wie ein mächtiges Brausen durch unser Volk geht, daß wir eine starke Staatsautorität wiederhaben wollen, eine Staatsautorität, die Freiheit und Recht und damit inneren Frieden, Ruhe und Ordnung sichert. Nur dann werden wir Arbeit und Brot haben" — schreibt der alte Fortschrittler Hermann Schöler-Charlottenburg. Eine schwache oder gar unfähige Exekutive macht die Behörde verächtlich, ihre Arbeit überflüssig. Eine starke Exekutive ist indes auf demokratischer Grundlage sehr wohl möglich, da es — wie vorhin gesagt — für den Geist der Maßnahmen entscheidend auf ihr Werden ankommt.

Digitized by Google

Es gilt also, die Polizei zu erweitern. Sie stellt die Exekutive letzten Endes dar — genau wie das schönste Urteil ohne Gerichtsvollzieher nur dem Namen nach ein vollstreckbarer Titel bleibt —. Zu dem Behufe müssen die Organe der Ortspolizeiverwaltungen erneuert und ergänzt werden. Eine Gelegenheit dazu bietet auf dem vernachlässigten platten Lande die neue Landgemeindeordnung, die an Stelle der ehrenamtlichen Amtsvorsteher hauptamtliche Amtmänner — als Kommunal- und Polizeibeamte — nach westfälischem Muster vorsieht. Die Gendarmerie muß — unter welchem Namen es auch sei; nur „Landjäger" scheint mir wegen des undemokratischen Jagens auf Menschen ungeeignet — verstärkt werden. Die Sicherheitspolizei ist weiter auszubauen. Haben wir so eine ausreichende Exekutive, dann sind Ruhe und Sicherheit in erhöhtem Maße gewährleistet. Zu den zwei genannten Verwaltungsaufgaben kommt alsdann gleichbeachtlich die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. In diesen drei Punkten erschöpft sich nämlich nach der treffenden Ausdrucksweise des Allgemeinen Landrechts die Tätigkeit der Verwaltungsbehörden. Als bedeutsame Folge ergibt sich, daß nicht die Sorge um die Staatssicherheit, vielmehr das Interesse an ersprießlicher, notwendiger Behördenarbeit bei Besetzung der Verwaltungsstellen ausschlaggebend wird, daß also das „Massenbändigertum" zugunsten der Fachbeamten zurückgedämmt wird. Das kann den in Rede stehenden Auch-Beamten nur erwünscht sein; denn sie ersparen sich Lächerlichkeiten, die wegen der Folgerichtigkeit nicht mal verrückt sind, wie sie beispielsweise der Reichspräsident Ebert von der berufsständigen Vertretung der Sattler und der frühere Reichswehrminister Noske vor dem sozialdemokratischen Parteitage über sich ergehen lassen mußten. Der Beamte, der der Allgemeinheit dienen soll, m u ß sich nun einmal — wohl oder übel — in Widerspruch zu einsichtslosen Parteigängern setzen, wenn er seinen Dienst ernst und ehrlich versehen will.

Ich stelle hierzu ausdrücklich fest, daß in der Uebergangszeit mancher Nichtbeamte sich große Verdienste auf einem Beamtensessel erworben hat, daß man ihm deshalb Dank schuldet, daß man ihn also nicht kurzerhand auf die Straße setzen kann.

In diesem Zusammenhang muß noch von einer Zwangslage gesprochen werden, in der sich vornehmlich die Sozialdemokratie von Anbeginn der Revolution an befand. Während der vornovemberliche Staat Preußen-Deutschland eine festgefügte Oberschicht in Offizieren und Beamten hatte, die den Staatsgedanken durch Generationen und im Kadettenkorps — mit dem Anhängsel des Reserve-Offiziertums — und im exklusiven Studententum mit entsprechender Referendarzeit eingeimpft erhalten hatte, verfügt die junge Republik über nichts Aehnliches. Und als sie — begreiflicherweise — ihre Errungenschaften sichern wollte, nahm sie die

Digitized by Google

Besten zu ihren Stützen; und das waren eben ihre Parteifunktionäre. Darüber hinaus ist sich die Sozialdemokratie zweifellos klar, daß die Verwendung solcher Persönlichkeiten auf die Dauer und allein nicht langt. Es muß aber erst ein Stamm republikanisch-demokratischer Beamten gezüchtet werden.

Bei größeren Unruhen — die uns auch das gütigste Geschick für die nächste Zeit noch bringen wird — wird man die Hilfe der Parteigewaltigen wieder in Anspruch nehmen können. Dann ergibt sich eben unter besonderen Umständen eine besondere Aufgabe für die Volksboten, die schwierige Aufgabe nämlich, mit geistigen Mitteln dem fieberkranken Volkskörper zu helfen. Das will mir allerdings als friedliche Lösung, die der Gewalt unbedingt vorzuziehende, erscheinen. In welcher Form man jene Volksmänner verwendet, hängt vom Einzelfalle ab. Ein unglückliches Muster geben nur die Zivilkommissare der Märztage.

Auf solche Sonderfälle beschränke man aber die Uebertragung behördlicher Tätigkeit auf Nichtbeamte. Jedenfalls richtet sich auf die Dauer die Arbeit der Nichtfachleute in maßgebenden Beamtenstellen durch den entwürdigenden Mangel an Ernstlichkeit.

Niemand — und auch die Sozialdemokratie denkt nicht daran — wird füglich die weitere Verwendbarkeit der alten Beamten bestreiten. Voraussetzung ist allerdings, daß sie die veränderten Verhältnisse zur Grundlage nehmen und daß sie die rein ablehnende Kritik aufgeben. Ist das aber klar, so zwingt die finanzielle Not des Landes in Rücksicht auf die Anstands- und gesetzliche Unterhaltungspflicht gegenüber jenen Beamten dazu, ihnen angemessen Arbeit und Brot zu geben. Man übertrage Aemter denjenigen, die kraft ihrer Vorbildung dazu berufen sind. Es versteht sich von selbst, daß man diesen Beamten auch den Zugang zu den Behördenspitzen offen läßt. Versagt man ihnen das, läßt man ihre Laufbahn mit dem Oberregierungsrat bei der Bezirksregierung, mit dem Oberpräsidialrat bei den Oberpräsidien, mit dem vortragenden Rat bei den Zentralbehörden enden, so bedeutet das nicht nur eine unverdiente Zurücksetzung der höheren Beamtenschaft, sondern auch eine Verletzung des öffentlichen Anstandes. Wenn man an den Beamten alten Schlages, der auf unbedingten Gehorsam nach oben und Selbstherrlichkeit nach unten eingestellt ist, beseitigen will, so kann man das auf viel unschädlichere Art als auf die, dem Beamten die Arbeitsfreude als Triebfeder, die Vorgesetztenachtung als Richtlinie zu nehmen. Zugegeben, daß auch ein Nichtzünftiger besondere Begabung für Verwaltungsarbeit besitzt — genau wie mancher Volksschullehrer ein hervorragender Bienenzüchter und wie ein Schleifer ein annehmbarer Musiker sein kann —, so soll man ihn auf Wunsch und nach Zweckmäßigkeit in die Verwaltung, die ihm vielleicht aus wirtschaftlichen, häuslichen oder sonstigen Verhältnissen verschlossen

Digitized by Google

war, aufnehmen; aber nicht gleich in die Leitung eines Verwaltungsbetriebes. Das macht man der gegenwärtigen Handhabung zum Vorwurf, daß sie den Barbier nicht etwa zum Kreissekretär macht, wo er zweifellos großen Einfluß ausüben könnte, sondern daß er Kreisverwalter und Vorgesetzter so und so vieler Fachbeamten wird; selbstverständlich nach dem Gedanken, daß der, der den Ochsen zu verteilen hat, nicht die Klauen nimmt, sondern das Lendenstück verzehrt.

Schließlich soll man doch auch daran denken, welche Vorteile die Gesamtheit davon hat, daß jemand ihre Angelegenheiten besorgt, weil er sich solches zur Lebensarbeit gewählt hat, und welche Nachteile die vorübergehende, von Zufälligkeiten in der Dauer abhängige Tätigkeit eines Amateurs hat. Der ordentliche Beamte hat den Wunsch und Willen, die Staatsverfassung, zu der er sich allerdings bekannt haben muß, zu fördern, zu fördern um jeden Preis. Ihm ist eine unfreiwillige Entfernung aus dem Amte eine innere Angelegenheit, abgesehen davon, daß er wirtschaftlich damit den Boden zum Teil verliert. Beim Redakteur-Beamten ist es anders. Er wird größtenteils — soweit eigene Initiative in Frage kommt —, nach seiner einseitigen Orientierung weiterarbeiten. Bleibt er im Amt, so ist es kein allgemeiner Gewinn; bleibt er nicht, so beendet er seine Etappe in seinem Leben, die ihm fürderhin nur förderlich sein wird.

Also Achtung vor dem Beamtenberufsstande und Schutz der Beamtentätigkeit!

Hunger und Revolution

Von Kuno Waltemath

Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Zustände in Deutschland wird gewöhnlich eine Erscheinung nicht gebührend gewürdigt, nämlich der Einfluß, den Teuerung und Lebensmittelnot auf die Geistesverfassung unseres Volkes ausüben. Besonders die Gegner der Demokratie und Republik lassen mit einer gewissen Beflissenheit solche Wirkung des Hungers und des hohen Preisstandes außer acht, um desto besser die Revolution und die Regierungsparteien als die Urheber des Unfriedens, der Unrast und der revolutionären Zuckungen, die unser gequältes Volk durchzittern, anzuklagen. Woher aber die stürmischen Bewegungen in unserem Volke herrühren, weiß jeder, der mit offenem Auge, unbeirrt von parteilichen Beschränktheiten, das Volksleben in den großen Städten und in den Schichten des industriellen Teils unserer Nation beobachtet. Sie hängen eng mit dem Hunger zusammen, dem die Mehrheit der Deutschen seit Jahren anheimgefallen ist, sowie der ungeheuren Teuerung, die uns

Digitized by Google

drückt. Das Bild, das unser Volk seit zwei Jahren gewährt, ist dasselbe Bild, das die Deutschen in den beiden Jahren vor 1848 gewährten, die Engländer nach der Niederwerfung Napoleons sowie die Franzosen in der großen Revolution. Ueberall stoßen wir auf Nahrungsmangel als dem Ursprung der Aufregung oder der Umwälzungen. Dem Jahre 1848 gingen die Hungerjahre 1846 und 1847 vorher, die totalen Mißernten jener Jahre. Selbst die Kartoffel mißriet. Die wüsten Szenen auf den Lebensmittelmärkten, wie wir sie seit Beginn des Krieges so oft schaudernd gesehen haben, waren 1848 in Berlin und in den deutschen Städten gang und gäbe, bis die Ernte von 1848 dem Elend ein Ende bereitete, damit aber auch dem revolutionären Eifer des Volkes. Die Erregung, die am größten im Frühjahr von 1848 war, als die Not und die Teuerung am größten waren, ließ merklich nach, als die neue Ernte eingebracht war, sie verflog bald ganz, als die Preise schnell sanken und die gewohnten Lebensmittel in den gewohnten Mengen zu den gewohnten Preisen zur Stelle waren.

In England litt das Volk während der napoleonischen Kriege unter Brotteuerung und Zeiten des Hungers. Aber es ertrug die Leiden, weil es gut verdiente und weil die Hoffnung auf den Frieden, der billiges und reichliches Korn zu bringen versprach, die Gemüter hob. Aber das war eine Täuschung. Die Teuerung wurde ärger als je und dabei noch künstlich durch unerhört hohe Zölle vergrößert. Dabei wurde der Verdienst schlecht und die Löhne sanken. So war ein fruchtbarer Nährboden für den Chaotismus geschaffen, der nun als Gärstoff jahrzehntelang das Land in Unruhe stürzte und die Nation in zwei Lager spaltete. Streiks, und was für Streiks, Aufruhr, Verschwörungen waren an der Tagesordnung. Zeitweilig, wenn die Ernten sehr gut waren — und das war in den meisten der zwanziger Jahre der Fall —, wurde die Unruhe schwächer, um dann aber, sobald die Ernte schlecht ausfiel und Schmalhans Küchenmeister wurde, um so stürmischer zu branden. Das war die Zeit, da England das Land der „two nations" war, die sich bis aufs Blut haßten und sich gegenseitig den Untergang schworen. Als nun 1846 die Kornzölle schwanden, Korn in reichlichen Mengen aus der Fremde zufloß, die Brotpreise billig wurden, hörte das alles auf, verschwand wie ein nächtlicher Spuk. Den Engländern kommt jene Zeit ihrer Geschichte wie ein unglaubhaftes Märchen vor.

Am drastischsten zeigte sich die Macht des Hungers auf die Gemüter während und auch schon vor der großen französischen Revolution. Jene Zeiten waren von Mißernten heimgesucht, deren Wirkung noch dadurch verschärft ward, daß die Landwirtschaft weniger Korn baute, überhaupt in ihren Gestehungen nachließ. Die großen Bauernunruhen in den ersten Jahren der Revolution, die die Feudalität wegschafften, die dann folgenden Bürgerkriege zwischen dem Konvent und den Legitimisten und Royalisten

Digitized by Google

und Girondisten, der auswärtige Krieg, der die Landleute der Ackerarbeit entriß und Frauen und Kinder an ihre Stelle setzte, die verfehlte planlose diktatorische Gesetzgebung, hemmten den Ackerbau und mehr noch die Viehzucht und den Gemüsebau. Daher waren jene Jahre auch Hungerjahre, und das um so mehr, als durch die Assignatenwirtschaft wohl die Preise für alle Bedarfsartikel und Lebensbedürfnisse emporgetrieben wurden, und zwar in ungeheurem Maße, nicht aber die meisten Löhne und Einkommen der Verbraucher. Diese minderten sich sogar häufig. Denn die Geschäfte lagen danieder, die Gewerbetätigkeit und der Handel lagen brach, die Arbeitslosigkeit war groß und Vorkehrungen waren nicht getroffen. Und dabei hielt die Preissteigerung an und schien kein Ende zu nehmen. Nach der Lebensmitteltaxe stand der Sack Korn 1792 auf 50 Fr., im Februar 1793 auf 65 Fr., im Mai 1793 auf 100 Fr., dann auf 150 Fr. Daher stieg ein Pfund Brot, welches 1792 sich auf 3 Sous bewertete, auf 6 Sous in den ersten Monaten des Jahres 1793 in Paris, in mehreren Departements des Südens auf 7 oder 8 Sous, und bald sogar in vielen Orten auf 10 und 12 Sous. (Schmidt, Pariser Zustände, nach Taine, Origines de la France contemporaine.) In den ersten Monaten von 1793 zahlte man in Paris für ein Pfund Ochsenfleisch 20 Sous gegenüber 8 Sous im Jahre vorher, für ein Pfund Kalbfleisch 22 Sous statt 5 Sous, für ein Pfund Zucker 4 Fr. 10 Sous statt 20 Sous.

Das Schlimme war, daß die Kauflustigen für diese nach damaligen Begriffen ungeheuren Preise noch nicht einmal Ware erhielten; denn die Bauern weigerten sich bald, ihre Erzeugnisse gegen schlechtes Papiergeld zu verkaufen, sie verlangten klingende Münze. Das gute Korn gegen die schlechten und schmutzigen Papierfetzen umzutauschen, schien ihnen Betrügerei zu sein. Besonders machte es sie mißtrauisch, daß die Kaufleute in der Stadt von Monat zu Monat immer weniger Ware für die Assignaten hergaben. Der alte Zwang aus dem Zeitalter der Feudalität, wonach der Bauer, um seine Zehnten und die anderen Feudallasten entrichten zu können, nach der Ernte seine eingeheimsten Erzeugnisse losschlagen mußte, war verschwunden. Die eingerissene Unsicherheit auf den Landstraßen, die Räubereien und Diebstähle, wie sie in den Marktstädten von den hungernden Leuten verübt wurden, taten dann das Uebrige, die Produzenten von den Märkten fernzuhalten. Um den Mangel noch zu vergrößern, kam der Krieg hinzu und die damit verknüpften Requisitionen von Lebensmitteln für das Heer, das auf alle Fälle gut genährt werden mußte, auf Kosten der übrigen Bevölkerung, namentlich der städtischen Bevölkerung. So erhielt das Heer die Hälfte allen Fleisches, das zur Versorgung von Paris dienen sollte. Die Zufuhr aus der Fremde stockte ganz, wegen des Bürgerkrieges, der die Hafenstädte in Mitleidenschaft zog, und dann wegen des Mangels an Zahlungsmitteln. Weil die Industrie

Digitized by Google

stillstand konnte man nur gegen klingende Münze Lebensmittel im Auslande erwerben. Aber die Ausfuhr des Metallgeldes war verboten, was praktisch dem Verbote der Einfuhr gleichkam.

Der Konvent griff ein und faßte die schärfsten Maßnahmen. Er verbot dem Bauern andere Märkte als die seines Departements zu besuchen. Er requirierte Korn bei den Bauern, um die Städte zu besorgen und bezahlte es mit einer niedrigen Taxe. Um Geld zu schaffen, wurden den Reichen und wenigstens Wohlhabenden Kontributionen aufgelegt. Der Ertrag diente zur Bezahlung des requirierten Korns, das dann an die Unbemittelten zu mäßigen Preisen abgegeben wurde. Ein Gesetz gab den Landwirten auf, jede Woche ein bestimmtes Quantum, so und soviel Sack Korn auf den Markt zu bringen. Man versuchte den Handel zu unterdrücken, dem man die Schuld an dem Mangel und den ungeheuren Preisen beimaß. Militärische Razzien wurden veranstaltet, um die Produzenten zur Erfüllung des Gesetzes anzuhalten. Es erging ein Gesetz an die Kleinhändler und Krämer, täglich und öffentlich die zum Leben notwendigen Waren zum Verkaufe zu bringen, die sie auf Lager hatten. Schließlich erließ man Höchstpreise auf Brot, Mehl, Korn, Hülsenfrüchte und Obst, den Wein, den Essig, den Apfelwein, auf Bier und Branntwein, auf das frische Fleisch, auf Pökelfleisch, Speck, Vieh, die getrockneten, gesalzenen, geräucherten oder marinierten Fische, auf die Butter, den Honig, den Zucker und das süße Oel, das Brennöl, die Kerzen, das Brennholz, die Holzkohle, die Steinkohle, das Salz, die Seife, Schwefel, Pottasche, die kupfernen, eisernen, stählernen und gußeisernen Waren, das Kupfer, das Blei, den Hanf, die Leinwand, die wollenen und leinenen Artikel, die Holzschuhe, die Lederschuhe, den Tabak usw. Die Strafen für Wucher, ja selbst Leibesstrafen standen auf das Zurückhalten der Waren; die Bauern, die gegen die Gesetze verstießen, erhielten hohe Geldstrafen, Gefängnisstrafen oder wurden zum Stehen an dem Schandpfahl verurteilt.

Diese Maßnahmen waren ein Schlag ins Wasser, der Mangel wurde anstatt geringer, immer größer, auch in der Provinz. Selbst die Verschärfung der Strafe nützte nichts, auch nicht, daß man hartnäckige Bauern, die passiven Wierdstand beobachteten oder die Maßnahmen unbeachtet ließen, auf das Schafot schickte. Die hauptsächlichste Schuld, daß die Nahrungsmittelpolitik des Konvents scheiterte, lag an der allgemeinen Korruption. Die Führer der militärischen Kommandos, die Lebensmittel zu requirieren hatten und auf Beobachtung der Gesetze zu sehen, ließen sich von den Landleuten bestechen, entweder mit Geld oder mit Lebensmitteln. Berichte aus jenen Zeiten klagen darüber, daß die Requisitionskommandos gewöhnlich nichts fanden, daß sie sich von den Mairen der ländlichen Kommunen beschwatzen ließen. In den Städten herrschte der Zustand, daß die Kleinhändler, Schlächter und Bäcker für die breiten Massen der Käufer,

Digitized by Google

die sich Tag für Tag vor den Läden drängten, nur wenig zu verkaufen hatten und gewöhnlich schlechte Sachen. Die Waren waren auf dem Wege des Schleichhandels vertrieben worden oder an einflußreiche Persönlichkeiten, an die republikanischen Garden oder an die Polizeibeamten abgegeben worden.

Am traurigsten war natürlich die Ernährung in Paris. Traurig aber auch in den Provinzstädten und in den kornarmen Berg-, Oel-, Weinbau- und Fischereidistrikten. In Marseille fehlte, nach dem Erlaß der Höchstpreise, alles, die Fischer gingen nicht mehr aufs Meer hinaus, die Fische, die doch eine wichtige Hilfe bei dem allgemeinen Mangel waren, fehlten ganz. In Grenoble backen die Bäcker nicht, die Einwohner des flachen Landes bringen kein Korn herbei, die Kaufleute vergraben ihre Waren oder lassen sie durch geschäftige Nachbarn verstecken oder exportieren sie. Agenten des Konvents berichten, daß es schlimmer wird, man wage selbst zu sagen, daß man lieber die und die Sache den Tieren geben würde, als sie gemäß den Höchstpreisen zu verkaufen. Ueberall werden die Dörfler auf Ration gesetzt, auf eine Ration, so geringfügig, daß sie gerade genügt, um den Hungertod zu verhindern. In Rouen erhalten die Einwohner im Februar 1794 nur ¼ Pfund Brot täglich auf den Kopf. „In Bordeaux", also berichtet ein Agent an den Konvent, „schläft seit drei Monaten die Bevölkerung an den Türen der Bäcker, um dort sehr teuer ein schlechtes Brot zu bezahlen, welches sie oftmals nicht erhält. . . Man hat heute nicht gekocht, und morgen wird man ½ Pfund Brot auf den Kopf geben. Dieses Brot ist aus Hafer und Pferdebohnen gemacht. . ."

In dieser Form liegen uns zahlreiche offizielle Berichte vor, häufig noch düsterere, wie z. B. Berichte aus Südfrankreich, wonach die Leute sich um Feldkräuter im Frühjahr 1794 zanken, der Konventsdeputierte Brot aus Quecke ißt, die Bauern Wurzeln ausgraben, weil sie selbst kein Brot haben und so kraftlos sind, daß sie den Pflug nicht ziehen können. Man hatte die Kornspeicher für das Heer geleert und den Leuten nichts gelassen. Allem setzt aber Paris die Krone auf. Kein Wunder, daß der Konvent zu immer rücksichtsloserem Vorgehen sich gedrängt fühlt und schließlich die gesamte Ernte für beschlagnahmt erklärt. (Dekret vom 8. Messidor, Jahr II.) In den Departements Tarn, Gres, in der Haute Garonne, in Voucluse, an der Rhonemündung ergeht der Befehl an die Landwirte, daß sie ihre Vorräte an Korn, an Mehl, sowohl an Weizen, Mengkorn, als auch an Roggen, Gerste, Hafer und Hirse an die öffentlichen Scheunen abzuliefern haben, die die Gemeinden einzurichten haben. Jeder Produzent und Händler habe für sich und seine Hausangehörigen nur den Bedarf eines Monats, höchstens 50 Pfund Mehl oder Korn zu reservieren. Ein Arbeitszwang wurde stabilisiert. Wenn ein Landwirt Arbeiter nötig hatte, mußte er sich bei der Gemeinde melden, die ihm so viel Arbeiter zur Verfügung

Digitized by Google

stellte, als man für nötig hielt. Jeder Arbeiter hatte sich in eine Liste einzutragen. Ein Höchstlohn war festgesetzt. Zwei Jahre Gefängnis winkten dem Arbeiter, der das Gesetz übertrat.

Diese Maßnahmen erwiesen sich als undurchführbar. Es fehlte jede Möglichkeit, die Sache zu organisieren, wegen des Fehlens eines Beamtenapparates und der mangelhaften Schulbildung. Die Verordnungen mußten auf dem platten Lande allein deshalb scheitern, weil die Bauern gewöhnlich weder lesen noch schreiben konnten. Die vorgeschriebenen Listen, auf denen die Zahl der Arbeiter, die Menge der Vorräte bei den Landwirten verzeichnet werden sollten, konnten nicht angefertigt werden. Die einzigen Persönlichkeiten, die früher zu schreiben vermochten, die Adligen und Geistlichen, waren nicht mehr da. Die härtesten Strafandrohungen, ja selbst die Vollziehung der Todesstrafe, halfen nichts, konnten die Bauern nicht zwingen, an die Einbringung der Ernte zu gehen, die im Vorsommer des Jahres eine gute zu werden versprach. Der niedrige Höchstpreis schreckte ab und erzeugte im Verein mit den Requisitionen für das Heer und für die Versorgung von Paris und der Beschlagnahme eine allgemeine Abneigung, mit den Erntearbeiten zu beginnen. Die Ernte drohte zu verderben, der Versuch, durch das zwangsweise Aufgebot von Städ[illegible] Ernte einzuholen, blieb im Keime stecken und wurde nur in ein[illegible] Departements in Szene gesetzt, ohne Erfolg. Frankreich schien [illegible] Hungertode verfallen zu sein.

Der Sturz der Jakobiner, von Robespierre, Saint-Just und Couthon änderte die Lage im Juli 1794. Das Zwangssystem wurde nicht weiter angewandt, auch fielen die Requisitionen für das Heer weg, weil die siegreichen französischen Heere in die feindlichen Länder eingedrungen waren, in Belgien, in die Rheinpfalz, in die italienischen und spanischen Grenzprovinzen und dort requirieren konnten. Auch kamen mehr Lebensmittel aus der Fremde, so am 8. Juni 1794 ein Konvoi von 116 Getreideschiffen aus Amerika, der den Engländern entschlüpft war. Ende Dezember 1794 wurden de lege die Höchstpreise beseitigt, nachdem sie schon seit Juli de facto verschwunden waren. Die Schuld an den schlechten Ernährungsverhältnissen schob man auf das Zwangssystem. Man sah das einzigste Heilmittel in der radikalen Rückkehr zum freien Handel.

Niemals erwies sich ein Heilmittel schlechter. Zwar war von nun an alles in den Magazinen und Läden zu erwerben, ohne Rationierung, ohne staatliche Preisberechnung. Aber den breiten Massen war damit nicht geholfen, denn die Teuerung, die in unheimlichem Maße mehr und mehr anwuchs, überlieferte sie weiter dem Mangel, und bald schlimmer als je vorher. Wie Taines Forschungen in den Archiven und Denkwürdigkeiten der Revolutionszeit zeigen, verdoppelte sich nach der Abschaffung der Höchstpreise der Schrei nach Brot; von Monat zu Monat brach er

Digitized by Google

schmerzensvoller und stärker hervor, in dem Maße, wie die Lebensmittel teurer wurden, besonders im Sommer 1795, bei der Herannahung der Ernte, als die Scheunen leer wurden. Der Grund lag einesteils in den gegen früher gesunkenen Ernteerträgen, andererseits in der Assignatenwirtschaft. Millionen von Hungernden finden sich im damaligen Frankreich, nicht nur in den Städten, auch in den Dörfern. Es gibt ländliche Departements, welche nicht genug Lebensmittel zur eigenen Ernährung hervorbringen; selbst in den fruchtbaren Departements fehlt es nicht an Distrikten, die Mangel haben. Eine Munizipalität im Departement Seine und Marne klagt, daß „unsere Gemeinde ohne Brot, ohne Korn und ohne Mehl ist; ihre Nahrung besteht nur noch aus Kleie und Hülsenfrüchten." „Wir haben den Schmerz, die Kinder ohne Lebensmittel zu sehen, die stillenden Mütter unvermögend, ihre Kinder zu nähren, die Greise vor Schwäche umfallen und die jungen Leute auf den Aeckern liegen bleiben, weil sie aus Schwäche nicht arbeiten können."

Und die anderen Gemeinden des Distrikts sind in derselben oder einer ähnlichen Verfassung, und ebenso in Ile de France, in der ganzen Picardie und Pikardie. Hier gibt es Orte, deren Einwohner sich von [illegible] und Kleie ernähren. Der Bericht von Louviers, 26. Prairial, [illegible]: „Bedenkt, daß wir 71 000 Menschen in unserem Distrikt haben, die eine Beute des größten Schreckens, des Hungers, sind, und daß bereits eine sehr große Zahl umgekommen ist, die einen vor Hunger, die anderen durch Krankheiten, die durch die schlechten Nahrungsmittel verursacht sind."

Indessen, so groß der Mangel auf dem platten Lande ist, so groß die Teuerung, noch viel schlimmer ist es in den Städten. Das Elend ist so groß, daß die von fressendem Hunger gepeinigten Städter sich über das platte Land verbreiten, um dort Lebensmittel zu suchen, gleichgültig auf welche Weise und sehr oft vergebens. Ein Teil der sich über das Land ergießenden Städter ergab sich dem Raub, sie stahlen, was sie käuflich nicht erhalten konnten, weil die Preise zu hoch waren. Wahre Räuberbanden machten die Dörfer unsicher. Die allgemeine Rarität von Korn, Hülsenfrüchten und Kartoffeln führte zu Einschränkungen des freien Verkehrs. Die Gemeinden bekamen das Recht, im Bedarfsfalle zu requirieren und die vorhandenen Nahrungsartikel zu rationieren. Die Anwendung dieses Rechtes milderte nur wenig die Not. Die Rationen waren jammervoll klein und dabei unerschwinglich teuer, selbst in kleinen Landstädten. Furchtbare Bilder der Verzweiflung, des Hungers und des Leides entrollten sich allenthalben vor den Augen der Beobachter, deren Berichte in den Archiven erhalten sind. Paris übertraf hier alles, was sich sonst in Frankreich ereignete. Ungeheure finanzielle Lasten lud der traurige Zustand dem Lande auf, weil die Regierung und die städtischen

Digitized by Google

Magistrate sich gezwungen sahen, das Korn, das sie mittels der Requisitionen in die Hand bekommen hatten, zu einem wesentlich niedrigeren Preise an das Volk abzugeben, als sie es erworben hatten. In Lille gab die Munizipalität das Pfund Brot, das ihr 9 Fr. das Pfund kostete, zu 20 und 30 Sous ab. (Lettre de la municipalité à la Convention, 7 fructidor 1795.) In Paris mußte der Staat im Mai 1796 für ein Pfund Brot 4 Fr. bezahlen, das er an das Volk zum Preise von 15 Centimes lieferte.

Was damals Frankreich durchmachen mußte, erinnert an die düstersten Zeiten des Mittelalters, wenn die Hungersnot tobte. In unserer Zeit haben jene Schrecken ihresgleichen nur in Rußland. Die verhungernden großen Städte Rußlands, allen voran das unglückliche, aussterbende Petersburg, sind Pendants zu dem vom Hungertode nicht nur bedrohten, nein, teilweise ihm verfallenen Paris der großen Revolution. Entsetzlich schwoll die Sterblichkeit in jenen Jahren an, Frankreich schien sich seines Volkes entblößen zu wollen, bis die guten Ernten von 1796 ab sowie die Beendigung der Assignatenwirtschaft, die Rückkehr zu normalen Geldverhältnissen allmählich den Hunger und die Teuerung beseitigten. Damit verlor sich auch die Rastlosigkeit, die von 1789 das französische Volk charakterisiert hatte und es zur Beute revolutionärer Stimm[illegible]nd Ausbrüche werden ließ. Eine Periode der wachsenden Ber[illegible]ch an, die Napoleon gewaltig stützte und seinem Werke g[illegible]denn sonst wäre es ihm wohl kaum möglich gewesen, die Autorität des Staates wiederherzustellen und Frankreich von seinem wirtschaftlichen Elend zu befreien.

Eine Lehre müssen wir hieraus ziehen: die vornehmste Sorge unseres Staates muß sein, die Lebensmittelnot zu bannen. Ihr muß alles untergeordnet sein, die ganze Politik muß von ihr diktiert sein. Nach Lage der Sache geht es ohne die Hilfe des Auslandes, ohne langfristige Kredite nicht. Sie zu erhalten, ist das Hauptziel unserer deutschen Politik.

Brief an die „Deutsche Politik"

Noch einmal die deutsche Auslandspresse. Zu den Tausenden, die die Heimat verlassen und in der Ferne ein Feld der Tätigkeit suchen, werde binnen kurzem auch ich gehören, und die deutsche Auslandspresse mit ihren Aufgaben und Zielen hat nicht allein deshalb mein ganzes Interesse, weil sie bald zu meinem geistigen täglichen Brot gehören wird, sondern auch deshalb, weil ich mir zum Ziel gesetzt habe, meine im Auslande und Inlande gesammelten Erfahrungen über Pressearbeit, soweit dies in meinen Kräften steht, in Zukunft praktisch zu verwerten. So bin ich mit besonderen Erwartungen an den Artikel über „Die heutigen Aufgaben der deutschen Auslandpresse" in Heft 24 der „Deutschen Politik" herangegangen. Alles, was der Verfasser über die Pflichten und Aufgaben der deutschen Auslandspresse ihren Lesern, den Deutschen des Aus-

Digitized by Google

landes, gegenüber sagt, kann ich nur voll und ganz unterschreiben. Aber ich vermisse in dem Aufsatz völlig die Betonung dessen, daß die Auslandpresse heute mehr denn je nicht nur Aufgaben ihren Lesern gegenüber, sondern auch unserem Vaterlande gegenüber zu erfüllen hat, daß sie die Vertretung Deutschlands dem Ausland gegenüber auf sich nehmen muß.

Draußen in der Welt hat man das Ansehen unseres Vaterlandes untergraben, vernichtet. Draußen in der Welt nur kann die Wurzel des Uebels, die Lüge und Verleumdung, die gegen uns zu Felde zog, angepackt werden. Das Vertrauen des Auslandes wiederzugewinnen ist der einzige Weg zur Rettung, zur Gesundung unseres armen, kranken Vaterlandes. Und wer ist zuerst dazu berufen, Hand an diese große, große Arbeit zu legen? Einzig und allein das Auslandsdeutschtum, und mit ihm als erste die deutsche Auslandspresse. Die deutsche Zeitung des Auslandes ist heute nicht mehr in erster Linie die Unterhaltungs-, Bildungs- und Belehrungslektüre des Deutschen im Auslande, sie ist heute der große, wichtige Faktor in der Wiederherstellung deutschen Ansehens in der Welt. Bedenken wir, wieviele *nicht*deutsche, kritische Augen täglich unsere ausländischen Zeitungen lesen, dann geht uns ein Verständnis dafür auf, was eine jede von ihnen an ihrem Platze wirken kann, wieviel von ihr für unser Vaterland abhängt. Durch eine kluge, systematische Arbeit muß unsere Auslandspresse es sein, die dem Ausland eine neue Erkenntnis, *die* unbedingt nötige neue Erkenntnis über Deutschland und seine Lage beibringt. In erster Linie gehört dazu, die durch englische Pressearbeit der ganzen Welt eingehämmerte Ueberzeugung von Deutschlands Schuld am Kriege zu lockern. Die der Wahrheit widersprechenden Begriffe von deutscher Art und deutschem Tun und Denken, von England in fünfjähriger unermüdlicher Arbeit und bewunderungswürdiger Phantasie der ganzen Welt beigebracht, müssen langsam einer richtigen, besseren Erkenntnis wieder Platz machen. Noch haben die furchtbaren Taten der Entente, vom Hungerkrieg bis zu den tausend Schamlosigkeiten seit Friedensschluß, keinen Eingang in die Welt gefunden. Sie darzustellen in täglich neuen Variationen wird eine der Aufgaben der Auslandspresse werden — die schwarze Schmach und die Gewalttätigkeiten aus den besetzten Gebieten, Wiedergaben aus Briefen deutscher Strafgefangener in Frankreich, Proteste unterdrückter deutscher Nationalität usw. können Stoff für Jahrzehnte liefern! Daß dies in kluger Weise, ohne eine dick aufgetragene Hetze gebracht werden muß, ist selbstverständlich. Liest auch der nicht ausgesprochen deutschfreundliche Ausländer dergleichen gewiß nur mit innerem Widerspruch — es bleibt doch etwas haften, die fremde Presse greift, schon aus Sensation, dies oder jenes auf, und langsam, langsam wird sich die Erkenntnis Bahn brechen, daß nicht alles, was die von Northcliffe gespeisten Auslandszeitungen in den letzten Jahren brachten, seine Richtigkeit gehabt hat, daß etwas faul ist im Rate der Entente.

Auch für die Auslandsdeutschen, die fern von der Heimat die Kriegsjahre verlebten, wird solche Arbeit der deutschen Auslandspresse nötig und von Bedeutung sein. Wieviele Deutsche sind draußen der Suggestivkraft der englischen Presse — heimlich oder offen — innerlich erlegen. Also auch *deutsche* Erkenntnis, deutschen Glauben gilt es zurückzuerobern, oder, wo dies nicht notwendig, so doch dauernd stark und wach zu erhalten. Und neben der hilfreichen Hand, die nach dem in Nr. 24 veröffentlichten Artikel die deutsche Zeitung dem Auswanderer in wirtschaftlicher und politischer Beziehung bieten soll, sei das nicht vergessen, daß der, der fern von der Heimat, ganz auf sich selbst gestellt, mehr noch als früher unablässig eine ernste Mahnung nötig hat: „Du, gerade du,

Digitized by Google

auf welchem Platz du auch stehst, hast eine große Pflicht gegen dein Vaterland zu erfüllen; auch dir ist Gelegenheit gegeben, die Achtung und das Vertrauen des Auslandes zum Deutschtum wiederzugewinnen — handele danach!" In der Weise kann und soll die deutsche Zeitung dem Einzelnen im Ausland eine starke moralische, nationale Stütze sein.

Wenn sich die deutsche Auslandspresse zur Aufgabe macht, nach solchen erweiterten Gesichtspunkten zu arbeiten, so ist sie der beste, tapferste Stoßtrupp für das bedrängte Deutschtum. Cissy von Scheele-Willich.

Notizen

Petersburger Lehrerdasein. In dem „Revaler Boten" finden wir folgenden erschütternden Bericht über das Elend der Gelehrten in Rußland: Zu dem Mosaikbilde, das wir uns vom Leben des heutigen Petersburg aus den vereinzelt zu uns gelangenden Miniaturskizzen zusammenzustellen haben, liefern soeben eingetroffene Privatbriefe zweier angesehener deutscher Petersburger einen lehrreichen Beitrag. Sie lassen uns das Heute in der Sphäre des Petersburger Schulwesens recht lebensvoll vor Augen treten.

In einem der Briefe heißt es unter anderem:

„...An der Petri-Schule (deutsche Kirchenschule) arbeitet man gegenwärtig mit etwa 500 Schülern (früher waren es um 1800. D. Her.) mit deutscher Unterrichtssprache. Gymnasium, Realschule und Töchterschule sind zusammengeflossen; Latein ist fakultativ und wird von Sekunda an gelehrt; Physik in Quarta zwei Stunden, in Quinta, Sexta und Septima je drei Stunden; nach offiziellen Lehrplänen müßten es noch mehr sein. Die Schule hat sich stark verändert. Im Winter hatte man es sehr schwer, da nicht geheizt wurde. Die Tinte in den Tintenfässern fror ein. Jetzt ist es leichter und die Arbeit geht ganz gut..."

Die Gage eines Lehrers beträgt 5115 Rubel monatlich, dazu (kostenlos) ein warmes Frühstück und ein Stückchen Brot täglich, Beschäftigung 36 Stunden die Woche, davon Lehrstunden 18—20. Gelegenheit zum Nebenverdienst reichlich. Jeder Lehrer hat jetzt vier bis sechs Stellen. Die Einnahmen unseres guten Freundes N. belaufen sich zusammen auf etwa 16 000 Rubel monatlich; dazu erhält er den „Utscheny Pajek" (im November 1919 wurde man auf die starke Sterblichkeit unter den Gelehrten und Künstlern aufmerksam gemacht, eine Kommission unter dem Vorsitz von Maxim Gorki ward eingesetzt und sie dekretierte den darbenden Gelehrten und Künstlern einen Nahrungszuschuß an Brot, und nach Möglichkeit auch an Fleisch), d. h. Lebensmittel im Marktpreise [illegible] etwa 60 000 Rubel monatlich, die er als Lehrender der Universität für [illegible] Rubel bekommt. Trotzdem muß er, um mit den Seinigen satt werden zu können, noch etwa 30 000 Rubel monatlich zulegen, also betragen die Kosten für die Ernährung seiner Familie von sechs Köpfen monatlich im Marktpreise 106 000 Rubel. Dabei kann er gleich mir und den Meinigen sagen: Wir hungern nicht, sind aber doch unterernährt. Von irgendwelchen Anschaffungen ist für uns nicht die Rede. Für die Wohnung zahle ich 350 Rubel monatlich, wie denn überhaupt Wohnungen ganz billig sind. Der Schulleiter ist inbezug auf Gage mit allen Kollegen auf die gleiche Stufe gestellt..."

Weiter heißt es: „Um dir von unserer Ernährung ein klares Bild zu geben, will ich dir aufschreiben, was wir gestern gegessen haben, d. h. ich und meine Familie: am Morgen Tee (Surrogat) ohne Zucker, und Schwarzbrot (jeder etwa ½ Pfund); zum Frühstück dicken Hirsebrei einen guten Teller voll

Digitized by Google

und ¼ Pfund Brot; zu Mittag zu Hause dünne Hirsesuppe und Pfannkuchen aus Hirsebrei mit geriebenen Kartoffeln (die Pfannkuchen mit sehr wenig Fett gebraten, denn ein Pfund Oel kostet eben über 3000 Rubel); am Abend Tee mit einem kleinen Stückchen Zucker und Brot. — Vorgestern: am Morgen dasselbe; zum Frühstück ein Teller Hirsebrei und ein halber Hering dazu mit Brot; zu Mittag Hirsebrei mit gebratenen Zwiebeln; am Abend Tee mit Brot. — So geht es jeden Tag. Wir haben eben als Hauptnahrungsmittel Hirsebrei; den gibt es jetzt überall. Später kommt irgendetwas anderes auf — dann ißt die ganze Stadt etwa Roggengrütze oder Kartoffeln. Jetzt aber sind Kartoffeln eine Delikatesse und überhaupt kaum zu bekommen. — Die Schulen geben allen Schülern und Lehrern täglich warmes Frühstück — kostenlos; auch Tee und Brot. Butter essen wir fast gar nicht — sie kostet über 3000 Rubel das Pfund — Zucker wenig, Milch fast gar nicht. Brot ist genügend da, auch Grütze. — Ich hoffe, du hast jetzt ein kleines Bild unseres Lebens..."

In einem zweiten Brief heißt es: „In unserem Dasein sind Grüße, die von entfernten Freunden kommen, im vollen Sinne des Wortes lichte Punkte in der uns umgebenden Nacht... Der Tod räumt hier furchtbar auf... Eine schreckliche Zeit, und dazu die aufreibende Sorge um das tägliche Brot, die ewigen Schindereien des Holzes wegen, dessen Preis bei uns 20 000 Rubel pro Faden erreicht hat, wenn man es überhaupt bekommt. Wissenschaftlich zu arbeiten ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Wie soll man sich konzentrieren bei einer Temperatur von 2—3° Wärme, wobei als Beleuchtungskörper ein Notlicht, das kaum eine Buchseite genügend bescheint, dienen muß. So stand es wenigstens während der fünf langen Wintermonate mit mir..."

Politisch-wirtschaftliche Wirkungen der deutschen Steuerpolitik auf die Neutralen. Das Reichsnotopfer, wie es nunmehr in Deutschland zur Einziehung gelangt, hat bei den Neutralen, die in Deutschland ihren Sitz haben, eine Bewegung ausgelöst, die, was die Schweizer Staatsangehörigen betrifft, bereits zu einem Gesuch der in Deutschland lebenden Schweizer an die Bundesregierung in Bern gegen die deutsche Steuerpolitik geführt hat. Auch eine besondere Organisation der in Deutschland lebenden Schweizer ist ins Leben gerufen worden, um zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Tritt doch bereits die Mitteilung auf, daß Fabrikanten und Besitzer von geschäftlichen Unternehmungen oder sonstige Schweizer Staatsangehörige mit größerem Eigentum ihr Interesse darin erblicken, in Deutschland zu liquidieren und in der Heimat neue Lebenswege zu suchen. Diese Entschlüsse werden aber von seiten der Schweizer Industriellen als für die nationale Entwicklung der Schweiz nachteilig aufgefaßt, da es im Interesse der Schweizerischen Volkswirtschaft liege, erhebliche Kapitalien auch in Deutschland zu besitzen. Ja man geht sogar schweizerischerseits so weit, dem Bundesrat einen Vorwurf daraus machen zu wollen, daß er die große national-ökonomische Bedeutung dieses Fragenkomplexes nicht erkannt habe und statt die in Deutschland lebenden Schweizer zum Aushalten zu bestimmen, eine passive Stellungnahme vorgezogen habe. Diese Passivität habe die in Deutschland ansässigen Schweizer veranlaßt, Bestrebungen nachzugehen, die lediglich ihren eigensten Interessen dienen.

Geht man aber dem ganzen Problem etwas tiefer auf den Grund, so wird man finden, daß die Neutralen, an deren Spitze sich die Schweizer gestellt haben, eine berechtigte Benachteiligung in der Tatsache erblicken, daß alle Ententestaaten durch den Vertrag von Versailles geschützt sind vor den ungeheuren Steuerbelastungen, die deutscherseits auf Angehörige jener Länder gelegt werden, die am Kriege nicht beteiligt waren, sich also neutral hielten. Man geht so weit, in dieser Konstellation

Digitized by Google

eine Art Bestrafung der Neutralen zu erblicken, sogar eine weitgehende Bestrafung, indem wichtige Vermögensobjekte dieser neutralen Staatsangehörigen vom deutschen Fiskus erfaßt werden, während, wie bereits erwähnt, alle Länder, die sich der Entente angeschlossen haben, steuerfrei ausgehen, soweit es sich um das Reichsnotopfer oder ähnliche Steuereinhebungen handelt.

Obgleich uns Deutsche dieses Fragengebiet nicht besonders interessiert, ist es doch von Wert, sich damit zu beschäftigen, weil neuerdings der Beweis dafür erbracht wird, wie sehr die Ententediplomaten darauf versessen waren, unter Hintansetzung auch der Interessen Neutraler nur mit Rücksicht auf die eigenen Interessen Bestimmungen in den Versailler Vertrag aufzunehmen, die jetzt zu Entwicklungen führen von einer Art, die dem Deutschtum keine Förderung bringen. Denn zweifelsohne glauben die Neutralen, wenn auch mit Unrecht, sich benachteiligt und stehen nicht an, diese gegen das Deutschtum gerichteten Gefühle bei jeder Gelegenheit an den Tag zu legen.

Da wir im volkswirtschaftlichen Interesse und aus politischen Gründen Wert darauf legen müssen, sogenannte moralische Eroberungen im Auslande zu machen, sind diese Ergebnisse, die der deutschen Steuerpolitik entspringen, und die durch die Versailler Bestimmungen eine so neutralfeindliche Färbung erhalten, ein Moment, das uns in seinen kleinen und großen Wirkungen nicht indifferent lassen kann.

Neuerscheinungen

Politische Biographien

H. Oncken, „Ferdinand Lassalle". Eine politische Biographie. 3. Auflage. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin. 540 S. 28 M.

M. Wenck, „Friedrich Naumann". Ein Lebensbild. Buchverlag der „Hilfe", Berlin. 160 S. 9 M.

Man kann sich nach Charakter und Lebensart keine verschiedenartigeren Persönlichkeiten denken als Lassalle und Naumann, und doch wird sie eine nicht von der Dynamik des Menschlichen, sondern von der geschichtlichen Fragestellung ausgehende Betrachtung später einmal in ziemlich enger Nachbarschaft sehen. Denn das Problem, das vom 19. Jahrhundert aufgenommen und dem 20. unfertig weitergegeben wurde, hat in ihrem Denken, zeitgeschichtlich gefärbt, die stärkste Synthese gefunden: Nationalstaat und soziale Bewegung zusammenzubringen. Naumann hat in gewissem Sinn bei seinen politischen Anfängen dort angeknüpft, wo das Werk Lassalles plötzlich abgebrochen war; freilich aussichtslos, nachdem der Sieg des Marxismus einerseits und das Sozialistengesetz andererseits die Voraussetzungen einer organischen Entwicklung verdorben hatten. Lassalle hat nun auf Naumann selber keinen oder nur einen geringen Einfluß ausgeübt; Naumann kannte ihn, nahm an seinem Pathos und seiner Dialektik ein gewisses anekdotisches Interesse, aber in seiner Auseinandersetzung mit dem Sozialismus war ihm der Tatsachenbeherrscher Marx viel wichtiger. Immerhin: es hat einen gewissen Reiz, zwei Bücher nebeneinander zu besitzen und zu lesen, die uns Werk, Werden und Menschenart der beiden Männer nahe bringen.

Onckens Lassalle-Werk ist bereits über zehn Jahre alt und seit seinem ersten Erscheinen als die grundlegende Biographie anerkannt; in der neuen Auflage aber, die kürzlich erschien, sind ganze Partien umgearbeitet und vor allem die historisch-politischen Linien vertieft. Oncken steht seinem Gegenstand sine ira et studio gegenüber; mit dem starken Sinn für das Einzigartige dieser Erscheinung, er sieht die menschlichen-allzumenschlichen Züge, aber sein „Held"

Digitized by Google

Hermann Stegemanns Ausgewählte Werke

Sechs Bände

Geschmackvoll gebunden Mark 90.—

zuzügl. 20% Teuerungszuschlag

Inhalt:

Die als Opfer fallen / Der gefesselte Strom / Thereese, die Wirtin von Heiligenbronn / Thomas Ringwald / Die Krafft von Ilzach / Daniel Junt. Die Himmelspacher und kleine Novellen

Einzelne Bände dieser Ausgabe werden nicht abgegeben

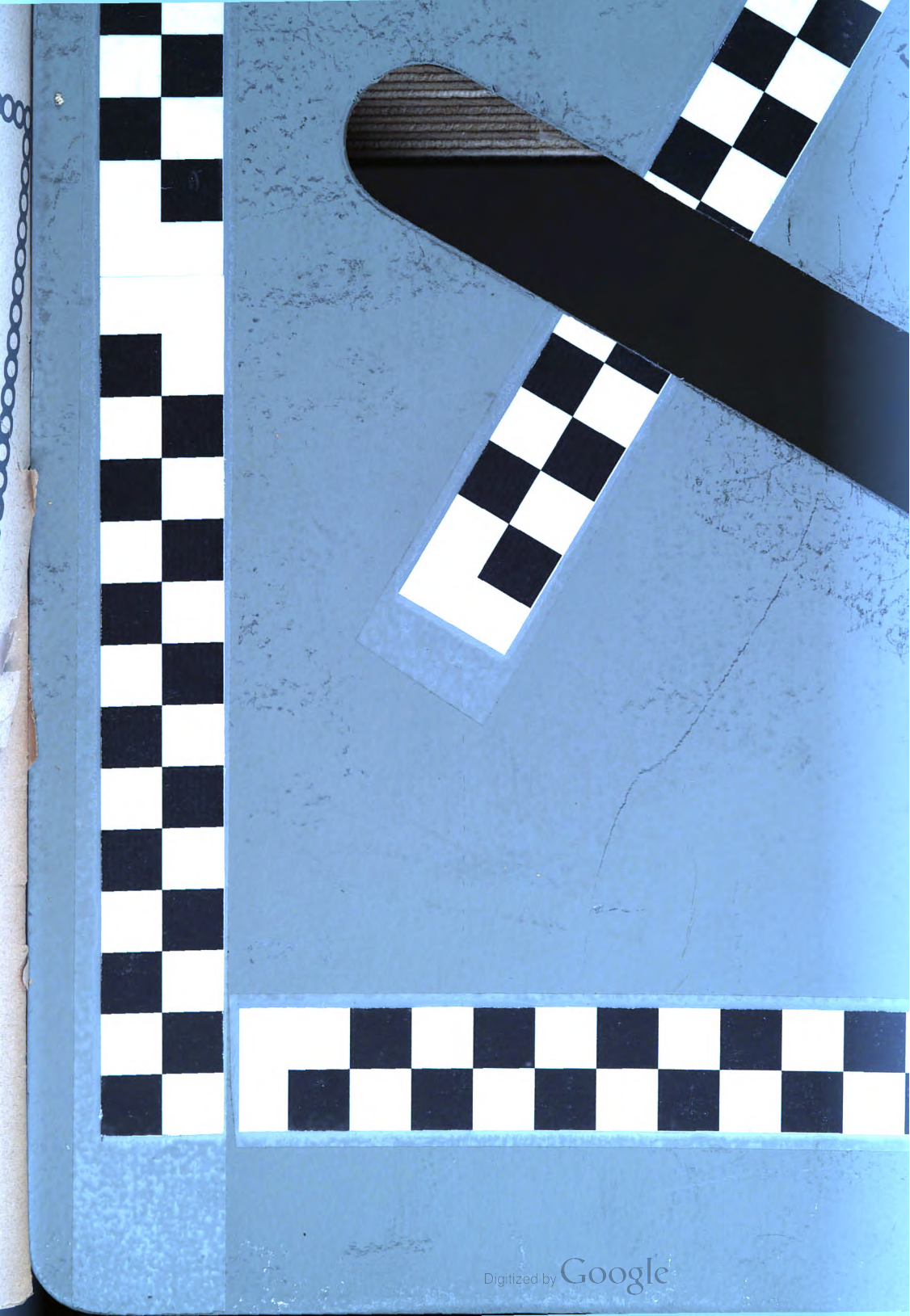
Eine Auswahl der Prosa-Epen Hermann Stegemanns, in denen er selbst ist v... bezeichnendste und bauernbste seines Schaffens gegeben zu haben zugle... Lebensweg z... lebendiger, plastisch gestalteter Menschen und sparsamen, aber klle ...das Leben der Gegenwart trotz der kritischen Naumanns eigenen ...nen tiefsten Konflikten und Problemen da aus dem Seelsorg... perament herauswächst, ...as aus diesen Werken entgegen. Machtfragen hineinwir... disziplinierte unserer zeitgeschichtlichen Pol... und alles, Naumanns dem Verfasser warmen Dank s...

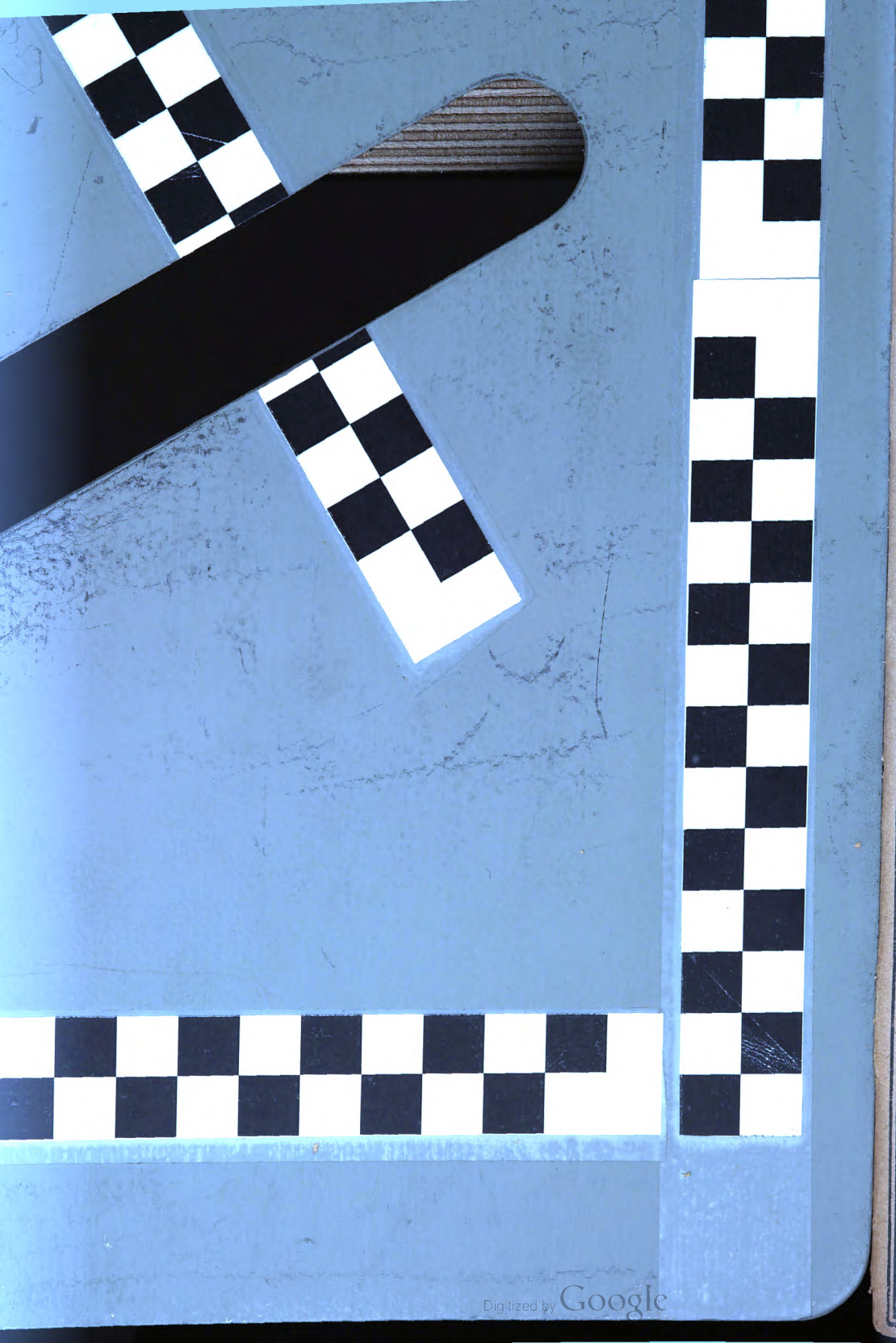
Darf hier noch kurz auf das Buch hing... Monaten aus Naumanns Hinterlassenschaf... Gestalter" von Friedrich Naumann (We... Naumann ist hier selber Biograph und P... Würdigungen stellt er eine Reihe führender ... geschichte, der Politik und des religiösen Le... vollen Studien werden unmittelbar zu wichtig... eigenen Wesens. So bilden sie eine gute Er... beziehen von Martin Wenck.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer ...erlin

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für an... Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzei... Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin ... Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandl... 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Ber...

Digitized by Google


Digitized by Google


Digitized by Google

1920
JA
14
D186

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 97
Preuß, Zur preußischen Verfassungsfrage 99
* * *, Spa 105
Richter, Der Weg zur Revision des Versailler Vertrages 107
Treuherz, Französische Industriepolitik 115
Boelcke, Rußland 121
Rathenau, Bund der Erneuerung 124

Preis vierteljährlich M 10.—, das einzelne Heft M 1.—

5. Jahrgang 23. Juli 1920 Heft 30

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Wer auswandern will

versäume nicht, sich zuvor gründlich zu unterrichten.
Dies geschieht am besten durch den Bezug der

Illustrierten Auswanderer-Zeitung

Wir bringen Ihnen jede Woche die neuesten Nachrichten aus allen Einwanderungsländern u. alles Wissenswerte über die dortigen Wirtschaftsverhältnisse u. Aussichten. Preis der Einzelnummer 60 Pf. Vierteljahresabonnement M. 7.80. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt oder direkt vom Verlag:

Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart

Deutsche Verlags-Anstalt · Stuttgart · Berlin

Kürzlich erschien:

Sittliche Diktatur

Ein Aufruf an alle Deutschen

Von **Karl Scheffler**

Herausgegeben vom Deutschen Werkbund / Geheftet M 1.65

Diese Schrift ist zur Massenverbreitung in Fabriken, Werkstätten, Kontoren, Schulen usw. bestimmt. Sie ist ein Mahnruf, der nicht ungehört verhallen darf, denn was sie ausspricht, bewegt heute viele Menschen. Karl Scheffler, der wie wenige das Recht hat, im Namen der besten Deutschen zu sprechen, fordert, daß sich die Entschlüsse unseres privaten Lebens unter den Gesichtspunkt des allgemeinen Wohles stellen, daß wir die Unabhängigkeit vom Ausland in unserem Verbrauch, die Veredlung der deutschen Produkte, die Einfachheit in den Formen unseres Gemeinschaftslebens zurückgewinnen. Wir brauchen eine nationale Uebereinkunft derer, die diesen Weg gehen wollen. Schefflers Schrift soll sie vorbereiten.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport — Lagerung.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 23. Juli 1920 * Heft 30

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Wozu sind eigentlich die deutschen Journalisten in Spa? Um Feuilletons zu schreiben? Gut, das mögen sie. Um Berichte zu schreiben? Ja, das wäre ganz schön, wenn sie bei den entscheidenen Verhanddlungen dabei sitzen könnten. Aber sie sind in der Hauptsache darauf angewiesen, herumzuhorchen, was eigentlich los war. So mengt sich in den Bericht das Gerücht. Um Politik zu machen? Ja, wenn es eindeutige, deutsche Politik ist. Aber leider ist es oft rein journalistische Personalpolitik. Die Berichterstattung der „Vossischen Zeitung" z. B. hat fast die einzige Pointe, darzutun, wie unfähig die deutsche Politik, weil sie den guten Willen der Franzosen nicht begreife. Diese Franzosen brennen ja nur auf ein gutes Einvernehmen mit den Deutschen. Man hat es Millerand bloß angedichtet, daß er ins Ruhrgebiet marschieren wolle. Die Gefahr droht nun aber doch. Dann muß alles geschehen, um ihr vorzubeugen, denn sonst optieren die vermögenden Leute von Westfalen für den Westen, um dem Reichsnotopfer zu entgehen! So etwas wird in Deutschland mitten in höchster Krisis gedruckt. Und dann wundert man sich noch, wenn die Franzosen die Politik der Brutalität als selbstverständlich ansehen.

*

Giolitti, der sein Land von den schweren Wunden des Krieges langsam erlösen sollte, steht vor der ernsten Gefahr eines neuen Krieges. Die Spannung zwischen Jugoslawien und Italien ist in diesen letzten Tagen aufs äußerste gestiegen; die Zwischenfälle in Triest, Spalato und Laibach sind dafür der Ausdruck. Selbstverständlich können sie noch abgebremst werden, aber bei beiden Völkern ist die nationalistische Reizbarkeit, die durch die sozialen Wirrnisse noch gewachsen ist, zu einer unmittelbaren politischen Kraftprobe vorgeschritten. Die Situation der Jugoslawen ist dabei schwierig genug, denn sie haben im Osten mit dem rumänischen Gegensatz zu rechnen. Der Kampf um das Banat, auf das auch Ungarn blickt, ist noch nicht ausgetragen.

*

Digitized by Google

Die Zeitungen sind in diesen Wochen geradezu Marterwerkzeuge für das deutsche Volk gewesen. Die fetten Ueberschriften der Kriegszeit blühten wieder auf. Jeden Morgen lag ein Schatten über der Zeitgeschichte, jeden Abend klärte sich der Himmel im Westen auf. Nimmt man ein beliebiges Blatt: „Neue Zusammenstöße in Spa", „Die Besserung in Spa", „Die Diktatpolitik in Spa", „Versöhnlichere Stimmung", „Vor dem Abbruch der Konferenz" uff. Auf und ab, auf und ab — nun, so wird es ja wohl auch gehen, wo Willkür und Vernunft in ihrem Ausdruck streiten. Aber unsere Publizistik, statt in einer gedämpften Zurückhaltung das Gefühl der Tragik zu erziehen, reißt die Empfindung des Volkes hin und her, mit dem Erfolg, daß diese stumpf wird.

*

Die Entente scheint gewillt, zwischen Räterußland und Polen zu vermitteln, wenn letzteres sich auf in ethnographisches Gebiet zurückzuziehen verspricht. Das polnische Heer zog aus, um ein großpolnisches Reich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu gründen und muß jetzt froh sein, wenn ihm die Entente ein bescheidenes Kleinpolen sichert. Von Podolien und Wolhynien ist keine Rede mehr; die ostgalizische Frage soll von neuem diskutiert werden; Wilna düfte Litauen zufallen usw. Das bedeutet nichts anderes, als daß die mehrfach schon totgesagte Randstaatenidee — jedem Volk sein Staat — wieder marschiert, weil sie trotz großrussischen Hasses, deutscher Kurzsichtigkeit und ententistischen Widerstrebens der einzige gesunde politische Gedanke des Weltkrieges war.

*

Während des Weltkrieges gab Professor Frech-Breslau auf Veranlassung des Kriegsministeriums eine Denkschrift über die wirtschaftliche Bedeutung der Ukraine heraus, worin deutscher Gelehrtenfleiß ein umfassendes Bild der großen Bodenreichtümer dieses Landes entwarf. Inzwischen ist bekanntlich im Auswärtigen Amt der Wind umgeschlagen, man will dort nichts mehr von den Randvölkern wissen, sondern ist wieder zu seiner alten großrussischen Liebe zurückgekehrt, einerlei ob sie Denikinscher oder bolschewistischer Natur ist. Da war es natürlich Zeit, die „ukrainische Verirrung" der deutschen Politik restlos zu beseitigen. Flugs läßt man in der Schriftenfolge des Auswärtigen Amtes „Tagesfragen der Auslandswirtschaft" Heft XII erscheinen, das den Titel trägt: „Das Eisen in Rußland". Im Abschnitt „Südrußland" ist die Ukraine versteckt. Nicht die kleinste Fußnote legt davon Zeugnis ab, daß das der ukrainische Staat ist, mit dem wir in Brest-Litowsk einen Vertrag geschlossen haben, und dessen Gesandter noch heutzutage in Berlin akkreditiert ist. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Geheimräte, die diesen Plan gemacht haben, stolz auf ihre „kühle Realpolitik" sind. Sie vergessen, daß die Entente beim Saargebiet gleich heimzahlen könnte.

Digitized by Google

Zur preußischen Verfassungsfrage

Von Dr. Hugo Preuß, Reichsminister a. D.

Der Verfassungsausschuß der preußischen Landesversammlung hat soeben die erste Lesung der neuen Landesverfassung für Preußen beendet. Er hat dabei politisch sehr bedeutsame Aenderungen an dem Regierungsentwurf vorgenommen, dessen Unzulänglichkeit schließlich von allen Parteien erkannt war. Nunmehr müssen die Fraktionen der Landesversammlung bei ihrem Wiederzusammentritt zu diesen Beschlüssen des Verfassungsausschusses Stellung nehmen, damit noch vor Ende des Jahres die verfassunggebende preußische Landesversammlung ihre hauptsächlichste Aufgabe abschließen kann. Daß dies erst so lange Zeit nach ihrem Zusammentritt geschieht, wird der preußischen Volksvertretung vielfach zum Vorwurf gemacht. Indessen wäre ein zu früher Abschluß der preußischen Verfassung für die gesamtdeutschen Verhältnisse weit gefährlicher gewesen, als es diese Verzögerung sein kann. Wem Deutschlands politisches Dasein der beherrschende Mittelpunkt des politischen Denkens ist, der wird die Ordnung der preußischen Dinge nur in stetem Hinblick auf die Lebensinteressen des Reiches gestalten wollen und können; dies ist aber um so eher möglich, je klarer sich die neue Ordnung des Reiches herausstellt und konsolidiert.

Dieser Konsolidierung der jungen deutschen Republik stellen sich unaufhörlich innere und äußere Krisen in verhängnisvoller Wechselwirkung hemmend entgegen. Wie die deutsche Nationalversammlung in Weimar die Reichsverfassung vollenden mußte unter der fürchterlichen Depression der unsagbaren Friedensbedingungen von Versailles und der gewaltigen Stärkung, die alle Gegner der neuen Staatsordnung dieser demütigenden Mißhandlung der deutschen Republik zu danken hatten, so mußte der preußische Verfassungsausschuß in diesen Tagen sein Werk verrichten unter den entmutigenden Eindrücken von Spa. Unwillkürlich drängt sich da der düstere Zweifel auf: hat es Sinn und Zweck, eine künftige Staatsordnung für politische Gemeinwesen feststellen zu wollen, deren Zukunft und politisches Dasein täglich und stündlich so furchtbar ernst in Frage gestellt wird? Und wenn sich offenbar die zielbewußte Politik übermächtiger Feinde draußen wie die unpolitische Ziellosigkeit gewisser Strömungen drinnen gerade gegen das Reich und seine Einheit richtet, — soll man da wirklich unser ganzes politisches Schicksal bewußt und rückhaltlos eben auf diese Reichseinheit gründen? Gebietet nicht vielmehr die Staatsklugheit, den gewiß betrüblichen, doch immerhin möglichen Fall nüchtern und kühl ins Auge zu fassen, daß die Reichseinheit unhaltbar wird und zerfällt; und muß man nicht demgemäß die Länderverfassungen so gestalten, daß sie dann als selbständige Staaten auf eigenen Füßen

Digitized by Google

stehen können? Dies gilt vor allen anderen für Preußen, das allein ein europäischer Großstaat war und es wieder werden könnte. Deshalb sei es die wichtigste Aufgabe der preußischen Verfassung, die feste Geschlossenheit und konzentrierte Einheit dieses einzigen deutschen Großstaates nach Möglichkeit zu erhalten. So könnte nach dieser Anschauung Preußen dem bedrohten Reich, falls es sich erhalten läßt, wie bisher ein starkes Rückgrat sein; und wenn es sich nicht erhalten läßt, sein eigenes staatliches Dasein kraftvoll behaupten, um vielleicht dereinst mit seinen Machtmitteln wieder ein neues Deutschland zu schaffen, wie es dies schon einmal getan hat.

Das ist in der Tat der Punkt, an dem sich die Wege *national-deutscher* und spezifisch *preußischer Politik* unbedingt scheiden. Bei dem entsetzlichen Zusammenbruch von 1918 drohte sofort in unmittelbarster Nähe die Gefahr des Reichszerfalls; sie zu bannen, gab es schlechterdings kein anderes Mittel, als die rückhaltlose Anrufung des demokratischen Gedankens der Volkseinheit, der unbedingten nationalen Zusammengehörigkeit und Selbstbestimmung. Das ist das Lebenselement der Reichsverfassung von Weimar. Sie steht und fällt mit der festen, rückhaltlosen, leidenschaftlichen Ueberzeugung, daß es für das deutsche Volk in allen seinen Gliedern keine andere Möglichkeit politischer, wirtschaftlicher, kultureller Fortexistenz gibt als im nationalen deutschen Staate, in der Einheit des Reiches. Gibt das deutsche Volk diese Ueberzeugung auf, so gibt es sich selbst auf; in seinen einzelstaatlichen Trümmern könnte es nur ein politisch, wirtschaftlich und kulturell verkrüppeltes Jammerdasein fristen unter der verdienten Verachtung der ganzen Welt. Mag auch des Reiches Gegenwart und nächste Zukunft noch so traurig und bedrückt sein, — jede Aussicht auf Besserung und Wiederaufstieg setzt die Erhaltung der nationalen Einheit voraus. Den lügnerischen Lockungen, die den einzelnen Trümmern des deutschen Volkes ein leichteres Schicksal vorgaukeln wollen, muß dieses Volk mit der ganzen Leidenschaft des nationalen Selbsterhaltungstriebes widerstehen. Nur als Deutsche haben wir noch die Möglichkeit einer Zukunft; nicht als Bayern oder Sachsen, als Württemberger oder Oesterreicher — und auch nicht als Preußen! Es ist nach Lage der heutigen Verhältnisse eine *Wahnidee*, Preußen als einheitlichen Großstaat erhalten zu können, wenn das Reich zerfällt. Wenn nicht schon vorher, so würde sicherlich in diesem Augenblicke auch die preußische Staatseinheit auseinanderfallen. Und die Hoffnung, daß das vielleicht zusammenhaltende ostelbische Preußen, wie nach dem Frieden von Tilsit, zunächst einen preußischen Großstaat und dann wohl auch ein neues Reich werde schaffen können, verkennt die völlige Veränderung aller machtpolitischen Voraussetzungen. Ohne das Reich hat auch Preußen keine Zukunft.

Viele, die all dies vollkommen einsehen, kommen doch von dem über-

Digitized by Google

lieferten Gedanken nicht los, daß das lockere Gefüge des Reiches der Ergänzung durch die feste Geschlossenheit der konzentrierten preußischen Staatseinheit bedarf, und daß schließlich nur durch die Ausdehnung dieser Geschlossenheit auf das ganze Reich dessen Gefüge die notwendige Festigung erhalten könne. Nichts kann der Entwicklung der nötigen und möglichen Einheitlichkeit im Reiche abträglicher sein als dieses Spiel mit dem Gedanken einer preußischen Vereinheitlichung Deutschlands. Und mehr als ein Gedankenspiel ist es nach Lage der heutigen Machtverhältnisse nicht. Ob es einst in Tagen siegreichen Glanzes möglich gewesen wäre, den preußischen Einheitsstaat auf ganz Deutschland auszudehnen, ist eine Frage von nur noch geschichtlichem Belang; heute ist es aus inner- und außerpolitischen Gründen eine absolute Unmöglichkeit. Als solche muß sie aber vom Volksbewußtsein in Nord und Süd klar und allgemein erkannt werden, wenn das wirksamste und gefährlichste Schlagwort gegen den Reichsgedanken, das von der drohenden „Verpreußung Deutschlands", endlich seine Kraft verlieren soll. Deshalb wirken die immer wieder von Vertretern Preußens ausgehenden Rufe nach dem deutschen Einheitsstaat, auch wenn sie gut und ehrlich gemeint sind, in einem dieser guten Meinung genau entgegengesetzten Sinne; sie schaden dem Reichsgedanken und stärken alle Partikularismen. Es ist ein wichtigster Vorzug der Reichsverfassung von Weimar, daß sie der doktrinären Streiterei über Einheitsstaat oder Bundesstaat in der Hauptsache jeden praktischen Inhalt entzogen hat. Sie gibt dem Reiche in Organisation und Zuständigkeit das volle Maß von Einheitlichkeit, das für Gegenwart und absehbare Zukunft nötig und in Deutschland möglich ist; sie läßt den Ländern soviel autonome Bewegungsfreiheit, wie mit dem höchsten politischen Interesse, dem des Nationalstaates, vereinbar ist. Eine vollkommen einheitsstaatliche Verwaltungszentralisation würde ebenso dem deutschen Volksgeiste widersprechen, wie dem Grundgedanken demokratischer Organisation der Selbstregierung und Selbstverwaltung von unten nach oben.

Nur eine in diesem Zusammenhang wesentliche Frage hat die Weimarer Verfassung notgedrungen und bewußt ungelöst lassen müssen: die territoriale Neugliederung des Reiches in Ländergebiete, die dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Stämme wie den wirtschaftlichen, kulturellen und administrativen Bedürfnissen möglichst entsprechen. Und da steht wiederum, alles beherrschend, das Problem Preußen im Mittelpunkt. Ohne Hineinziehung Preußens ist eine ersprießliche Neugliederung des Reiches unmöglich. Doch ist dies nur ein Symptom des eigentlichen Uebels. Das Uebel ist nicht, daß Deutschland kein Einheitsstaat ist, vielmehr, daß hier zwei Einheitsstaaten nebeneinander stehen: ein sehr stark dezentralisierter, das Reich, und für vier Siebentel seines Gebietes und seiner Bevölkerung ein stark zentralisierter Einheitsstaat, Preußen. Daher

Digitized by Google

mußte in diesem wichtigen Punkte die Reichsverfassung eine Unwahrheit legalisieren; nämlich die Fiktion, daß Preußen ein Land sei wie die anderen deutschen Länder. Aber ein Land, das vier Siebentel des Ganzen umfaßt, ist eben nicht dasselbe wie eines der übrigen 24 Länder, die sich in den Rest von drei Siebenteln teilen; vollends dann nicht, wenn es der notwendig stark dezentralisierten Reichsorganisation eine zentralisierte Großstaatsorganisation entgegenstellt. Nicht Preußen, wohl aber jede seiner Provinzen steht nicht nur nach Größe, sondern nach ihrer ganzen Natur und Art den größeren anderen deutschen Ländern gleich. Die Reichsverfassung konnte auch jene Fiktion von der Gleichheit Preußens mit allen übrigen Ländern gar nicht konsequent durchführen. Sollte Preußen nicht durch sein natürliches Uebergewicht alle anderen beherrschen, so mußte es im einzelnen verhältnismäßig schlechter gestellt werden als alle anderen. Das zeigt sich am deutlichsten bei der Stimmenverteilung im Reichsrat. Würde hier Preußen den anderen gleich behandelt, so hätte es allein die Mehrheit; der Reichsrat wäre also überflüssig. Preußen erhielt also sehr viel weniger Stimmgewicht, als ihm nach dem Verteilungsmaßstab gegenüber allen anderen zukommt. Das war zwar im alten Bundesrat auch der Fall, wurde jedoch durch die sonstigen Machtmittel Preußens weitaus überkompensiert. Die Reichsverfassung will darüber hinaus noch die Hälfte der Reichsratsstimmen Preußens seinen Provinzen übertragen. Das steht zweifellos nicht im Einklang mit der sonstigen Struktur des Reichsrats und ist nicht ganz einfach durchzuführen; aber es weist deutlich und nachdrücklich auf den Weg hin, der heute noch allein zur Lösung des preußischen Problems ohne bedenkliche Erschütterungen gangbar ist. Ihn mit Entschlossenheit zu beschreiten, ist die wichtigste Aufgabe der neuen preußischen Verfassung.

In meiner Denkschrift zum ersten Entwurf der Reichsverfassung habe ich die Gesamtheit dieser Probleme mit bewußter Schärfe herausgestellt, von der Ueberzeugung ausgehend, daß die notwendige neue Reichsorganisation auch eine territoriale Neugruppierung der deutschen Ländergebiete erfordert. Ebenso nachdrücklich habe ich aber betont, daß eine solche Neugruppierung nach einem großen und einheitlichen Plane ohne bedenklichste Reibungen und Erschütterungen nicht möglich sei, wenn sie nicht von einer ganz überwiegenden Macht der öffentlichen Meinung im gesamten Deutschland getragen werde. Statt dessen erhob sich das Wut- und Wehgeheul über den beabsichtigten Frevel der „Zerschlagung Preußens", indem sich die Partikularisten in Nord und Süd mit den Verkündern eines chimärischen deutschen Einheitsstaates zu einem merkwürdigen Chor verbanden. So mußte denn die Reichsverfassung von Weimar mit dem Geburtsfehler dieser wunden Stelle ins Leben treten. Ihre Heilung ist heute nur in einem vermutlich langwieriger Prozeß mit zahlreichen Einzeloperationen möglich. Die

Digitized by Google

Methode dieser Einzeloperationen hat Art. 18 der Reichsverfassung vorgezeichnet. Für Preußen empfiehlt es sich aus man[illegible] Gründen des eigenen wie des Reichsinteresses, wenn irgend möglich [illegible] diese chirurgischen Eingriffe nicht ankommen zu lassen, sond[illegible] der mit der inneren Medizin der Verfassung zu versuchen. [illegible] allmählich gestaltet haben, kann es nützlich sein, das Ban[illegible] hinter- einheit für eine Reihe wichtiger Funktionen [illegible] Verfasser über und die Erschütterungen zu vermeiden, ohne [illegible] Zweck zwischen nicht abgehen würde. Dies setzt aber eine [illegible] leichten bisherigen großstaatlichen Zentralisation vor[illegible] Berufung dezentralisiertes Preußen kann ohne unertr[illegible] Organe der dezentralisierten Reichsorganisation best[illegible] Staatsfunk- dieser Voraussetzung werden wichtige Prov[illegible] für das deutschen Ländern ebenbürtig fühlen, mit ihr[illegible] der größten zu halten sein.

Diesen Erwägungen haben die bisherig[illegible] verwaltet ausschusses Rechnung getragen; und es b[illegible] innere zweiter Lesung noch ergänzt und ausgebaut[illegible] ist auch ist, daß der völlig unzulängliche und [illegible] Regierungsentwurfs ersetzt ist durch einen Staa[illegible] Vertretern der Provinzen gebildet wird. Seine Funktion[illegible] des Reichsrates innerhalb der Reichsorganisation ähnlich. Das Stimmgewicht stuft sich nach der Bevölkerungszahl der Provinzen ab, jedoch hat jede Provinz mindestens drei Vertreter; die Stadt Berlin ist einer Provinz gleichgestellt; Hohenzollern erhält einen Vertreter. Hier finden also die Provinzen in der zentralen Organisation Preußens eine ähnlich bedeutsame Stellung, wie sie durch den Reichsrat die Länder in der zentralen Organisation des Reiches besitzen. Im Zusammenhang damit wird wohl auch die Frage der Vertretung der Provinzen im Reichsrat selbst zu lösen sein, womit sich eine gewisse Angleichung ihrer Stellung gegenüber dem Reiche an die der Länder vollzieht. Aber diese Stellung der Provinzen würde in der Luft schweben, wenn ihr nicht eine kräftige Erweiterung ihrer Befugnisse im eigenen Hause, in ihrer eigenen Verwaltung entspräche. Angelegenheiten der bisherigen Staatsverwaltung in der Provinzialinstanz müssen zu Angelegenheiten der provinziellen Selbstverwaltung werden; und darüber hinaus deren Organe zur Ausführung staatlicher Gesetze berufen werden. Leider ist ein Antrag des Zentrums, der diese Erweiterungen wenigstens im Prinzip festlegen wollte, zunächst nicht angenommen, sondern durch eine allzu unbestimmte Verheißung auf die Zukunft vorläufig ersetzt worden. Die Berufung der Provinzen zur Bildung des Staatsrats und eine wirksame Erweiterung ihrer Autonomie sind aber mit Recht an die Voraussetzung geknüpft, daß an die Stelle des jetzigen indirekten Wahl-

Digitized by Google

systems das direkte demokratische Wahlrecht, wie es für Reichs- und Landtag besteht, auch für die Provinziallandtage tritt. Die Hebung ihrer politischen Bedeutung und die Demokratisierung ihrer Organisation sind untrennbar miteinander verbunden. Im übrigen wird die Uebertragung in den Verwaltungsbefugnisse vom Staat auf die Provinzen zweckmäßig nur notwendig lich und schrittweise erfolgen; aber daß sie wirklich erfolgt, muß die Großstaatsung sicherstellen. Soll die ganze Umgestaltung ihren politischen Provinzen irksam erfüllen, so muß sich der Staat auch zu dem gewiß nicht und Art de Entschlusse durchringen, in der Hauptsache den Provinzen die verfassung ko ihrer leitenden Beamten zu überlassen unter Vorbehalt direkter übrigen Länd ir die Staatsaufsicht und die übrigbleibenden unmittelbaren durch sein naktionen. Wie für das Verhältnis der Länder zum Reich, so ist im einzelnen b Provinzen zum Staate diese Frage der Aemterbesetzung von Das zeigt sich praktisch-politischen Bedeutung. Man will nicht von Beamten Würde hier Pr den, die einfach von der Zentralregierung ernannt werden Mehrheit; der Beziehung zu dem engeren Verbande, den sie leiten sollen. viel weniger Stin der natürliche Weg zur vielbegehrten „Demokratisierung über allen andere". Das parlamentarische Regierungssystem und sein Partei- der Fall, wurde besonders nach Lage der deutschen Verhältnisse des starken aus überkompensierr hochentwickelten Selbstverwaltung nicht entraten, nur Hälfte der Reichs Uebertragung der Aemterbesetzung in der inneren Ver- waltung auf die engeren und weiteren Selbstverwaltungskörper vermag die parlamentarische Parteiregierung vor dem Hinabsinken in das Beute- system zu schützen.

Der aus der provinziellen Selbstverwaltung hervorgehende Staatsrat ist das einzige in Preußen mögliche selbständige Organ neben dem Land- tag, da ein preußischer *Staatspräsident* eine unerträgliche Belastungs- probe für das Verhältnis zum Reich bedeuten würde. Daher wäre es zweckmäßig, dem Staatsrat die Auflösung des Landtages, dem Vorsitzenden des Staatsrats die Berufung des Ministeriums zu überlassen. Dazu hat sich jedoch der Verfassungsausschuß noch nicht entschließen können, ohne bisher eine andere befriedigende Lösung gefunden zu haben. Dagegen hat er, abweichend vom Regierungsentwurf, das Referendum (Volksentscheid und Volksbegehren) in gewissem Umfang nach dem Vorbilde der Reichs- verfassung eingefügt. Auch sonst sind zahlreiche Bestimmungen der preu- ßischen Verfassung naturgemäß durch die der Reichsverfassung beeinflußt oder bedingt, und andererseits enthält sie manche Materien überhaupt nicht, weil sie durch die Reichsverfassung erledigt sind. Politisch entscheidend für Preußen und politisch bedeutsam für Deutschland wird die neue preußische Verfassung nur durch die Art werden, in der sie Preußens Ver- hältnis zum Reich und damit zugleich Preußens Verhältnis zu seinen Provinzen organisatorisch zu gestalten vermag.

Digitized by Google

Spa

Von * * *

Nicht mit Unrecht hat man die Bemerkung gemacht, daß Deutschland innerhalb des Interessenkreises der Entente langsam in den Hintergrund gleitet. Nur Frankreich starrt zwischen Angst und Raffgier über den Rhein. Für die Mehrzahl der übrigen Alliierten haben sich inzwischen drängendere Sorgen gemeldet, und wenn sie auf Deutschland blicken, so bewegt sie wesentlich nur zweierlei: das Prozentverhältnis in der Entschädigungsleistung, die man von Deutschlands gutwilliger, „loyaler" Sklavenhaftigkeit erwartet, und die Ueberlegung, wo, wie können deutsche Belange bei den sonstigen Welthändeln zur „Kompensation" verwandt werden. Dahin ist wesentlich das Interesse von London zusammengeschrumpft. Und in Amerika möchte man offenbar die weltpolitische Blamage von Versailles vergessen, indem man die Phantasie ganz auf den inneren Parteien-Machtkampf hinlenkt.

Dieser Zustand schafft für uns keine Erleichterung. Das Gefühl der Schadenfreude, wie bald sich die sachliche Unvollkommenheit der Friedensstifter von den Pariser Vororten zeigt, taugt uns sehr wenig, solange sie sich immer wieder auf dem Buchstaben vereinigen, der uns töten soll. Aber sie wollen uns ja gar nicht töten. Lloyd George will uns von den inneren Gefahren befreien, die in den herrenlosen Flintenläufen lauern, Millerand ist davon überzeugt, daß Frankreich und Deutschland aufeinander angewiesen sind — wie anders könnte er seine deutschen Bewunderer enttäuschen! Nichts liegt ihnen ferner, als von dieser Regierung, der sie ein langes Leben wünschen, von diesem Volk, dessen Arbeitstüchtigkeit sie schätzen, Unbilliges zu verlangen — sie wollen nur, daß die Beziehungen der Staaten nun greifbar „geregelt" werden in dem Ausmaß der Bestimmungen von Versailles, die eine deutsche Unterschrift tragen. Indem sie auf dem Papier neue Regeln herstellen, begründen sie neuen Zwang zur Regellosigkeit in Deutschland.

Simons hat in den engen Maschen der Gewalttaktik, wodurch die Entente sich schützte, mit zäher Klugheit gerungen, um die Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebiets nicht sozusagen als ein legitimes Stück der sachlichen Abmachungen anerkennen zu müssen. Der Frieden von Versailles, wenn er schon „Friede" heißt und in seinen Buchstaben verehrt wird, soll auch für den Besiegten eine Art von papierner Schutzwehr enthalten. Lloyd George fand dafür die Formel, daß das Inkrafttreten der Strafbestimmung ja eine Angelegenheit der Alliierten sei und somit ihrer Natur nach kein Gegenstand des Paktes mit den Deutschen. Damit ist nun tatsächlich gar nichts gewonnen. Am 1. Oktober, wenn die Militärfrage brennend ist, am 1. November, wenn die Kohlen nach-

Digitized by Google

gezählt werden, tritt Herr Foch wieder in den Vordergrund der Bühne, bereit, der „Dolmetsch" der Gefühle der Ententegenossen zu sein. Er hat die Auffassung, daß innerhalb der Mißverständnisse der Worte und Ziffern sein Säbel die klarste und eindeutigste Sprache beherrsche. In Deutschland hat man die Reisen des französischen Marschalls mit einer gewissen Stumpfheit vermerkt, für Paris waren sie die Daten, bei denen die elektrischen Wellen in die Volksphantasie eingeschaltet wurden. Nun mag der gutgläubige Deutsche sagen: Ach, es liegt ihnen an dem Einmarsch gar nicht so viel. Sie brauchen die „Strafbestimmung" um der ewigen Siegergeste willen. Nichts wäre so falsch, als diese Formeln gleichgültig zu nehmen oder sich nur über ihre mangelhafte Moral oder Vernunft zu erregen. Sie sind die Handhaben, mit denen je und je Frankreich die politische Krise in Deutschland aufrollen kann, und später um so erfolgreicher, je deutlicher der Entwicklungsprozeß der wachsenden Uninteressiertheit von London und Rom sich abzeichnet. Frankreich sichert sich, über Versailles, über San Remo hinaus, das „Recht" zur Gewalt, mit der es Deutschlands staatlichen Bestand erschüttern kann. Daß es seiner Kohlennot durch Gewalt abhelfen kann, glaubt es selber nicht; aber offenbar ist die politische Zielsetzung immer noch stärker als die wirtschaftliche Resignation, die zu begreifen lernt, daß deutsche Arbeiter zuerst für deutsche Arbeiter arbeiten, und danach sich ins Mögliche bescheidet. Alle Kohlenverträge sind Abmachungen, die auf die Seelenverfassung der Grubenleute geschrieben werden, und darum für den westlichen Imperialismus doppelt fragwürdig.

Nachdem man in Spa über die Kohlenlieferungen in eine Art von Verhandlungen eingetreten waren, wurde an einem sehr künstlichen und äußerst begrenzten System von Kohlenmenge, Bezahlung, Kredit, oberschlesischer Verfügung herumgerechnet. Man muß solchem Weg, der notwendig die verschiedenen Kräftezentren des Wirtschaftslebens berücksichtigt, alles Gute wünschen, aber es wird sich nicht vermeiden lassen, daß irgendwann ebensoviel Fehlerquellen fließen, weil die Menschen nicht berechenbar sind. Das aber nun ist der Schlüssel von Spa: die Bereitwilligkeit nicht nur der Kohlenhäuer, sondern des ganzen Apparats von öffentlicher Verwaltung, der mit ihrer Arbeit im Zusammenhang steht, das Verlangte zu arbeiten. Die Bergleute haben heute nicht nur das Schicksal der deutschen Industrie in der Hand, entscheiden über die warmen oder kalten Winterstuben des deutschen Volkes, sondern bestimmen auch den Ablauf des europäischen Schicksals. Wir schreiben das nicht nieder, um beschwörende Worte ins Ruhrgebiet zu senden, sondern um etwas sehr Nüchternes zu konstatieren: daß die Macht des kapitalistischen Imperialismus der Entente, auch wenn er Not schwitzt, auch wenn er über deutsche Zerstörungen jammert, ganz unsentimental ihre Grenze an dem

Digitized by Google

findet, was der deutsche Arbeiter sich gefallen läßt. Es war gut, daß neben Stinnes in Spa auch Hué gesprochen hat und in ganz kühlen Worten den Mächtigen dieser Welt ihre Ohnmacht beschrieb. Will Frankreich das Recht und die Menschlichkeit sabotieren, so können die deutschen Arbeiter den Frieden sabotieren. Die gleichen Leute, deren erwartungsvolle Revolutionstorheit vom Feinde Anständigkeit und Lebensrecht erhoffte, können ihm fürchterlich werden, wenn er über sie glaubt hinweggehen zu können. Und die Fragestellung ist für die Entente um deswillen verwickelt, als bei den englischen Grubenarbeitern, die nicht unmittelbar interessiert sind, Angst besteht, daß die Vergewaltigung der deutschen Bergleute ihren eigenen Emanzipationskampf hemme.

Spa wurde abgebrochen, Genf folgt. Sicher erscheint einstweilen nur dies: die Deutschen werden um die „Taktik" ihrer Regierung ein fürchterliches Geschrei anfangen, fast als ob wieder Wahlkämpfe davon zu bestreiten wären. Jetzt schon stehen wir Tag für Tag vor der Würdelosigkeit von Journalisten mit deutschem Namen, die dem Gegner Schmeichelei, den deutschen Staatsmännern nur überheblichen Tadel geben. Das scheint unabwendbares Volksschicksal. Wann kommt der Tag, da das Bewußtsein der feindlichen Bosheit uns auch nur im Wort einige, das die Tat der entschlossenen Selbstbehauptung nicht immer von vornherein verderbe.

Der Weg zur Revision des Versailler Vertrages

Von Lina Richter.*)

Wo heute deutsche Menschen zusammenkommen, sei es auch zu einer edlen Freude, ziemt es sich, daß sie unseres nationalen Unglücks gedenken. Gerade unsern Kindern gegenüber haben wir die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Lebensfreude, die in diesem gesegneten Tal immer wieder hervorbrechen muß, sie nicht teilnahmslos werden läßt gegen das Schicksal ihrer Volksgenossen. Wir müssen unsere Kinder so erziehen, daß sie der Gedanke unserer nationalen Wiederaufrichtung niemals verläßt.

Ich will heute versuchen, ohne Schonung von unserer furchtbaren Lage zu sprechen. Was bedeutet der Friedensvertrag von Versailles? Er ist das Todesurteil, das über uns gesprochen worden ist. Noch aber ist es nicht vollstreckt. Haben wir Hoffnung, daß es aufgehoben wird. Das ist die Frage, die sich heute jeder gewissenhafte Deutsche unablässig vorlegen wird.

Eine trügerische Hoffnung muß hier gleich zerstört werden. Manche Menschen sagen, der Friedensvertrag kann nicht ausgeführt werden, weil er so widerspruchsvoll ist. Er verlangt von Deutschland, es soll sich erst

*) Vortrag bei einer Feier der Schule Schloß Salem, Anfang Juli, in Anwesenheit der englischen Politiker Morel und Ponsonby.

Digitized by Google

nackt ausziehen und dann seine Taschen leeren. Das geht nicht. Oder wie man es auch ausdrücken kann: Die Feinde können die Kuh Deutschland nicht schlachten und dann melken wollen. Gewiß wäre es im wahren Interesse unseres furchtbarsten Feindes, Frankreich, Deutschland durch Erhaltung seiner Industrie und seiner Landwirtschaft zahlungsfähig zu machen. Aber der Gedanke, daß wieder Rohmaterialien nach Deutschland hineinströmen könnten, daß unsere Industrie wieder blühen und unsere Volkskraft sich erholen sollte, — dieser Gedanke ist Frankreich unerträglich. Frankreich kommt gar nicht dazu, sich in seinem wilden Sieger- und Racherausch zu fragen: Was ist mein eigenstes Interesse? Sein schlechtes Gewissen, die Angst vor Deutschland, das es mit einer so raffinierten Niedertracht behandelt hat, sind so groß, daß Frankreich nur das eine Ziel vor Augen sieht: Wie kann ich Deutschland niederhalten? Die Franzosen weiden sich an unserer Not und Schmach und verzichten lieber auf ihren Vorteil als auf die Befriedigung ihrer Rachsucht. Vor die Wahl gestellt, die Kuh zu schlachten oder zu melken, ziehen sie das Schlachten vor. Gerade die Undurchführbarkeit vieler Bestimmungen ist planmäßig in den Friedensvertrag hineingebracht worden, um ständig den Vorwurf des Wortbruchs gegen Deutschland bereitzuhaben und zu Exekutionen schreiten zu können, die allmählich ganz Deutschland in einen Zustand der Knechtschaft bringen sollen, wie heute das besetzte Gebiet. Im Hintergrund steht die Hoffnung auf die Zerreißung der Nation und den Rheinbund. Die Geschichte lehrt, was für Mühe und was für Kosten sich Frankreich gemacht hat, damit der Dreißigjährige Krieg wirklich seine 30 Jahre dauerte und Deutschland am Ende so schwach und zerrissen war, daß Frankreich einstecken konnte, worauf es Lust hatte. Wir müssen auch heute damit rechnen, daß Frankreich sich alle erdenkliche Mühe geben wird, um alle Keime der Unzufriedenheit und Zwietracht in Deutschland zu nähren. Die Franzosen haben ihre Hand im Spiele, wo Loslösungsbestrebungen am Werke sind: in der Pfalz, im Rheinland, ja in Bayern; aber auch der Bürgerkrieg zwischen den Klassen ist Frankreich ein willkommenes Mittel, und da hilft ihm nicht nur der bewaffnete Bürgerkrieg, der ja in Deutschland nur von Zeit zu Zeit aufflackert, sondern auch der furchtbare moralische Bürgerkrieg, der jetzt schon zwei Jahre ununterbrochen dauert, und der schließlich dazu führt, daß die einzelnen Klassen und die einzelnen Landesteile einander mißtrauischer und feindseliger gegenüberstehen, als ihren fremden Unterdrückern. Die Verringerung der Wehrmacht soll uns nicht nur ohnmächtig nach außen hin machen, sondern auch der Regierung die Mittel nehmen, die Staatsautorität im Innern aufrechtzuerhalten.

Wer heute sich Parteileidenschaften hingibt, wer heute gegen eigene Volksgenossen hetzt, der treibt in der Tat Frankreichs Geschäfte. So frohlockte Frankreich über den Kapp-Putsch, die Kämpfe im Ruhrgebiet,

Digitized by Google

über die Nachweise politischer Unfähigkeit und unsachlicher Parteileidenschaft, die bei den Verhandlungen über die Kabinettsbildungen immer wieder zutae traten.

So ist also die Hoffnung auf die Einsicht Frankreichs in die Undurchführbarkeit und den Widersinn des Friedensvertrages eine trügerische.

Eine zweite Hoffnung ist auch trügerisch: Daß die gegenwärtigen Regierungen in Amerika, in Italien oder in England die Kraft oder den Willen hätten, Frankreich in den Arm zu fallen.

Amerika hat sich nach seiner unerhörten internationalen Blamage auf seinen eigenen nationalen Egoismus zurückgezogen, und es ist ihm peinlich, und langweilig, etwas von Europa zu hören.

Italien hat heute noch nicht das nötige Gewicht im Rate der Völker.

Die englische Regierung, die ja kühler rechnet, wünscht zweifellos nicht ein bolschewistisches und zerfallenes Deutschland. Aber die gegenwärtigen Machthaber in England sind mitschuldig an dem Friedensvertrag von Versailles. Sie würden nur durch den Druck der öffentlichen Meinung gezwungen werden können, wesentliche Teile des Vertrages von Versailles aufzugeben. Sie sind heute genau so ohne Verantwortungsgefühl gegenüber Europa, wie vor einem Jahr. Zudem hat die Regierung vollauf zu tun, um Ordnung an vielen Stellen des britischen Reiches zu schaffen, wo es sehr bedrohlich aussieht. Man merkt an dem Auftreten Frankreichs deutlich, daß es glaubt, Englands Widerstand nicht fürchten zu brauchen.

Auch eine dritte Hoffnung müssen wir von uns weisen. Das ist die Hoffnung auf den Revanchekrieg. Es gibt Leute, „die heute noch mit der Scheide rasseln, in der kein Schwert mehr steckt". Diese Leute träumen sich in das alte waffenstarrende Deutschland zurück, das doch so niemals wiederkommen kann und auch gar nicht wiederkommen sollte. Das ist ein Ausweg ins Traumland, vor dem wir uns hüten müssen. Der echte Pazifist, dem Friede und Ruhe nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zu einer besseren Weltordnung sind, der darf nicht verlangen, daß ein Zustand der Unterdrückung und des Unrechts zum Dauerzustand wird um des Friedens willen, der muß als ultima ratio der Verzweiflung den Befreiungskrieg anerkennen. Die Revanchepolitiker aber werden von einem anderen Geist getrieben. Sie wollen das, was Frankreich nach 1871 wollte: Sie wollen den Feinden das Unrecht antun, das der Feind uns antut. Eine solche Gesinnung entweiht den Kampf ums Recht, treibt zum Kriege und versperrt andere Wege, die erst bis zur letzten Möglichkeit versucht werden müssen.

Neben diesen trügerischen Hoffnungen finden wir auch die Stimmung der bequemen Verzweiflung. Es gibt heute manchen, der nur darauf bedacht ist, sich und seine Familie aus dem allgemeinen Untergang zu retten und wenn ihm dies gelingt, ist es ihm gleichgültig, was aus Deutschland wird.

Digitized by Google

Das ist ein Ausweg, den ich nur als Ausweg der Schieber bezeichnen muß. Es ist die richtige Schiebergesinnung, nicht besser als wenn jemand sein Vermögen nach dem Ausland verschiebt.

Aber es gibt einen Ausweg in Freie, und von dem möchte ich heute sprechen: Es ist nach Meinung unserer Gesinnungsgenossen der einzige, der uns übrigbleibt, und es ist der, den die Männer und Frauen einschlagen wollten, die sich am 3. Februar 1919 unter der Führung des Prinzen Max in Heidelberg zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt haben. Wir glauben daran, daß das große Ziel des Völkerbundes, daß der Sieg des Rechtsgedankens im internationalen Leben kein unmögliches Wahngebilde ist, und daß sie schon am Schlusse dieses Krieges hätten Wirklichkeit werden können, wenn nicht schwache und treulose Hände das große Panier gehalten hätten. Die Völker waren bei richtiger staatsmännischer Führung reif geworden für nationale Selbstbeherrschung und der friedlichen Neuordnung der Welt. Präsident Wilson hat diesen Gedanken, den die besten Christen aller Völker immer hochgehalten haben, mit der Gebärde des Propheten an sich gerissen; heute sagen wir: Der Prophet ist tot, aber es lebe die große von ihm verratene Sache.

Eine Kampforganisation für das Recht im Leben der Völker, das will die Heidelberger Vereinigung werden. Warum konnte sie sich an diese Aufgabe wagen? Es gab schon damals zwei andere Gruppen in Deutschland, die laut und vernehmlich ihre Stimme nach dem Ausland hinübertönen ließen. Es waren die Unabhängigen und die Alldeutschen. Beide wurden im Ausland zitiert, beide haben aber unserer Sache nur geschadet. Es ist klar für jeden, der fremde Völker kennt, daß die Methoden der Unabhängigen und der extremen Pazifisten nur Wasser auf die Mühle der feindlichen Hetzer liefern.

Gleich nach dem Waffenstillstand gelang es einer Reihe von Vertretern des feindlichen Auslandes, besonders Franzosen, sich an die zumeist der unabhängigen Sozialdemokratie angehörigen Regierungsmitglieder verschiedener deutscher Staaten heranzumachen und ihnen den Gedanken einzublasen: Wenn Deutschland offenbare Zeichen seiner Sinnesänderung gibt, dann wird die Entente ihr oft gegebenes Versprechen halten und dem reuigen deutschen Volke einen besseren Frieden machen als sie es dem militaristisch gesinnten Deutschland gegenüber tun würde. In ihrer Unkenntnis des Auslandes machte es Männer wie Eisner nicht einmal stutzig, daß es Korrespondenten der schlimmsten französischen und englischen Hetzblätter waren, die ihnen diese Verlockungen zuflüsterten. Vielmehr ließ er sich genau sagen, welche Zeichen der Sinnesänderung denn von Deutschland verlangt würden und erfuhr, daß es insbesondere das Eingeständnis der deutschen Schuld am Kriege sei, was man als untrügliches Zeichen der deutschen Läuterung erwartete. Es ist bekannt, daß auch völlig auf-

Digitized by Google

richtige Pazifisten, wie Prof. Foerster, auf diese Täuschung hineingefallen sind und wiederholt dem deutschen Volke zugeredet haben, es möchte doch das geforderte Schuldbekenntnis ablegen. Das war ein Abweichen von der einfachen Bahn der Ehrlichkeit, ein Schuldbekenntnis wider besseres Wissen, und es hat sich bitter gerächt. Auf unsere alleinige Schuld stützte sich die Anklageschrift, mit der uns die Entente in Versailles empfing, und alle unerhörten Forderungen auf Entschädigung, Auslieferung usw. begründete. Da der ganze Krieg als unser Verbrechen hingestellt wurde, so war jede Kriegsmaßregel von unserer Seite ein Mittel zum Verbrechen, jede Kriegsmaßregel der Gegner aber berechtigte Abwehr. Da kam der haarsträubende Unsinn heraus, daß Deutschland für alles aufkommen sollte, was seine Kriegführung zerstört, die anderen aber für nichts, was sie vernichtet hatten. Bomben auf London waren ein Verbrechen, Bomben auf Karlsruhe nicht.

Das ist die Geschichte des lästerlichen Paragraphen 231, worin die verbündeten Raubstaaten sich als Austeiler der Weltgerechtigkeit gebärden.

Die Alldeutschen handelten vielfach in großer nationaler Begeisterung. Ihr Vaterland war ihnen alles, die übrigen Völker waren nur Mittel zum Zweck. Es sind unter ihnen tapferste Männer gewesen, die ihr Blut während des Krieges ohne Murren eingesetzt haben. Aber in der Wirkung haben sie uns ebenso geschadet wie die Unabhängigen. Sie beschönigen und halten alles für richtig, was Deutschland während des Krieges getan hat. Dadurch verlieren sie alle Glaubwürdigkeit, auch wo sie Deutschland verteidigen, wo es verteidigt werden kann, und wo sie gegen das Unrecht auftreten, das uns geschieht.

Diejenigen Deutschen, die der heidnischen Gesinnung des Krieges unterlegen sind oder die geglaubt haben, die Erhaltung der Kriegsstimmung sei wichtiger als die Erhaltung von Deutschlands gutem Namen, die die Versenkung der Lusitania mit Jubel begrüßt, erbarmungslose Behandlung der Gefangenen empfahlen, die den verschärften U-Bootkrieg erzwangen, immer neue Luftangriffe auf englische Städte gefordert haben, die ernten natürlich heute nur Hohn und Spott, wenn sie jetzt über Deutschland klagen. Sie können nicht den Ton der Ueberzeugung aufbringen, wenn sie das heilige Recht der Selbstbestimmung auch für Deutschland fordern, das sie andern Völkern nicht zuerkannt haben.

Sie hatten laut gefordert, man solle Belgien annektieren und die ganze Bevölkerung, soweit sie widersetzlich wäre, ausweisen — evakouieren nannte man das. Sie hatten das französische Briey und Longwy behalten wollen, weil es Erze enthielt. Darum steht es ihnen heute nicht an, nach Gerechtigkeit zu rufen, wenn man aus Straßburg, aus Eupen und Malmedy deutschgesinnte Bürger auswies, wenn man das deutsche Saargebiet den Franzosen in die Hand spielen wollte, weil es Kohlengruben hat, wenn man

Digitized by Google

das rein deutsche Danzig polnisch machen wollte um seines Meerhafens willen, oder wenn man uns unter nichtigen Vorwänden unsere Kolonien raubte. Ihnen hätte man mit der bequemen Erwiderung kommen können, die auf einfache Köpfe immer überzeugend wirkt: Wenn ihr die Macht gehabt hättet, hättet ihrs genau so gemacht.

Diese Gefahren standen den Gründern der Heidelberger Vereinigung vor Augen. Unsere Wortführer vor der Meinung der Welt mußten Männer sein, die, der Unpopularität trotzend, während des Krieges daran festgehalten hatten, daß das Recht die unerschütterliche Grundlage im Verkehr der Völker untereinander bleiben muß und auch im Kriege nicht beiseite geschoben werden darf. Diese Männer durften heute, weil sie ihren Grundsatz lebendig durch den Krieg hindurchgerettet hatten, für das Recht der Deutschen sprechen, das die Feinde mit Füßen traten. Es wurde bei der Auswahl der Mitarbeiter der Heidelberger Vereinigung auf die innere Parteizugehörigkeit kein Wert gelegt.

Die Mitglieder der Heidelberger Vereinigung hatten keinen Augenblick versucht, die deutsche Kampfkraft zu lähmen und dadurch die energische Fortführung des Krieges zu hindern. Aber sie wollten, daß das deutsche Schwert rein bleibe. Und sie wollten vor allen Dingen den Mißbrauch des Sieges verhindern. Unsere Nation steht uns natürlich näher als jedes andere Volk, aber wir glauben, damit ein kostbares deutsches Erbe zu verwalten, wenn wir uns einen nationalen Aufschwung nicht anders denken können als unter Achtung vor dem Recht anderer Völker.

Wer heute Vertrauen im Ausland genießt, der hat die Pflicht, als Sachverwalter des deutschen Rechts aufzutreten. Können wir nach all dem, was im vergangenen Jahre vorgegangen ist, auf den Erfolg unserer Sache hoffen? Unsere Antwort ist: Wir dürfen damit rechnen, daß ein Umschwung in der öffentlichen Meinung in den feindlichen Ländern erfolgt. Das Schamgefühl über den Vertrag von Versailles wird immer stärker in allen Kulturstaaten. Als in Versailles die vier Schwerverbrecher an der Menschheit das größte Zerstörungswerk der Weltgeschichte vollbracht hatten, wo es in ihren Händen lag, das größte Rettungswerk zu vollbringen, da hat sich schon eine entschlossene Gruppe in England und Amerika zusammengefunden, und scharfen Protest gegen den Friedensvertrag von Versailles ausgesprochen. Sie konnten sich damals nicht durchsetzen, weil gewaltige Lügen und Verleumdungen in dem Bewußtsein der feindlichen Völker festsaßen, die unausrottbar schienen, und die alle Deutschland als den fluchbeladenen Schuldigen stempelten. Seit der Zeit sind diese Männer rastlos und unermüdlich bemüht, die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu bringen. Der Weg, der vor ihnen liegt, ist schwer, vielleicht dauert er lange. Das wäre für Deutschland schlimm, denn wir haben nicht viel Zeit.

Digitized by Google

Wir haben heute einen verehrten Gast in unserer Mitte, welcher bereits mehrfach für eine große Sache gekämpft hat, die für verloren galt. Als seinerzeit die belgische Regierung die fürchterlichen Greueltaten gegen die Kongoneger vollbrachte, eine Ausbeutungspolitik trieb, für die es kein Beispiel gegeben hat, da hat es Herr Morel übernommen, das Gewissen der Welt aufzurütteln und hat es schließlich so weit gebracht, daß ein gemeinsames Vorgehen der Regierungen Europas die schlimmsten Untaten abstellte. Mit genau derselben Zähigkeit verfolgt heute Herr Morel das Ziel, ein Wiederaufnahmeverfahren zuwege zu bringen, das den Schuldigspruch gegen Deutschland umwirft, auf dem der ganze Versailler Vertrag beruht, nämlich: Daß Deutschland ganz allein die Verantwortung am Ausbruch des Krieges trage, und für ein so ungeheures Verbrechen jede Strafe nur gerecht sei. Morel hat schon während des Krieges gewagt, seine Ueberzeugung auszusprechen, daß die Schuld der anderen Großmächte genau so groß ist wie die deutsche, und daß keiner dem andern mit der Miene des Richters entgegentreten darf. Und dafür ist er von kurzsichtigen Patrioten ins Gefängnis geworfen worden.

Auch Herr Ponsonby ist von seinen Landsleuten verfolgt worden, weil er die englischen Kriegslügen enthüllte und unermüdlich im Interesse seines Landes und Europa den Verständigungsfrieden forderte. Dabei sind diese Männer keineswegs „pro-deutsch" gewesen. Sie haben harte, aber wahre Worte über die deutsche Politik gesprochen, und uns damit viel schwerer getroffen als Northcliffe mit seinen wahllosen Beschimpfungen.

Seit die Wirkungen des Waffenstillstandes, der Fluch der Blockade deutlich geworden, seit der Friedensvertrag seine ersten furchtbaren Folgen zeitigte, fanden Morel und seine Freunde mehr Gehör bei ihrer Nation, und aus den versprengten Freunden des Rechts wurde eine große angesehene Gruppe. Heute kämpft diese Gruppe in weit verzweigten Vereinigungen für eine grundlegende Revision des Vertrages von Versailles. Sie sucht aus vertrauenswürdigen Quellen in Europa alles zusammenzubringen, was die Augen ihrer Landsleute öffnen kann über die Hölle, die sich über ganz Mitteleuropa ausbreitet.

Die Hoffnung, daß diese Ideen in England schließlich den Weg zur Macht finden werden, ist deshalb kein Trugbild, weil das eigenste Interesse des englischen Reiches diesen Sieg des besseren England fordert. Es murrt und meutert heute an allen Ecken des englischen Reiches herum. in Indien, Aegypten, im Burenland, in Irland, überall erheben sich unterdrückte Nationen mit der furchtbaren Anklage: Traut England nicht. Es wird an uns handeln, wie an seinen Feinden! Es zeigt sich, daß man heutzutage ein großes Reich nicht nur mit dem Schwert zusammenhalten kann, sondern daß man dazu auch einen guten Namen braucht. Man kann nicht seine Feinde belügen und betrügen und dann bei den eigenen be-

Digitized by Google

herrschten Fremdvölkern Vertrauen finden wollen. Wer so wie England die feierliche Verpflichtung, die Grundlage des Waffenstillstandes, einfach wie einen Fetzen Papier zerreißt, zu dessen Wort kann niemand mehr Vertrauen haben.

Der Zusammenbruch des englischen Reiches liegt nicht im Weltinteresse. Kein Mensch kann die ungeheure Kulturmacht verkennen, die vom besseren England ausgegangen ist und noch ausgehen kann. Aber daran kann kein Zweifel sein, das England Lloyd Georges kann das britische Weltreich auf die Dauer nicht zusammenhalten: und sein Zerfall würde wohlverdient sein.

Der große Prüfstein für die Aufrichtigkeit und Stärke der Rechtsfreunde überall auf der Welt wird in dem Moment da sein, wo wir gezwungen sein werden, unerhörten Forderungen ein „Nein" entgegenzusetzen. Dies „Nein" freilich dürfte nicht zögernd, nicht unsicher klingen. Wenn der schlimme Separatismus, der elende vergiftende Parteizank die Stimme des deutschen Volkes zweideutig und schwach klingen lassen, dann wagt Frankreich den Einmarsch in der sicheren Hoffnung auf den raschen Zerfall Deutschlands. Wenn aber das deutsche Volk sich in der letzten höchsten Not einmütig aufrafft zu solchem großen „Nein", dem „Nein" der zum äußersten Leiden bereiten Nation, dann wird es schwer für die englische Regierung sein, den wachsenden Zorn der öffentlichen Meinung gegen den Verderber Europas zurückzuhalten. — Alles kommt darauf an, daß wir mit unserer Haltung das Wort unserer Vertreter in Spa bekräftigen. Wenn es deutlich wird, daß Nord und Süd und Ost und West, und daß alle Parteien einig sind, dann kommt es vielleicht nicht bis zum Aeußersten. Dann weichen die Franzosen vielleicht selbst der Gefahr aus, sich zu isolieren.

Ob dieses „Nein" kommt und kommen muß, das können wir nicht sagen. Es kann in wenigen Tagen in Spaa notwendig werden, es kann am Schluß von langen Verhandlungen erfolgen müssen, in denen man versucht hat, es abzuwenden. Gott gebe, daß es überhaupt nicht notwendig wird. Von der Haltung unserer Vertreter wird sehr viel abhängen. Wir sind heute in der glücklichen Lage, zur Führung der auswärtigen Geschäfte Vertrauen haben zu können. Der Reichskanzler Fehrenbach gehört zu den Unterzeichnern des Aufrufs, darin es heißt: „Wir haben für unser Land, als es noch auf dem Höhepunkt der militärischen Erfolge stand, jede Politik bekämpft, die das Recht anderer Nationen mißachtete."

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat in Versailles in vorderster Reihe für die große Sache des Rechts gekämpft. Walter Simons ist einer der wenigen, die einen Gegensatz von Politik und Christentum nicht anerkennen. Er hat von jeher jedes unsaubere und hinterhältige diplomatische Mittel verurteilt. Als er seinerzeit vom Prinzen Max zum Chef der Reichskanzlei berufen wurde, legte er sein politisches Glaubensbekenntnis ab:

Digitized by Google

Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen.

Simons hat seinerzeit seine Entlassung aus dem Staatsdienst genommen, als der Vertrag von Versailles unterschrieben wurde. Er war nicht imstande, ein Versprechen zu unterzeichnen, von dem er wußte, daß es nicht gehalten werden konnte. Wenn er heute das Amt annimmt, so bedeutet dies, daß er die Hoffnung auf eine Revision des Vertrages von Versailles nicht aufgegeben hat, sondern entschlossen ist, für sie zu kämpfen. Und für die Feinde bedeutet es, daß das, was Simons verspricht, Deutschland auch auszuführen gewillt ist, soweit menschliche Kraft reicht.

Französische Industriepolitik.

Von Dr. Walter Treuherz, Berlin.

Im August 1915 ist unter Führung der Pariser Handelskammer die Association nationale d'Expansion économique begründet worden. Sie entfaltete eine sehr lebhafte Tätigkeit und veranstaltete kurz nach ihrer Gründung eine Enquete über die Möglichkeiten, den fremden, d. h. in diesem Fall besonders den deutschen Wettbewerb auf französischem Boden auszuschalten. Die Bearbeitung der Materie wurde einem mit deutschen Verhältnissen gut vertrauten Professor an der Universität Dijon, Henri Hauser, übertragen, der seinen Bericht im Jahre 1917 der Oeffentlichkeit übergab. Diese Enquête ist auch für die heutige französische Wirtschaftspolitik noch von Bedeutung. Sie enthält bereits alle Forderungen, die später im Versailler Vertrage verwirklicht worden sind und stellt Thesen auf, die noch immer auf die französische Wirtschaftspolitik großen Einfluß ausüben. Als Maßregeln gegen Deutschland wurde, dies ist das Resultat der Enquete, gefordert:

1. Die Blockade, die „Besetzung des Meeres", ist auch nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes aufrechtzuerhalten, um zu verhindern, daß die in Amerika gekauften Vorräte an Rohstoffen nach Deutschland gelangen, ehe die französischen Fabrikeinrichtungen vollständig wiederhergestellt sind.

2. Bis zu dieser Wiederherstellung ist eine sehr strenge Kontrolle über eine Anzahl deutscher Industrien auszuüben, die sich richtet nach den von den französischen Fabriken erlittenen Verlusten; mit anderen Worten, die deutsche Industrie ist während der Zeit bis zur vollständigen Instandsetzung der französischen Industrie außer Betrieb zu setzen.

3. Während der Zwischenzeit vom Waffenstillstand bis zum Frieden ist die Einfuhr von Fabrikaten aus den neutralen Ländern in die Länder der Entente zu beschränken auf eine Menge, die sich bestimmt nach der Durchschnittshöhe der letzten Friedensjahre. Auf diese Weise wird man nicht nur das Durchsickern deutscher Waren durch die Schweiz, die Niederlande usw. verhindern, sondern auch den Deutschen einen Strich durch die Rechnung machen, die in neutralen Ländern Fabriken oder Niederlagen für deutsche Produkte errichtet

Digitized by Google

haben oder zu errichten vorhaben. Dadurch wird Frankreich nicht nur sich selbst einen Dienst erweisen, sondern ebenfalls den Neutralen, die es auf diese Weise vor einer Invasion bewahrt, die ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit stark bedroht.

4. Um dieser Gefahr vollständig zu begegnen, ist von den Neutralen die Einrichtung eines sehr strengen Ueberwachungsdienstes der Ursprungserzeugnisse zu fordern, deren Unparteilichkeit nicht in Fragen stehen darf. Es liegt im Interesse der Neutralen selbst, Frankreich hinreichende Garantien zu geben, wenn sie sich die Ententemärkte offenhalten wollen.

Diese französischen Forderungen sind allerdings während des Krieges aufgestellt worden; aber ihre Erfüllung wurde lange nach Abschluß des Waffenstillstandes in zähem Kampf Schritt um Schritt den übrigen Alliierten abgerungen, und sie sind Deutschland gegenüber schließlich fast durchweg streng befolgt worden. Sie sind ein Beweis für die geringe Fähigkeit Frankreichs, weltwirtschaftlich zu denken; sie bedeuten — aus neutralen Landen gesehen — den Verrat europäischer Solidarität auf Kosten ehrgeizigster wirtschaftsimperialistischer Pläne Frankreichs. Daß in Deutschland vor Ausgang des Krieges ähnliche Forderungen aufgestellt wurden, ist keine Entschuldigung. Dieser Einwand widerlegt nicht unsere Anklage; er verdoppelt sie nur nach der Seite der deutschen und der französischen Phantasten.

Man könnte entschuldigend einwenden, daß Kriegspsychose sie diktiert hätte, als die Erschöpfung der kontinentalen Wirtschaftskräfte noch nicht in dem jetzt tatsächlich erkannten Ausmaß zu übersehen war. Aber sie sind der Niederschlag von Wünschen und Forderungen derselben französischen Kreise, die jetzt wenn man den Berichten aus Frankreich zurückkehrender deutscher Wirtschaftsführer glauben darf, die Annäherung an Deutschland wünschen und in gemeinsamer Arbeit auch für ihr eigenes Land nur noch das Heil sehen. Daher ist Mißtrauen unsererseits nicht ganz zu unterdrücken. Für die Mentalität des französischen Wirtschaftsmenschen sind die angeführten Forderungen auch heute noch aufschlußreich.

Selbst dem Gegner Deutschlands müßte allmählich einleuchten, daß unmöglich nur unsere „Böswilligkeit" oder gar hartnäckiger Chauvinismus, wie uns häufig vorgeworfen wird, die Schuld tragen kann, wenn trotz aller Bemühungen zu nützlicher Gemeinschaftsarbeit mit Frankreich alle Verhandlungen immer wieder ins Stocken geraten. Der Ansätze waren genug vorhanden. Aber sie konnten in vergifteter Atmosphäre nicht ausreifen.

Die französisch-deutsche Industrie-Konferenz, gefördert hüben und drüben, ist über Vorbesprechungen ebenfalls nicht hinausgelangt. Die Wirtschaftsführer der entsprechenden Gruppen haben sich begrüßt; dabei wurde von französischer Seite festgestellt, daß Sachverständige für die deutsche Montanindustrie, auf deren Anwesenheit die Franzosen besonderes Gewicht legen, nicht zur Stelle seien. Nach Erledigung nebensächlicher Formalitäten ist die Konferenz dann wieder vertagt worden.

Digitized by Google

Sie konnte nach unserer Auffassung zu Resultaten auch noch nicht führen, weil Spaa ihre Sitzungen bereits überschattete und weil von französischer Seite erklärt worden war, daß politische Fragen nicht zur Diskussion stehen dürften, ja, daß nicht einmal über die Auslegung des Friedensvertrages gesprochen werden solle. Formal — und nicht nur zur Beruhigung der französischen öffentlichen Meinung — mag diese Erklärung des Handelsministers Isaac vielleicht berechtigt gewesen sein. Von den vielen Unterzeichnern des Versailler Dokumentes standen sich allerdings nur zwei Kontrahenten gegenüber. Eine Milderung der Friedensbedingungen, soweit sie grundsätzliche Fragen angingen, war daher nicht zu erwarten. Aber es wäre wohl möglich gewesen, wenigstens über jene wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten hinwegzukommen, die Deutschland und Frankreich allein angingen und die laut Friedensvertrag auch lediglich zwischen ihnen ausgetragen werden konnten. Dies gilt z. B. teilweise von der Kohlenfrage. Wenn Frankreich zu einem großzügigen Industrieabkommen mit Deutschland gelangen wollte, dann war die Regelung der Kohlenfrage in einem für beide Teile befriedigenden Sinne selbstverständliche Voraussetzung. Auf welchem Wege die Lösung hätte gefunden werden können, war kaum zweifelhaft. Man mußte zurückgreifen auf den bereits von der deutschen Friedensdelegation der Entente in Versailles unterbreiteten Vorschlag, der für eine bestimmte Zeit die Beteiligung Frankreichs an gewissen deutschen Industriezweigen vorsah. In den Bemerkungen der deutschen Delegation zum Friedensvertrag war damals gesagt worden:

„Die deutsche Delegation verweist auf die mit der Note vom 16. Mai überreichten Vorschläge in bezug auf Sicherstellung der Kohlenlieferungen durch Beteiligung an deutschen Kohlengruben. Die deutsche Regierung ist bereit, den hierbei angewandten Grundsatz auch auf andere Industrien auszudehnen, d. h. die Besitzer von in Nordfrankreich und Belgien zerstörten industriellen Unternehmungen zum Teil dadurch zu entschädigen, daß ihnen eine angemessene Beteiligung an einem gleichartigen oder verwandten Unternehmen in Deutschland überlassen wird. Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß auf diesem Wege sich auch erhebliche Möglichkeiten zur Finanzierung des Wiederaufbaues von Belgien und Frankreich schaffen lassen. Sie ist unter diesem Gesichtspunkt grundsätzlich bereit, die Ueberlassung von Beteiligungen an Unternehmungen in Deutschland auch über den oben angegebenen Rahmen hinaus zu verwirklichen."

Der auch von deutscher Seite häufig erhobene Vorwurf, daß Deutschland nichts getan habe, um den schnellen Wiederaufbau Nordfrankreichs zu ermöglichen, ist daher entschieden zurückzuweisen. Der einzig gangbare Weg zu einem befriedigenden Ausgleich der deutsch-französischen Gegensätze ist tatsächlich schon vor Unterzeichnung der Friedensbedingungen gewiesen, aber nicht beschritten worden. Die Schuld für das Versäumnis kann unmöglich Deutschland aufgebürdet werden. Frankreich wollte damals gar keine Annäherung an Deutschland. Keynes erzählt, welch geringe Aufmerksamkeit dem wirtschaftlichen

Digitized by Google

Problem besonders von Clemenceau in Versailles beigemessen wurde. Die französische Rechnung lautete eben ganz einfach so, wie dies in der Eingangs erwähnten Enquete zum Ausdruck gebracht worden ist.

Die französische Kohlennot sollte und wird nun tatsächlich nach folgendem recht primitiven Rezept behoben werden. Man berechnet, daß der Bedarf an Kohle und Koks bis zu einem gewissen Grade durch die Annexion des Saargebietes gedeckt werden könne und daß auch das Elsaß imstande sein würde, ungefähr 2 Millionen Tonnen aufzubringen. Da aber mit dem Kohlenreichtum gleichzeitig auch die Industrie des Saargebiets und des Elsaß erworben wurden, die selbst starke Kohlenverbraucher sind, berechnete man, daß gleichwohl das Doppelte der Einfuhr vor dem Kriege benötigt würde. In diesem Zusammenhange ist in der Enquete bereits wörtlich gesagt worden: „Weit entfernt davon an eine Aufgabe der westfälischen Kohlen zu denken, rechnen die Einsichtigen viel mehr damit, Deutschland die Verpflichtung aufzuerlegen, während einer gewissen Zeit eine bestimmte Menge Kohle entweder umsonst als Kriegsentschädigung oder zu einem auferlegten Preis zu liefern." Und diese Forderung ist dann ganz einfach in den Friedensvertrag aufgenommen worden und ist jetzt in Spa der Erfüllung entgegengeführt werden. Sie ist das Hemmnis, über das die zur Einsicht gelangten Wirtschaftsführer östlich und westlich des Rheins so lange stolpern werden, bis es hinweggeräumt ist. Nun wird begreiflich, daß die deutsche Montanindustrie nur zögernd und widerstrebend mit Gegnern, die so ausgesprochen auf ihre Vernichtung hinarbeiten, eine „Verständigung" eingeht. Solange in Frankreich nicht begriffen wird, daß wir allen Grund zu der Befürchtung haben, Deutschland solle zum Joch des Versailler Vertrages durch die deutsch-französische Industrie-Konferenz auch noch ein Leitseil gesponnen werden, wird völliger Ausgleich der Gegensätze nur schwer möglich sein. Oder erwartet Frankreich, daß die Ernennung des neuen Berliner Botschafters Charles Laurent, dem die Weisung mit auf den Weg gegeben wurde, er habe vor allem für Frankreich Kohle zu beschaffen, besonders geeignet sei, das Mißtrauen deutscher Industriekreise zu zerstreuen? Nur unentwegt in einem einzigen Kanal denselben Gedanken auf- und abwälzende Publizisten werden es behaupten.

Die Zusammenarbeit mit Frankreich wünschen in Deutschland viel weitere Gruppen als es bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein hat. Wenn unsere Industriellen abwarten und nur zögernd an die Verwirklichung des auch von ihnen als richtig Erkannten herangehen, so tun sie es aus guten Gründen. Mit vollem Recht ist gesagt worden, daß die beiden Nachbarn gefesselt an einem Abgrund entlangschreiten. Stürzt der eine, so zieht er den andern mit sich. Diese Gemeinsamkeit ist aber erzwungen, nicht freiwillig zustande gekommen. Nicht Freunde, Gegner hat der Versailler Vertrag gefesselt. Bevor daher nicht eine Annäherung auch in politischer Beziehung erfolgt, bevor nicht auch die Sieger sich um die

Digitized by Google

Entgiftung der geistigen Atmosphäre bemühen, ist wirtschaftliche Zusammenarbeit nur schwer durchführbar.

Nach dem Vertrag sind Deutschland schwere Kohlenlieferungen aufgebürdet worden. Wir könnten sie mühsam erfüllen, wenn Frankreich uns seiner Hilfe zur Erhaltung Oberschlesiens versichern wollte. Bisher aber hat gerade das kohlenbedürftige Frankreich keine Mühe gescheut, uns die Verfügungsgewalt über diese wichtigste Voraussetzung jeder Wiedergutmachungsarbeit zu entziehen, und als das Ruhrrevier durch kommunistischen Bandenkrieg zur Stillegung seiner Zechen verurteilt war, hat Frankreich laut nach Kohlen gerufen, aber alles getan, um die Wiederherstellung des Friedens im Westen zu verhindern.

Dafür bemüht es sich jetzt, deutsche Zechen zu erwerben. Was wäre die Folge? Zu den ohnehin drückenden Kohlenlieferungen, die freiwillig von uns auf Kosten des eigenen Bedarfs schon bis zum äußersten gesteigert wurden, kämen durch diese Ueberfremdung deutscher Zechen neue Lasten, die unseren geringen Fundus abermals arg zu schwächen geeignet wären. Wir gerieten in eine Zwickmühle. Würde die freie Ausfuhr von Kohlen nach Frankreich sehr gesteigert, so könnte in Deutschland, wenn man die Pflichtlieferungen aufrechterhält und hinzurechnet, so großer Mangel entstehen, daß viele deutsche für den Wiedergutmachungszweck arbeitende Industriezweige stillgelegt werden müßten. Oder aber die Pflichtlieferungen kämen zu kurz. Dann liefen wir Gefahr, daß das immer scharf gehaltene Damoklesschwert des Marschall Foch auf uns herniedersauste.

In der chemischen Industrie sieht es wenig anders aus. Es mag davon abgesehen werden, daß die Farbstofflieferungen an die Entente durch die Schmälerung unserer Kohlenbasis außerordentlich erschwert werden. Frankreich wünscht engeres Zusammenarbeiten mit den mächtigen deutschen Werken der chemischen deutschen Industrie. Sicherlich sind diese auch durchaus bereit, die alten Beziehungen wieder anzuknüpfen und neue aufzubauen. Aber sie wünschen mit vollem Recht die Ablösung der drückenden Bestimmungen des Versailler Vertrages durch ein freigeschlossenes Abkommen. Frankreich kann auf die Zwangslieferungen verzichten; dann hätte es die Farbstoffe, die es benötigt und könnte durch engeren Zusammenschluß mt der deutschen Industrie darüber hinaus noch bedeutende Gewinne erzielen.

Aber wir weigern uns, freiwillig einem Gegner auch die letzte Verfügungsgewalt über unser Schicksal zu gewähren, der bisher noch kein deutliches Zeichen seines guten Willens gegeben hat und über dessen Arbeitsfähigkeit außerdem sehr begründete Zweifel gehegt werden dürfen. Unbestritten ist das von der Natur ohnehin reich gesegnete Nachbarland durch den siegreich von der Entente beendeten Krieg um neue Schätze reicher geworden. Zur industriellen Großmacht aber hat es gleichwohl noch einen langen Weg zurückzulegen.

Es läßt sich beobachten, daß die Erkenntnis dieser Tatsache auch in Frankreich weit verbreitet ist. Nur sehen wir nicht, daß sie stark genug wurde, sich auch politisch auszuwirken. Auf Kosten des Nachbarn wird Frankreich nach dem

Digitized by Google

bisherigen Rezept sein Ziel nicht erreichen. Noch fehlt ihm die aufwühlende, immer explosionsbereite kapitalistische Mentalität der Arbeit, die sich bedingungslos an ein Werk um seiner selbst willen verschwendet und nach der Erfüllung heißhungrig in neue Formen der Unternehmung sich ergießen muß. Ihm fehlt die gesellschaftliche Schichtung, die die Voraussetzung für industriellen Großbetrieb ist. Das französische Proletariat hat wertvolle, vielleicht bewunderungswürdige Eigenschaften. Aber es mangelt ihm die sachliche Liebe und fachliche Schulung, durch die Deutschland einst groß geworden ist. Irrtum wäre, nunmehr zu rechnen, weil Deutschland die Entwicklung in das spätkapitalistische Stadium in wenigen Jahrzehnten zurückgelegt habe, könne auch Frankreich ein gleiches tun. Der Zeitenwind fegt neuen Samen herbei. Morphologisch gesehen, um mit Spengler zu reden, wird immer deutlicher, daß sich der psychische Habitus auch des Arbeiters geändert hat. Kein Militarismus wird ihn jemals wieder zur alten Abhängigkeit in die frühere soziale Schichtung zwingen können. Nicht einmal im klassischen Lande des Kleinbürgertums, in Frankreich. Also müßten neue Wege gesellschaftlicher Zusammenarbeit gesucht werden. In Deutschland gärt es; die Experimentierstube Europas aber, das sonst immer revolutionäre Frankreich scheint unter der Einwirkung des Sieges seinen Elan verloren und sich zum Hort der europäischen Reaktion gewandelt zu haben.

Mit diesem Nachbarn sollen wir, die wir nur über wenige Aktiva noch verfügen, uns verbrüdern. Die Bedenken deutscher Industrieller sind daher durchaus berechtigt. Aber wir wären dennoch bereit, Opfer zu bringen, wenn nur die Gewißheit herausschaut, daß damit auch die politische Situation eine Entspannung erfährt. Dies ist der springende Punkt in der Diskussion — und an dieser berechtigten deutschen Forderung sind bisher alle Annäherungsversuche gescheitert. Frankreich kann nicht erwarten, daß wir Verbindungen nur im Vertrauen auf die Loyalität gerade dieses Gegners eingehen. Wir haben sie kennengelernt, und selbst die unentwegtesten deutschen Franzosenfreunde haben jetzt Mühe genug, uns das Verständnis für die Weitherzigkeit der Gegner zu vermitteln. Würde die deutsche Politik nicht immer wieder tapsig und unbeholfen vorgehen, auch wo sie vom besten Willen beseelt ist, dienstfertige deutsche Interpreten hätten nicht nur tauben Ohren gepredigt, sie hätten Entrüstungsstürme hervorgerufen, weil ihre Mühe immer nur den eigenen Landsleuten, niemals dem Gegner, galt.

Wer wollte zweifeln, daß alle Hemmnisse für eine Gemeinschaftsarbeit beider Länder bei gutem Willen aller Beteiligten sich überwinden lassen. Wenn Frankreich bereit wäre, überflüssige und schädliche Härten des Versailler Vertrages zu beseitigen und mit uns etwa einen großen deutsch-französischen Montantrust zu bilden, der auf den Tausch von Erz und Kohle, Halbfabrikat und Fertigerzeugnis eingestellt wird, so würde der Welt und den noch feindseligen Nachbarn ein Dienst geleistet werden. Das Abkommen zwischen dem amerikanischen Harriman-Konzern

Digitized by Google

und der Hamburg-Amerika-Linie weist den Weg, auf dem man zu den ersehnten Zielen gelangen kann. Freilich muß die politische Versöhnung zwischen den Völkern vorher angebahnt sein. Trotz Spa — wir sind bereit.

Rußland

Von Oberstleutnant a. D. Boelcke

Es ist nicht wahr, daß Asien erst am Ural beginnt. Irgendwo in den Ebenen des Dnjestr und Dnjepr, in den unabsehbaren Sümpfen rings um das auf schmaler Sanddüne malerisch hingelagerte Pinsk und am Paipussee liegt seine Grenze. Was wir europäisches Rußland zu nennen gewohnt sind, ist so uneuropäisch wie möglich. Fremdartig und bedrückend wirkt die trostlose Einförmigkeit des unendlichen Flachlandes auf den von Westen Kommenden ein, und verständnislos steht er der „breiten" Natur seiner Bewohner gegenüber. „Weit ist der Mensch, ich würde ihn enger machen", sagt Dostojewski, dieser einzigartige Künder der russischen Seele. Seine weit angelegten Helden tragen einen weichen, schwärmerischen und zugleich einen asiatisch wilden, triebhaften Wesenszug in sich. Sie sind Verkörperungen echten Russentums. „Hier ringen", nach Dostojewskis Worten, „Gott und Teufel, und der Schauplatz ist des Menschen Herz."

Von jedem Europäer kann man mit wenigen festen Strichen ein treffendes Bild seiner Stammesart entwerfen. Man denke nur an den gründlichen Deutschen, der „über allem schwer wird", den steifen, stolzen Engländer, den beweglichen, eitlen Franzosen. Der Russe entzieht sich so bestimmter Kennzeichnung durchaus. Er ist unberechenbar; seine unerhört blutige Geschichte lehrt das immer wieder. Peter der Große öffnete das Fenster nach Europa, und ihm verdankt Rußland, daß man es unserem Erdteile hinzurechnete. Aber er schon fand in seinem Volke erbitterten Widerspruch, den er nur mit äußerster Grausamkeit brach. Seitdem hat der Streit zwischen der dünnen, nach Europa blickenden Oberschicht und den unentwegten Russen aus eigener Kraft nie geruht. Diese sind jetzt die Herren, jene ganz still und bescheiden geworden, wenn nicht gar verschwunden. So ist augenblicklich also auch der letzte europäische Einschlag beseitigt, und schrankenlos betätigt sich die asiatische Natur.

Unter solchen Umständen ist es eigentlich selbstverständlich, daß der Europäer bei der Beurteilung russischer Zustände von einem Irrtum in den anderen fällt und niemals ein auch nur halbwegs zutreffendes Bild gewinnt. Ueber der falschen Einschätzung unseres östlichen Nachbarn haben wir den Weltkrieg verloren. Aus gleichen Gründen blicken die doch

Digitized by Google

sonst nicht ungewandten Entente-Staatsmänner ratlos auf den russischen Hexenkessel, und selbst der Pole, den mehr als hundertjährige russische Herrschaft gewitzigt haben sollte, erntet gerade jetzt die sauren Früchte eines vermeintlich leichten Feldzuges weit in das Innere der Ukraine hinein.

Zum vierten Male wiederholt sich anscheinend damit das Schauspiel, daß ein von Eroberungsgedanken getragener Eindringling bald wieder den Staub des unfreundlichen, mit Fußangeln und Selbstschüssen gespickten russischen Bodens abschüttelt. Karls XII. und Napoleons Heerzüge haben durch den unvermittelten Gegensatz hochfliegender Erwartung und tiefsten Niederbruchs den Anstrich weltgeschichtlicher Tragödien, ja — trotz der nur rund 200 und 100 Jahre, die seitdem verflossen —, fast schon etwas Sagenhaftes angenommen. Auf breiterer Grundlage, mit neuzeitlichen Mitteln und bedächtiger als jene großen Kondottieri erneuerten wir von 1915 bis 1918 den Versuch. Schließlich war kaum noch ein waffentragender Gegner vorhanden, aber das geistige Gift, das dem unheimlichen Lande entströmte, lähmte in rascher Ausbreitung den Willen, benebelte die Köpfe und legte nicht nur die nach Osten gewandte, sondern auch alle anderen Fronten nieder.

Jetzt haben sich die Polen in das gleiche Abenteuer verstrickt, und wieder sehen wir den gleichen, nun schon fast gesetzmäßigen Gang der Dinge. Dem raschen, müheloſen Vordringen ist bereits der Umschwung gefolgt. Kiew wurde wieder geräumt, und die aus dem Weltkriege wohlbekannte, übel berüchtigte „Umgruppierung der Kräfte" trat ein. Schon hört man von polnischen Friedensangeboten. Inzwischen spielen sich an der Beresina und südlich von ihr zehrende, entscheidungslose Kämpfe ab, wie ich sie im Hefte 10 ankündigte, in denen bald dieser, bald jener der beiden Gegner fabelhafte Siege und eine Reihe „vernichteter" feindlicher Divisionen meldet. Doch auch jetzt wieder arbeitet die Zeit für die Russen. Ihre zersetzenden Gedankengänge, die sie auf alle Art den Polen beibringen, werden langsam aber sicher ihre Wirkung tun.

Mit asiatischer Schlauheit knüpfen mittlerweile beamtete und nichtbeamtete Sendboten der Sowjetregierung hier und dort Wirtschafts- und Friedensverhandlungen an. Metallene Schätze, Getreide und was das Herz des armen Europäers begehrt, erscheinen da als Lockmittel, und hintenherum werden die Koffer ins Haus getragen, die von Bestechungsgeldern und rötesten Flugschriften strotzen. Offenbar sind diese Mittel als wirksamer erprobt als die Dynamitbomben, die einst von den Vätern und Müttern der heutigen Drahtzieher mit beneidenswerter Kaltblütigkeit gehandhabt wurden.

Die Nachrichten über die Zustände im Innern des weiten Landes sind spärlich und widerspruchsvoll wie je. Daß der „Bourgeois" in den

Digitized by Google

Städten verkommt, soweit er nicht schiebt oder die Aermel aufkrempelt und grobe Arbeit anpackt, kann wohl nicht zweifelhaft sein. Aber was bedeutet er im heutigen Rußland? Jedenfalls scheint die Regierung noch genug Kopfarbeiter zu finden, die ihr die ausgedehnten Kampffronten führen und versorgen helfen. Die Bauern aber, und das sind die eigentlichen Russen, können und werden auch heute kaum kümmerlicher leben als unter der Herrschaft des Väterchen-Zaren. Ich möchte also annehmen, daß man die Wirkung der sogenannten Mißwirtschaft — vielleicht halten viele Russen sie gar nicht einmal dafür — in Europa weit überschätzt. Der wirtschaftliche Aufschwung des Landes in den Jahren vor 1914 kam doch wohl nur wenigen an der Krippe Sitzenden und vornehmlich den zarischen Machtgedanken zugute. Der „Panje", wie wir ihn im Kriege kennenlernten, hat nichts davon gehabt. Er wird ihm also auch nicht nachtrauern.

Ungeduldig pflegen wir zu fragen: „Aber was wird denn nun aus Rußland? So kann es doch nicht weitergehen." Ein großer Teil der Welt ist uns tatsächlich verschlossen. Unser Uebermaß an Kopfarbeitern wartet daher gespannt darauf, daß sich die großen russischen Flügeltüren mit einem Rucke öffnen. Ich vermag an eine derart plötzliche Wandlung nicht zu glauben. Gewiß ist die Zukunft nirgends mehr verhüllt als in Rußland, wo die Unberechenbarkeit der Volksseele alle sonstigen Momente der Unsicherheit vervielfacht. Ein starker Mann, so wie auch wir ihn ersehnen, kann dort wohl über Nacht das Steuer herumreißen und wieder in Peters Bahnen einlenken. Wahrscheinlich ist das aber nicht. Wunder pflegen nicht einzutreten, wenn man sie braucht, und so wird in Rußland der bisherige Zustand voraussichtlich noch längere Zeit andauern, ohne daß es, gewissermaßen mit einem gewaltigen Knall, in den „Abgrund und das Chaos" sinkt. Die Zeit nämlich spielt dort nur eine ganz untergeordnete Rolle.

Das alles schließt aber nicht aus, daß der oder jener mit offenem Kopfe und festem Sinne nicht morgen schon im nahen Rußland ein größeres Glück macht, als es in dem vielerstrebten, fernen Südamerika möglich scheint. Deutsche Tatkraft ist russischer Lässigkeit unendlich überlegen. Tausende von Kriegsgefangenen haben dort glänzende Stellungen gefunden. Für den, der sich sein Schicksal ganz aus Eigenem schmieden will, kann Rußland sicherlich noch mehr als vor Jahren, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten werden, wenn erst die Verhältnisse von ihrer wilden Romantik befreit sind.

Digitized by Google

Bund der Erneuerung

wirtschaftlicher Sitte und Verantwortung

Von Dr. Walther Rathenau

Wirtschaftliche Sitte? Wirtschaftliche Verantwortung? Kann Wirtschaft unsittlich sein, außer wo sie gegen Treu und Glauben verstößt? Ist Wirtschaft nicht Privatsache? Soll hier gegen Schieberei und Wucher gekämpft werden?

Gegen Schieberei und Wucher mögen Staat, Gesetz und ehrenhafte Gewerbe kämpfen, denn es tut not. Wir aber kämpfen nicht gegen offenkundige Verbrechen, sondern gegen die Unsittlichkeit der Wirtschaft, die den wenigsten bewußt ist.

Jede unserer Handlungen hat eine wirtschaftliche Seite. Sie mehrt oder mindert den Güterbestand der Erde, vor allem unseres Volkes. Sie steht in Wechselwirkung mit dem Wohl und Wehe aller. Sie schöpft aus dem Vorrat, der allen zugemessen und für Deutschland leider eng begrenzt ist.

Wirtschaft, vor allem Verbrauchswirtschaft, war Privatsache, solange die Welt weit und die Menschheit spärlich war. Solange jeder von den Gütern der Natur Besitz ergreifen konnte, ohne den Bedarf des andern zu schmälern.

In eng verwachsener Bevölkerung mit begrenzten Mitteln, in bedrängtem Lande ist Wirtschaft, Verbrauch wie Erzeugung, Sache aller. Sie ist zur Sache der Verantwortung, zur Sache der Sittlichkeit geworden.

Schon damals, als die Welt weit und die Wirtschaft wenig beschränkt war, regte sich ein wirtschaftliches Gewissen. Man lehrte die Kinder, daß es Sünde sei, Brot zu vergeuden. Es war Erfurcht vor der Gottesgabe.

Wer lehrt heute Achtung vor den Gütern des Bodens und vor den unersetzlichen Werten menschlicher Arbeit? Steht es nicht jedem frei, Raubbau zu treiben mit Naturprodukten, Vergeudung mit Erzeugnissen und Mißbrauch mit Arbeitskraft? Wer es bezahlt, so heißt es, der mag es sich leisten, was geht es andere an?

Es geht uns und andere, es geht alle an. Wer eine Maschine betreibt, die stündlich einen Doppelzentner Kohle mehr verbraucht als nötig, vernichtet jahraus, jahrein die Lebensarbeit eines Deutschen. Wer kostbare ausländische Erzeugnisse anschafft, verzehrt Volkswohlstand und schädigt die Kaufkraft des Landes. Wer üppige Gastmähler anrichtet, verurteilt die Kinder der Armen zum Hunger. Wer Tagesstunden am Biertisch zubringt, vergeudet mehr als sein Tagewerk. Wer brauchbare Stoffe in törichten Schund und Tand verwandelt, vertut Arbeit und Substanz und schafft Unfug.

Nicht bloß deswegen, weil Deutschlands Bedrängnis den strengsten Haushalt fordert, wollen wir, daß Einsicht in die wirtschaftliche Verflochtenheit und Wille zu sittlicher Wirtschaft sich verbreite, wir wollen es auch, weil die Lebenswürde des Deutschen, die Selbstbesinnung und Wiedererweckung der sittlichen Kräfte es fordern.

Digitized by Google

Wenn in den Städten der siegreichen Länder Einkehr, Wille zur Entsagung und zur Einfachheit sich regt, so ist es nicht Rücksicht auf Urteile des Auslandes, die uns veranlaßt, uns von Ausartungen abzukehren, die uns im eigenen Lande begegnen und an denen wir unwissentliche Mitschuld tragen, sondern eigenes Gewissen.

Wir wollen, daß Deutschland seine eigene Würde und Lebensart finde, die eine Würde und Lebensart der Einfachheit und Entsagung nicht nur deshalb sein wird, weil die Not es fordert, sondern weil sie unserem Wesen gemäß ist. Wäre im abgelaufenen Zeitalter alles andere zum Besten gewesen: schon deswegen war dieses Zeitalter unserem Lande und Volke nicht angemessen und seiner nicht würdig, weil es ein Zeitalter des Prunkes und der Begierde war.

Wir wollen nicht sinnenfremde Askese.

Wir ehren die Muße. Arbeit ist so wenig Selbstzweck wie Wohlstand; ohne Muße und Erholung ist keine Besinnung und Veredelung. Doch wir wollen, daß die Muße nicht in ödem Betrieb unedlen Vergnügungswesens und würdeloser Schaustellung verkomme.

Wir wollen Lebensfreude. Wir verkümmern nicht den festlichen Aufwand der Geselligkeit, doch wir wollen nicht, daß Ueppigkeit und Prunksucht Maß und Ziel des Genießens sei.

Wir wollen unbeschränkte Freiheit der Kunst. Ihr sei gestattet, nach eigener Verantwortung Gestalt und Materie ihrer Werke zu bestimmen; in einer Umwelt besonnener Lebenshaltung wird sie sich selbst das rechte Maß zu setzen wissen.

Dreifaches erstreben wir.

Zum ersten wollen wir, daß sich Erkenntnis der Zusammenhänge und Bezogenheiten der Wirtschaft und ihrer sittlichen Gesetze verbreite. Es muß ins gemeinsame Bewußtsein erhoben werden, daß und in welcher Weise wirtschaftliche Vorgänge des täglichen Lebens, Arbeit und Muße, Erzeugung und Verbrauch, Handel und Wandel die Gemeinschaft fördern oder schädigen. Wir wollen erforschen und verbreiten, wie das Verhalten des Einzelnen und der Gemeinschaft beschaffen sein muß, um die Not des Landes zu lindern, seine Freiheit und seinen Wohlstand zu heben und zu erneuter Würde und Lebensart zu führen.

Zum zweiten wollen wir unsere Stimme erheben, wenn in den Formen des öffentlichen Lebens sich Mißstände und Ausartungen zeigen, die die Lebensquellen des Landes gefährden und seinem Ansehen schaden.

Zum dritten wollen wir in eigener Lebensführung unsere Anschauung bekräftigen. Wir wollen weder Weltflucht noch Askese üben, wir wollen nicht mit pedantischer Ueberwachung uns und anderen zur Last fallen, wohl aber wollen wir vermeiden, durch unbedachte Vergeudung nationaler Güter die Nährkraft des Landes zu mindern. Wir suchen noch Formen der Lebenshaltung, der Geselligkeit, des öffentlichen Lebens, die eines bescheidenen, aber selbstbewußten, arbeitsamen, aber lebensfrohen, äußerlich bedrängten, aber innerlich freien Volkes würdig sind.

*

Geschäftsstelle des „Bundes der Erneuerung" ist Berlin W, Schöneberger Ufer 36a. An sie sind en und Anfragen zu richten.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Ein neues Bismarckbuch. Es ist vielleicht kein Zufall, daß in diesen Wochen gleich drei Werke auf einmal erscheinen, die uns die großartige Wirksamkeit des ersten deutschen Reichskanzlers ins Gedächtnis rufen und unter den schweren inneren und äußeren Wirren, die unser Land durchmacht, unsere Gedanken nach jener großen Zeit zurücklenken. Neben den Petersburger und Pariser Berichten des Gesandten von Bismarck, die dieser Tage herauskommen, ist das Tagebuch des einstigen Landwirtschaftsministers von Lucius, über seine Beziehungen zu dem großen Staatsmann, erschienen, und jetzt erhalten wir in dem unten bezeichneten Werke*), dem Professor Hötzsch ein Vorwort vorausgeschickt hat, eine Darstellung der auswärtigen Politik des Kanzlers vom Frankfurter Frieden bis zu seinem Ausscheiden aus dem amtlichen Dienst.

Der erste Eindruck, den das Werk auf den Leser macht, ist der ungewöhnlicher Belesenheit. Mit erstaunlichem Fleiß hat der Verfasser den Stoff aus dem reichen Material, das die historische Literatur des letzten halben Jahrhunderts liefert, zu Hilfe genommen und uns eine Schilderung der auswärtigen Tätigkeit des großen Staatsmannes zu liefern versucht. Der dem Werke beigefügte Quellennachweis gibt uns Rechenschaft, wie sehr Plehn sich bemüht hat, jede Einseitigkeit zu vermeiden, wenn er sich auch dem Zauber der großen Persönlichkeit nicht zu entziehen vermag. In seinem Urteil bleibt er immer nüchtern und sachlich, und er zwingt damit den Kritiker, wo er andere Auffassungen vertritt, nicht bloß Empfindungen einzuwenden, sondern eine abweichende Beurteilung mit gleichem Gewicht zu begründen. Man kann gegen das Buch den Einwand erheben, daß es keine umfassende Darstellung der auswärtigen Politik des Fürsten gibt, sondern sich zum bei weitem größten Teil auf die Vorgänge des Orients beschränkt. Von den elf Kapiteln sind sieben den Ereignissen im Orient gewidmet. Damit steht nun zwar die Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn und Rußland in engster Verbindung, aber die anderen Staaten kommen dabei zu kurz, und von der auswärtigen Tätigkeit, die z. B. Fürst Bismarck infolge des Eintritts Deutschlands in den kolonialen Mitbewerb in so reichem Maße hat ausüben müssen, ist nirgends die Rede. Es liegt uns also nur ein Ausschnitt aus der auswärtigen Wirksamkeit unseres größten Staatsmannes vor. In dieser Einschränkung aber wird man den Ausführungen des Verfassers mit warmem Interesse auch dort folgen, wo man geneigt sein könnte, seine Schlußfolgerungen sich nicht unbedingt anzueignen. Wir verweisen in dieser Beziehung auf das Kapitel „Das Zwischenspiel von 1875", das die Folgen des vielbesprochenen „Krieg in Sicht-Artikels" der „Post" ausführlich erörtert. Man wird dem Verfasser darin vollkommen recht geben, daß dem Kanzler dabei eine kriegerische Absicht völlig ferngelegen, und daß die französische Intrige eine entscheidende Rolle gespielt hat. Aber aus Plehns eigener Darstellung ergibt sich doch, daß der Zeitungsartikel zwar keinen offiziösen Ursprung gehabt, aber doch aus der Feder eines etwas zu selbständigen Offiziosus herrührte. Und weiter ergibt sich aus seinen Mitteilungen, daß es zum Teil die unvorsichtigen Bemerkungen des Gesandten von Radowitz gewesen sind, die dem Gegner eine willkommene Handhabe geboten haben.

*) „Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung" von Hans Plehn, München-Berlin 1920, Verlag von R. Oldenbourg.

Digitized by Google

Besonders aber gegenüber dem Schlußkapitel des Werkes, das von dem Rückversicherungsvertrage handelt, dessen Inhalt freilich der bereits im Jahre 1918 so tragisch dahingegangene Verfasser nicht mehr gekannt hat, wird man Vorbehalte machen dürfen. Plehn verurteilt bedingungslos die Unterlassung der Erneuerung des Vertrages durch den Nachfolger des großen Kanzlers, und damit stimmt er mit der öffentlichen Meinung, die sich in Deutschland darüber gebildet hat, überein. Es sind aber doch inzwischen Stimmen zuständiger Beurteiler lautgeworden, die in das Urteil von der großen Bedeutung jenes Vertrages nicht mehr in dem Maße einstimmen. Heute wissen wir, daß Bismarck selbst keinen sicheren Verlaß auf die Wirksamkeit der Abmachung mit Rußland hegte und daher unter der Hand mit England verhandelte, um dort eine Sicherung gegen die russische Gefahr zu schaffen. Schon während des Bestehens des Vertrages hat in zunehmendem Maße eine Annäherung Rußlands an Frankreich stattgefunden, und nach den Erfahrungen, die Deutschland bei Ausbruch des letzten Krieges gemacht hat, ist der Zweifel gestattet, daß sich Rußland durch einen solchen Vertrag, dessen unbedingte Geheimhaltung der Zar verlangte, weil er seine Unpopularität fürchtete, in seinen Entschlüssen irgendwie hätte festlegen lassen. Bismarck selbst hat, als er im Amte war, diese Besorgnis ausgesprochen. Je parteiloser und unbefangener man die Ereignisse, die dem Ausscheiden Fürst Bismarcks folgten, beurteilen wird, desto wahrscheinlicher wird die Ueberzeugung Wurzel fassen, daß es nicht sowohl die Lösung jenes Vertrages gewesen ist, die unser Verhältnis zu Rußland immer schwerer belastet hat, als vielmehr die Gesamtpolitik des neuen Kurses, die die Gefahr einer Koalition trotz aller Warnungen des ersten Kanzlers so leicht aus dem Auge verloren und ein bestimmtes Ziel gänzlich hat vermissen lassen. Aber auch mit diesem Vorbehalt wird man die eingehenden Ausführungen Plehns über den Rückversicherungsvertrag mit Interesse lesen.

R.

Notizen

Fremdenlegion. Ueber die Fremdenlegion, für die — wie die Presse kürzlich zu melden wußte — im besetzten Gebiete neuerdings massenhaft Deutsche sich anwerben ließen, macht Louis Marin in seinem Berichte über die Militärkredite an die Kammer folgende interessante Angaben:

Vor dem Kriege waren die Verpflichtungen und Wiederverpflichtungen für die Fremdenlegion nicht mit der Zubilligung einer Prämie verbunden. Erst während der Feindseligkeiten und für die Dauer derselben sah man sich genötigt, den Fremden, die sich verpflichteten oder wiederverpflichteten, eine Prämie von 500 Franken zuzubilligen. Dieser Zustand hörte mit der Verkündung des Dekrets über die Einstellung der Feindseligkeiten auf. Es steht nun zu befürchten, daß die Fremdenlegion, an deren Erhaltung ein wesentliches militärisches Interesse wegen ihrer Verwendbarkeit in unseren Kolonien und Protektoraten besteht, den notwendigen Ersatz für ihre Formationen nur dann findet, wenn den Söldnern gewisse Vorteile in Geld geboten werden. Zu diesem Zwecke hat das Kriegsministerium die Einführung einer Verordnung ins Auge gefaßt, die für die Verpflichtung auf fünf Jahre eine Prämie von 500 Franken und für die Wiederverpflichtung für „sous-officiers“ eine Prämie von 300 Franken, für „caporaux et soldats“ eine solche von 200 Franken vorsieht. Das würde eine jährliche ständige Ausgabe von 3 520 000 Franken bedeuten.

Digitized by Google

Die Bestände der Fremdenlegion betrugen vor dem Kriege etwa 25 000 Mann. Die einzelnen Völker waren daran wie folgt beteiligt:

Deutsche (einschließlich Elsaß-Lothringer)	} 50%
Schweizer	
Holländer	
Franzosen	15%
Oesterreicher	12%
Italiener	10%
Spanier	6%
Sonstige (Türken, Portugiesen, Griechen, Russen, Polen, Amerikaner)	7%.

Die Kriegserklärung rief einen solchen Andrang zur Legion hervor, daß es möglich war, nicht nur in den Kolonien die Bestände vollständig zu erhalten, sondern auch drei Regimenter „de marche" — darunter ein italienisches — für die französische Front zu bilden, mit den nötigen Mannschaften für den Nachschub.

Das Verbot des Eintritts in die Fremdenlegion für die Angehörigen der feindlichen Mächte, die Beteiligung der anfangs neutral gebliebenen Staaten am Kriege (Türkei, Italien, Rumänien, Amerika), die Notwendigkeit, den jungen polnischen und tschecho-slovakischen Heeren ihre Angehörigen zurückzugeben, verminderten nach und nach die Zahl der Freiwilligen für die Legion, die sich schließlich nur noch aus Schweizern, Spaniern, Luxemburgern, Holländern und Südamerikanern ergänzte. Insbesondere waren es die außerordentlich blutigen Verluste, die die Legion erlitt, die zur Auflösung von zwei von den drei régiments de marche nötigten; es blieb nur ein einziges régiment de marche, das erste, bestehen, das sich ausschließlich aus Schweizern, Luxemburgern, Holländern (66% des Bestandes), Russen und Sonstigen zusammensetzte.

Die in Algerien und Marokko verwandten Verbände der Legion setzten sich zu 70% aus kriegsgefangenen Deutschen und Oesterreichern zusammen; den Rest bildeten die Stammformationen und Freiwilligen verschiedener Völker (Griechen, Armenier, Türken usw.). Die Anwerbungen haben in der Folge mehr und mehr nachgelassen, sodaß die Legion heute infolge der Verluste durch den Krieg und der Entlassungen kaum noch 6000 Mann anstelle der 50 000 Mann der ersten Kriegsmonate zählt.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Vivos voco

Eine Zeitschrift für Aufbau und neues Deutschtum

Herausgegeben von

Hermann Hesse

und

Richard Woltereck

Erscheint monatlich

Bezugsbedingungen:
vierteljährlich (3 Hefte zu je 64 Seiten) Mark 6—, ganzjährlich Mark 24.—, Einzelpreis Mark 2.50

Verlag Seemann & Co., Leipzig

In den ersten Jahren erfüllt man Haltung durch die

Politische Zeitung

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße

Herm. Stegemanns Ausgewählte Werke

6 Bde. Geschmackvoll geb. M 90,— zuz. 20% Teuerungszuschl.

Inhalt: Die als Opfer fallen / Der gefesselte Strom / Theresie / Thomas Ringwald / Die Krafft von Illzach / Daniel Junt und andere Novellen.

Einzelne Bände dieser Ausgabe werden nicht abgegeben.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart
Egon Fleischel & Co. in Berlin

Bei allen Anfragen bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu beziehen.

Sachliche, also gute Propaganda, darf nicht Einzelheiten bevorzugen auf Kosten des Gesamteindruckes. Wort, Farbe, Darstellung, Form, sie alle müssen zusammenklingen u. sorgsam gegeneinander abgeschätzt sein. — In diesem Sinne wirken die Kräfte des Werbedienstes an der Lösung der ihm gestellten Aufgaben: Die Haus- und Versuchspresse mit auserlesenen Schriften, das eigene Atelier unter Leitung eines der ersten deutschen Reklamekünstler, anerkannte Fachleute und geschultes Personal.

Berlin W. 35
Lützowstr. 102/104

Werbedienst

München
Bürohaus Reichshof
Sonnenstraße Nr. 15

Digitized by Google

Das Hauptwerk des Russentums in deutscher Uebertragung

Soeben erscheint:

N. J. DANILEWSKY

Rußland und Europa

Eine Untersuchung über die kulturellen und politischen Beziehungen der slawischen zur germanisch-romanischen Welt

Uebersetzt und eingeleitet von Karl Nötzel

Preis geheftet M 26.—, Pappband M 32.—
Halbleinenband der Polit. Bücherei M 36.—

Mit dem Zusammenbruch des zaristischen Rußland ist der Panslawismus nicht erledigt. Immer klarer wird es vielmehr, daß der Bolschewismus nicht nur die spezifisch russische Form des extremen Sozialismus ist, sondern daß er auch einen besonderen Wesenszug der national-russischen Politik, eben jenen imperialistischen Expansionsdrang, den wir Panslawismus nennen, unverkennbar in seine internationale Betätigung aufgenommen hat.

Danilewskys Buch, die „Bibel" der Panslawisten, bietet als grundlegendes Selbstbekenntnis des Panslawismus das wertvollste Material zur Lösung der Rätsel der russischen Sphinx.

Die Uebertragung Karl Nötzels, die zugleich eine gründliche Kürzung des außerordentlich umfangreichen Originales sein mußte, bringt mehr als die Hälfte des russischen Werkes; doch handelt es sich nicht um einen Auszug, vielmehr sind vollständige Kapitel ausgewählt, die zusammen den Eindruck eines geschlossenen Ganzen machen, da sie den wesentlichen Kern der Untersuchung unvermindert enthalten. Angesichts der Krise, vor der das europäische Kulturleben steht und die in Spenglers „Untergang des Abendlandes" bereits ihre Geschichtsphilosophie gefunden hat, erscheint Danilewskys Behandlung der Fragen: „Ist Rußland Europa?" — „Ist die europäische Zivilisation gleichbedeutend mit der allgemein menschlichen?" — „Fault der Westen?" in neuem Lichte.

Alle Kapitel seines Buches weisen auf wichtige, auch heute noch gültige trennende Momente im Verhältnis Rußlands zu Westeuropa hin. Es bleibt ein historisches Dokument, dessen Bedeutung der weltumspannenden Weite seiner Probleme wie der Authentizität und Unmittelbarkeit seiner Darlegungen entspricht.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 129
Rohrbach, Rußlands Schuldanteil am Weltkrieg . . 131
Montgelas, Die Irrtümer Vivianis 141
Wolf, Litauen 144
Heuß, Um die Zwangswirtschaft 149
Meier, Georg Dehios Geschichte der deutschen Kunst und ihre nationale Bedeutung 155

Preis vierteljährlich M 10.—, das einzelne Heft M 1.—

5. Jahrgang 30. Juli 1920 Heft 31

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Sachliche, also gute Propaganda, darf nicht Einzelheiten bevorzugen auf Kosten des Gesamteindruckes. Wort, Farbe, Darstellung, Form, sie alle müssen zusammenklingen u. sorgsam gegeneinander abgeschätzt sein. — In diesem Sinne wirken die Kräfte des Werbedienstes an der Lösung der ihm gestellten Aufgaben: Die Haus- und Versuchspresse mit auserlesenen Schriften, das eigene Atelier unter Leitung eines der ersten deutschen Reklamekünstler, anerkannte Fachleute und geschultes Personal.

Berlin W. 35
Lützowstr. 102/104

Werbedienst

München
Bürohaus Reichshof
Sonnenstraße Nr. 15

Vivos voco

Eine Zeitschrift für Aufbau und neues Deutschtum

Herausgegeben von
Hermann Hesse
und
Richard Woltereck

Erscheint monatlich

Bezugsbedingungen:
vierteljährlich (3 Hefte zu je 64 Seiten) Mark 6.—, ganzjährlich Mark 24.—, Einzelpreis Mark 2.50

Verlag Seemann & Co., Leipzig

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Abbastr. 74, postfrei und umsonst.

Geschäftserfolg und Lebenserfolg
Von Dr. Paul Lechler

Soeben erschien die **6. Auflage**, das 21.—24. Tausend

„Eine praktische Pädagogik für den Kaufmannsstand, die meines Wissens in der deutschen Literatur ihresgleichen nicht hat." (Deutsche Lehrerzeitung)

Schatzkästlein für jeden strebsamen Kaufmann, Techniker und Gewerbetreibenden

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Bei allen Anfragen bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu beziehen.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport — Lagerung.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 30. Juli 1920 * Heft 31

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Als die Polen den Vormarsch gegen Räterußland begannen, erklärte der damalige Ministerpräsident Skuldski, „es geht auf Biegen oder Brechen; einer der beiden Staaten, Rußland oder Polen, wird daran glauben müssen". Diese Prophezeiung wird Wahrheit: Polen zittert vor der Eroberung Warschaus. Millerand und Lloyd George haben versprochen, den polnischen Staat zu retten. Es ist aber anzunehmen, daß ihre wortreiche Hilfe zu spät kommt; denn mit der Entsendung einiger Dutzend von Offizieren über Italien und die Tschecho-Slowakei ist es nicht gemacht, sondern dazu gehören große Mengen von Munition und auch geschlossene Truppenformationen, die die Korsettstangen für das kriegsungewohnte polnische Heer zu bilden hätten. Deren Transport würde Monate erfordern! Die letzte Hoffnung beruht daher auf dem polnischen Waffenstillstandsangebot. Englands Versuch, sich bei dieser Gelegenheit die Führung im Osten zu sichern, ist kläglich gescheitert. Nicht nur hat die Räterepublik die englische Vermittlung verworfen, sondern auch mehrere Randstaaten — Finnland, Lettland und Litauen — haben Englands Einladung dankend abgelehnt. Wenn auch für den polnischen Krieg Frankreich vor allem die Schuld trägt, so hat doch bei dem Versuch, ihn zu liquidieren, England den größten Schaden davongetragen.

*

Deutschland hat — etwas spät — in dem russisch-polnischen Krieg eine Neutralitätserklärung erlassen. Das war notwendig, nachdem die Entente die Unterstützung der Polen mit allen Mitteln angekündigt hatte. Der „Temps" hat auch gleich verstanden, um was es sich handelt: wir müssen einer Forderung von Paris zuvorkommen, die vielleicht Deutschland als Durchmarschgebiet für französische Hilfstruppen verlangt. Nicht um der Russen und Polen willen, sondern um beim Fortgang dieses Krieges den deutschen Boden rechtlich geschützt zu haben.

*

Digitized by Google

Der Außenminister Dr. Simons hat angedeutet, daß die deutsche Regierung bei dem Problem der Entwaffnung sich auch nach den fremden Vorbildern umsehen werde. Das haben ihm manche Leute übelgenommen. Aber es war ein ganz kluger Zug, denn den Engländern wird damit demonstriert: Hier ist eine internationale Frage. Wenn ihr für Deutschland so glatte Formeln zum Vorschlag bringt, so müßt ihr ja wissen, wie man sie praktiziert. Inzwischen werden in Irland Polizeibeamte abgeschossen, Kasernen in Brand gesteckt — London bekommt selber Woche um Woche die Beispiele der innermilitärischen Schwierigkeiten. Daran soll es erinnert werden.

*

Die Franzosen haben, als die Weimarer Verfassung mit ihrem starken Zug zur Vereinheitlichung des Reiches angenommen war, entdeckt, daß die neue Republik die formale Möglichkeit zu einer viel festeren inneren Bindung sich geschaffen hat, als das Kaiserreich sie besaß. Sie haben darüber damals schon geklagt; sie wollen jetzt, soweit es möglich ist, diese Entwicklung hemmen. Das ist der Sinn der französischen Gesandtschaft in München. Millerand erzählt im Palais Bourbon Märchen, daß ihm nichts an einer Sprengung der deutschen Einheit liege. Aber er hat die Unverschämtheit, den Süddeutschen mitzuteilen, daß es französische Aufgabe sei, sie vor den neuen Gewaltansprüchen der preußischen Faust zu schützen. Im bayerischen Landtag hat leider nicht die Regierung, sondern nur der demokratische Redner, Dr. Dirr, die notwendige Antwort gegeben. Wenn das Münchener Kabinett eine loyale Politik führen will, so leitet sie allen amtlichen Verkehr, den ihr französischer Gast herbeizuführen sucht, pflichtgemäß über das Auswärtige Amt in Berlin. Mit dem Unfug aus Eisners Zeiten muß endgültig Schluß gemacht werden.

*

Die Wiener Regierung glaubte sehr schlau zu sein, als sie sich via Deutschland des ungarischen Rätehelden Bela Khun zu entledigen versuchte. Sie war aber sehr dumm, indem sie ihre mangelnde Loyalität ziemlich unverhüllt mitteilte. Deutschland konnte gar nicht anders verfahren, als die Weiterfahrt dieses Mannes zu verhindern. Nun wollen die Oesterreicher ihn nicht mehr hereinlassen. Sie haben in sehr überflüssiger Weise die Beziehungen zwischen Wien und Berlin belastet, ohne selber irgendwelchen Nutzen daraus zu ziehen.

*

Digitized by Google

Rußlands Schuldanteil am Weltkrieg

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Politik Rußlands seit dem Mißerfolg in Ostasien und seit dem Abkommen von 1907 mit England stand im Zeichen der Worte, die Iswolsky 1908 an den serbischen Minister Milowanowitsch richtete: Rußland müsse unter Liquidierung aller russischen Fragen außerhalb Europas wieder seinen europäischen (das heißt panslawistischen) Zielen zugeführt werden; Serbien sei in dieser Politik ein wichtiger Faktor als Zentrum der Südslawen. Das ist die Parole, von der jetzt die einzelnen Schachzüge Rußlands bestimmt werden. Wir sind über sie gut unterrichtet durch die Schrift des ehemaligen serbischen Geschäftsträgers in Berlin Dr. M. Boghitschewitsch[1]), und durch die Veröffentlichungen russischer amtlicher diplomatischer Berichte, die mehrfach von der jetzigen russischen Sowjetregierung ausgegangen sind. Das Material ist zusammengefaßt und vervollständigt in dem deutschen Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges[2]). Schon vorher aber, während des Krieges, erschien eine Schrift von hervorragender russischer Stelle, die Rußlands Absichten, soweit sie durch Serbiens Hilfe verwirklicht werden sollten, erstaunlich unumwunden bezeugte. Dies Zeugnis stammt von Miljukow, der schon vor dem Kriege der Vertraute des russischen Ministers des Auswärtigen, Ssasonow, war. Miljukow hat im Jahrbuch seiner Zeitung „Rjetsch“[3]) einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er klar ausspricht, Serbien habe ein Recht gehabt, seine nationale Einheit auf Kosten Oesterreich-Ungarns zu verwirklichen und ein Recht auf die Hilfe Rußlands zu diesem Ziel. Er schreibt:

In Serbien fiel 1903 die Dynastie Obrenowitsch als Mörderopfer. Ihre Stelle nahm die alte Dynastie der Karageorgewitsch ein, die Serbiens Orientierung scharf von der österreichischen auf die russische Seite herumwarf in der Hoffnung, von Rußland die nationale Einigung und Unabhängigkeit zu erringen.

Einige Seiten später kommt Miljukow abermals auf Serbien zu sprechen, und hier verrät er direkt, daß die Zerstörung Oesterreich-Ungarns für die russische Politik keine geringere Triebfeder gewesen ist, als die Eroberung Konstantinopels und die Meerengen. Er sagt über die österreichisch-ungarische Annexion Bosniens im Jahre 1908 wörtlich:

Serbien sah hierin mit Recht den Umsturz seines nationalen Ideals — der Vereinigung des ganzen serbischen Volkes in ein „Großserbien“. Natürlich erwartete es bei dieser Gelegenheit die erste ernstliche Probe der Unterstützung von Rußland... Serbien stand vor dem Dilemma, ob es seine nationale

[1]) Kriegsursachen. Beiträge zur Erforschung der Ursachen des europäischen Krieges mit spezieller Berücksichtigung Rußlands und Serbiens. Zürich 1919 bei Orell Füßli.

[2]) Deutschland schuldig? Berlin 1919.

[3]) 1916, S. 17 ff., russisch.

Digitized by Google

Einigung innerhalb oder außerhalb der Grenzen der Habsburgischen Monarchie erlangen sollte, d. h. entweder mit Hilfe Rußlands oder durch Unterwerfung unter Oesterreich.

Deutlicher kann man das Programm Rußlands nicht definieren. Das serbische nationale Ideal, zu dessen Verwirklichung Serbien nach Miljukow ein Recht hatte, auf die russische Hilfe zu hoffen, hieß also zugestandenermaßen: Vereinigung des ganzen serbischen Volkes in ein Großserbien. Daß dies die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns bedeutete, war den Serben und den Russen gleich selbstverständlich, zumal für Rußland die galizische Frage mit der südslawischen, was die Beraubung Oesterreich-Ungarns anging, unmittelbar in Zusammenhang stand. Miljukow hat Recht, wenn er betont, die serbische Politik sei seit der Thronbesteigung des Königs Peter Karageorgewitsch scharf antiösterreichisch geworden. Dieser gebärdete sich, nach den Worten Boghitschewitschs, „als großserbischer Herrscher, der nur von Petersburg alles Heil erhoffte, und der sich, trotz seiner moralischen Verpflichtung Oesterreich gegenüber, nicht scheute, eine Oesterreich feindliche Propaganda in den slawischen Kronländern, namentlich in Bosnien, zu unterstützen und revolutionäre Elemente der österreichisch-ungarischen Monarchie im Königsschlosse von Belgrad zu empfangen, um gegen Oesterreich zu konspirieren“[4]). Das Axiom der äußeren Politik Serbiens war fortan nach Boghitschewitsch eine forcierte, großserbische Propaganda, ganz auf russischem Einflusse basiert und, nach erzieltem Erfolge gegen die Türkei, ausschließlich gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet. Boghitschewitsch gibt dafür eine Reihe von Belegen, die auch in das deutsche Weißbuch aufgenommen sind.

Am 5. Oktober[5]) 1908 berichtete der serbische Gesandte Vesnitsch aus Paris, daß Iswolsky in einer Unterredung bezüglich der Okkupation der Provinzen Bosnien und Herzegowina seitens Oesterreich-Ungarns gesagt habe, Rußland werde Serbien unterstützen, wo und wie es nur immer könne. Iswolsky sagte:

Faktisch verliert Ihr gar nichts, sondern Ihr gewinnt unsre Unterstützung. Möge das serbische Volk in Bosnien und Herzegowina wie bisher kulturell an seiner Renaissance arbeiten und aufgeweckt, wie es ist, wird es niemals entnationalisiert werden können. (Anlage 1 des deutschen Weißbuchs).

Der serbische Geandtes Paschitsch schrieb am 12. November 1908 aus Petersburg, daß nach Aussagen des russischen Zaren die bosnisch-herzegowinische Frage nur durch Krieg endgültig entschieden werden könne (Anlage 7 des Weißbuchs).

---

[4]) Boghitschewitsch, S. 17.

[5]) Die Originale tragen die doppelte Datierung nach dem julianischen und gregorianischen Kalender. Im folgenden ist nur die letztere gegeben.

Digitized by Google

Am 3. März 1909 berichtete Kosutitsch aus Petersburg:

Gutschkow erklärt mir: Ist unsere Rüstung einmal vollkommen durchgeführt, dann werden wir uns mit Oesterreich-Ungarn auseinandersetzen; beginnt jetzt keinen Krieg, denn das wäre euer Selbstmord, verschweigt eure Absichten und bereitet euch vor, es werden die Tage eurer Freuden kommen.

Derselbe serbische Gesandte in Petersburg hat, gleichfalls nach dem Weißbuch, im März 1909 mit Iswolsky, der damals Minister des Auswärtigen war, ein Gespräch gehabt, in dem jener sagte, während Italien im Dreibund eine „immobile Rolle" spiele, werde die Harmonie zwischen England, Frankreich und Rußland immer besser, die politische Lage Oesterreich-Ungarns verschlechtere sich und der Kampf mit dem Germanentum sei unabwendbar. Serbiens Blüte werde mit dem Verfall Oesterreich-Ungarns kommen.

Boghitschewitsch bezeugt auch, daß der Balkanbund von 1912 von Rußland veranlaßt und gegen Oesterreich gerichtet war. Gründung und Absicht des Bundes wurde vor Deutschland und Oesterreich-Ungarn sorgfältig geheimgehalten. Im Oktober 1912 begannen die Balkanverbündeten den Krieg gegen die Türkei. Boghitschewitsch erzählt, in dem vorhergehenden Bündnis habe Serbien den Bulgaren große Zugeständnisse in Mazedonien gemacht, in der Erwartung, als Entgelt dafür später Gebiete zugewiesen zu erhalten, „die weder Bulgarien noch Rußland gehörten, und die Serbien erst mit dem Schwerte von Oesterreich erobern mußte". In einem Gespräch über den Vertrag teilt der serbische Kronprinz Alexander Boghitschewitsch mit, der Kaiser von Rußland habe ihm, dem Kronprinzen, gelegentlich des Vertragsabschlusses gesagt, daß nunmehr die Aspirationen Serbiens gegenüber Oesterreich-Ungarn bald in Erfüllung gehen werden. Dasselbe besagen drei Telegramme des serbischen Gesandten in Petersburg an das Ministerium des Aeußeren in Belgrad vom 13. November und 27. Dezember 1912 und vom 29. April 1913. Die entscheidenden Stellen dieser Dokumente lauten:[6])

1. Die Gesandten Rußlands und Frankreichs raten als Freunde Serbiens, man solle es in der Frage des Ausganges zur Adria nicht zum Aeußersten treiben, denn sollte daraus eine europäische Verwicklung entstehen, so setzen wir die bisherigen ungeheuren Errungenschaften aufs Spiel. Sie sind der Ansicht, man solle sich mit einer Garantie für die unbeschränkte freie Benutzung dieses Adriahafens begnügen, und die Zeit wird schon kommen, wo man einen solchen auch zu eigen erhalten werde. Es sei besser, daß Serbien, welches mindestens zweimal so groß würde, als es bisher war, sich kräftige und sammle, um möglichst vorbereitet die gewichtigen Ereignisse abzuwarten, die unter den Großmächten eintreten müssen...

2. ... Der Minister des Aeußern hatte mir erwidert, daß er nach unseren großen Erfolgen Vertrauen zu unserer Kraft habe und glaube, daß wir Oesterreich erschüttern werden. Deshalb sollten wir uns jetzt mit dem begnügen, was wir bekommen werden und dies nur als eine Etappe betrachten, denn die Zukunft gehöre uns.

[6]) Bei Boghitschewitsch, S. 127—129.

Digitized by Google

3. „Wiederum sagte mir Sfasonow, daß wir für künftige Zeiten arbeiten müssen, da wir viel Land von Oesterreich bekommen werden. Ich entgegnete ihm, daß wir Monastir (Bitolia) gerne den Bulgaren geben werden, wenn wir Bosnien und andere Länder Oesterreichs bekommen."

Das sind starke Zugeständnisse. Der Aufbau des ganzen Plans zeigt sich in der Geheimanlage zu dem, gleichfalls von Boghitschewitsch mitgeteilten, bulgarisch-serbischen Vertrag vom 29. Februar 1912, durch den der Balkanbund begründet wurde. Dort heißt es:

Wenn eine Einigung über ein bewaffnetes Vorgehen (d. h. gegen die Türkei) zustande kommen sollte, so ist Rußland davon zu benachrichtigen, und wenn letzteres keine Hindernisse in den Weg legt, so schreiten die Verbündeten zu den verabredeten kriegerischen Operationen... Im entgegengesetzten Falle, d. h. wenn eine Einigung nicht zustande kommen sollte, wird die Frage Rußland zur Begutachtung vorgelegt. Die Entscheidung Rußlands ist für beide vertragschließenden Parteien verbindlich.

Es ist natürlich, daß diese Sätze nach russischem Diktat geschrieben sind, und sie für sich würden schon beweisen, daß der Balkanbund unter den Fittichen Rußlands zustande gekommen ist. Er sollte die Balkanstaaten kräftigen, vor allen Dingen Serbien, und dann sollte der Angriff auf Oesterreich-Ungarn zur Errichtung des großserbischen Staates kommen, der nichts andres hätte sein können, als eine russische Filiale am Adriatischen Meer. Die russischen Staatsmänner haben keinen Augenblick daran gezweifelt, daß es, um dies Ziel zu erreichen, nicht nur einen Krieg mit Oesterreich-Ungarn, sondern auch mit Deutschland gelten würde. Dafür bieten ihre Aeußerungen gegenüber den serbischen Politikern und Diplomaten die schlüssigsten Beweise. Die politische Willensrichtung in Rußland, die den Balkanbund von 1912 als ihr Werkzeug schuf, geht zurück auf den russischen Zusammenbruch in Ostasien 1904/05. Das Abkommen mit England von 1907 war der erste bewußte Schritt auf den neuen (oder vielmehr alten) Wegen der russischen Politik. 1908/09 versuchte man es vorzeitig mit dem „Bluff" gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, mußte aber — beschämt und erbittert — zurückweichen. Ein Dokument der Stimmung und der Pläne der russischen Regierung nach diesem Mißerfolg ist auch die von Boghitschewitsch[7]) veröffentlichte russisch-bulgarische Militärkonvention vom Dezember 1909. Sie wurde geschlossen für den Fall eines gleichzeitigen bewaffneten Zusammenstoßes Rußlands mit Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rumänien, oder mit Oesterreich-Ungarn und Rumänien, oder mit der Türkei — „ungeachtet dessen, wer die Initiative zu diesen Zusammenstößen ergriffen haben sollte"! In Artikel 5 dieser Konvention heißt es:

„In Anbetracht dessen, daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel, die dem Herzen Rußlands so nahe stehen, nur nach einem günstigen Ausgange des Kampfes Rußlands mit Deutschland

[7]) S. 115 ff.

Digitized by Google

und Oesterreich-Ungarn möglich ist, übernimmt Bulgarien die feierliche Verpflichtung und so weiter."

Das war die Formel für den Krieg Rußlands, und zwar für den Offensivkrieg. Ein vier Jahre jüngeres Zeugnis ist die Aeußerung, die der serbische Minister des Aeußeren, Paschitsch, im August 1913, nach dem für Serbien siegreichen Ausgang des serbisch-bulgarischen Krieges, in Marienbad zu dem serbischen Geschäftsträger in Berlin tat, und die wörtlich lautet:

Ich hätte schon im ersten Balkankriege, um noch Bosnien und die Herzegowina zu erwerben, es auf den europäischen Krieg ankommen lassen können; da ich aber befürchtete, daß wir dann Bulgarien gegenüber in Mazedonien größere Konzessionen zu machen genötigt wären, wollte ich zunächst den Besitz Mazedoniens für Serbien sichern, um dann erst zur Erwerbung Bosniens und der Herzegowina schreiten zu können.

Auch gegenüber dem griechischen Delegierten auf der Bukarester Friedenskonferenz 1913, Herrn Politis, äußerte sich Paschitsch in ähnlicher Weise. Nach Unterzeichnung des Vertrages sagte er beim Herausgehen aus dem Konferenzsaal, Politis auf die Schulter klopfend:

La première manche est gagnée, maintenant il faut préparer la seconde manche contre l'Autriche[8]).

Man sieht, daß Rußland einen Krieg zur Begründung seiner Vorherrschaft am Balkan und zur Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns mit Hilfe der Balkanstaaten und ganz besonders Serbiens führen wollte; daß zwischen Serbien und Rußland hierüber ein Einverständnis bestand; endlich, daß in den Krieg mit Oesterreich-Ungarn auch der Krieg mit Deutschland für die russische Rechnung als etwas Selbstverständliches einbegriffen war. Das große Ziel am Balkan war die Herrschaft über Konstantinopel und die Meerengen — das, was Napoleon selbst der „Freundschaft" mit Alexander I. mit den Worten verweigert hatt: Konstantinopel? Nein, das wäre die Weltherrschaft! Daß die Meerengen jetzt endlich in St. Petersburg für eine reife Frucht gehalten wurden, geht aus dem großen Bericht Sasonows an den Zaren vom 8. März 1914 hervor[9]), den die russische Sowjetregierung veröffentlicht hat. Darin heißt es wörtlich: „Unsere (russische) historische Aufgabe bezüglich der Meerengen besteht in der Ausdehnung unserer Herrschaft auf dieselben." Der Gedanke der Neutralisierung oder freien Durchfahrt, auf den der politische Dilettantismus, namentlich in Deutschland, stets von neuem verfallen ist, in der Meinung, damit den russischen Interessen Genüge zu tun, wird abgelehnt; die militärischen und maritimen Operationspläne wurden festgestellt, und die beschlossenen umfangreichen Vorbereitungen vom Zaren genehmigt. Aus-

[8]) Boghitschewitsch, S. 65.
[9]) Weißbuch, S. 168—181.

Digitized by Google

drücklich bemerkte Ssasonow, es sei nicht vorauszusetzen, „daß eine Aktion gegen die Meerengen außerhalb eines europäischen Krieges unternommen werden könnte".

Diese aktenmäßigen Beweise für den Willen Rußlands, die Entscheidung beschleunigt herbeizuführen, haben sich erst jetzt durch die Veröffentlichungen aus den russischen und serbischen Archiven führen lassen. Daß aber die Entwicklung in Rußland prinzipiell zum Kriege trieb, das allerdings hätte seit 1907, oder spätestens seit 1909 von denjenigen Stellen in Deutschland, deren Aufgabe es war, sich mit den russischen Dingen zu beschäftigen, nicht übersehen und nicht bezweifelt werden dürfen. Die Vorstellung, daß es möglich sein würde, den Frieden mit Rußland und damit den Weltfrieden zu bewahren, war nur möglich bei ungenügendem Wissen und ungenügender Beobachtung in bezug auf Rußland. Es ist falsch, zu sagen, Deutschland hätte sich mit den Russen einigen können, indem es ihnen Konstantinopel einräumte. Man beruft sich dafür auf Bismarck, Bismarck aber hat den Russen nie Konstantinopel versprochen. Er hat selbst zwei Jahre nach seinem Rücktritt in den „Hamburger Nachrichten[10]) erklären lassen, er sei nie der Ansicht gewesen, die Unterstützung der russischen Pläne auf Konstantinopel sei Aufgabe der deutschen Diplomatie, sondern es sei nicht Sache Deutschlands, Rußland in der Ausführung seiner Pläne zu hindern. Das ist, heißt es weiter, ein großer Unterschied: „Rußlands Vordringen zu hindern, fällt naturgemäß denjenigen Mächten zu, deren Interesse durch ein russisches Vordringen direkt verletzt werden würde". Selbst aber wenn Deutschland den Russen Konstantinopel und die Meerengen überließ, selbst wenn es ihnen damit auch Kleinasien und den Engländern Mesopotamien auslieferte und auf jedes Interessenfeld in der asiatischen Türkei verzichtete, so blieb als das für Deutschland lebensgefährliche Moment der russischen Politik immer noch der Anspruch Rußlands auf die Beherrschung aller Balkanslawen und aller österreichisch-ungarischen Slawen übrig. Was aber Oesterreich-Ungarn als die zweite mitteleuropäische Großmacht betraf, so aalten für Deutschland unweigerlich die Worte Bismarcks in seinem Brief an Lord Salisbury:

Wir werden also einen russischen Krieg vermeiden, solange es mit unserer Ehre und unserer Sicherheit vereinbar ist und solange die Unabhängigkeit Oesterreichs-Ungarns, dessen Bestand als Großmacht für uns eine Notwendigkeit allerersten Ranges ist, nicht in Frage gestellt wird... Von diesem Gesichtspunkt aus (Unmöglichkeit eines deutsch-russischen Kriegsbündnisses) wird die deutsche Politik immer gezwungen sein, in die Reihe der Kämpfenden einzutreten, wenn die Unabhängigkeit Oesterreich-Ungarns durch einen russischen Angriff bedroht wäre.

[10]) 17. Dezember 1892.

Digitized by Google

Hiergegen stand das russische Bekenntnis: Die Verwirklichung der slawischen Ideale, die „dem Herzen Rußlands" so nahe stehen, ist nur möglich „nach einem günstigen Ausgange des Kampfes Rußlands mit Oesterreich-Ungarn!" In der Einsicht in die Natur dieses Gegensatzes liegt ein Hauptstück zum Verständnis des Weltkrieges enthalten. Das zweite Hauptstück ist die Abhängigkeit Frankreichs vom russischen Kriegswillen, und das dritte die englische Blankovollmacht vom September 1912 an Rußland, dieses möge im Falle eines russisch-französischen Krieges gegen Deutschland im voraus auch über die englische Waffenhilfe verfügen. Ueber die russisch-französischen Bindungen für den Weltkrieg läßt sich noch viel interessantes Material beibringen. Im Sommer 1914, also kurz vor dem Mord von Serajewo, als die europäische Lage an der Oberfläche noch friedlich schien, gab das englische Blatt „New Statesman" in seiner Nummer vom 20. Juni einen aus Paris datierten Brief über die Vorgänge beim Gesetz über die Erneuerung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich. Darin hieß es:

Am Tage nach der Wahl Poincarés (17. Januar 1913) sagte ein Mann, der ihn gut kennt, zu mir (dem Briefschreiber): c'est l'homme de son entourage (der Mann seiner Umgebung), und seine ganze Politik in der Folgezeit bestätigt es. Als er von St. Petersburg zurückkahm, mit dem Dreijahrgesetz in der Tasche, hatte er da seinen Geheimvertrag mit Rußland gemacht, zu dessen Bedingungen das Gesetz gehörte? Unmöglich zu sagen. . . . Auf jeden Fall war das Dreijahrgesetz nicht eine Antwort auf vermehrte deutsche Rüstungen und nicht eine Maßregel der Verteidigung: es wurde von Rußland für russische Zwecke den Franzosen aufgezwungen.

Ebenso schrieb Baron Guillaume, als die französischen Pläne zuerst veröffentlicht wurden, aus Paris (19. Februar 1913):

Die Zeitungen — und vor allem der „Temps" — haben übrigens unrecht, wenn sie bei Besprechung der Pläne der französischen Regierung dieselben als Antwort auf die deutscherseits ergriffenen Maßnahmen darstellen. . . .

Etwas über ein Jahr später, am 8. Mai 1914, heißt es bei demselben Diplomaten:

Eines der gefährlichsten Momente der augenblicklichen Lage ist die Rückkehr Frankreichs zum Gesetz der dreijährigen Dienstzeit. Sie wurde von der Militärpartei leichtfertig durchgesetzt, aber das Land kann sie nicht ertragen. Innerhalb von zwei Jahren wird man auf sie verzichten oder Krieg führen müssen.

Iswolsky, seit 1910 russischer Botschafter in Paris, hat auch beim Dreijahrgesetz mitgearbeitet. Eine Schilderung von Iswolskys Tätigkeit hat uns der Engländer Dell, Korrespondent des „Manchester Guardian" und der „Nation", in der letzteren Zeitschrift im August 1919 nach dem Tode des Botschafters gegeben. In diesem Artikel, der die Ueberschrift trägt: „Der große Verbrecher", beschreibt Dell zuerst, wie Iswolsky Frankreich fester an den Wagen des Zaren band, wie er Italien bestach,

Digitized by Google

wie er England in den russischen Kreis zog, wie er Caillaux stürzen half, der den Frieden mit Deutschland wollte, und danach fährt er fort:

Im Jahre 1912 besuchte Poincaré[11]) Petersburg, und der Krieg datiert tatsächlich von diesem Besuch. Poincaré war gewählt worden, um eine starke Politik zu befolgen. Aber Iswolsky war der wirkliche Drahtzieher. Am 12. September 1912 berichtete er seiner Regierung über eine Unterredung mit Poincaré, in der dieser ihm gesagt hatte: „Wenn ein Konflikt mit Oesterreich Deutschlands bewaffnete Intervention nach sich ziehen würde, würde Frankreich darin sofort einen casus foederis (Bündnisfall) erblicken und nicht eine Minute verlieren, um Rußland seine Gelübde zu erfüllen." Beachtenswert dabei ist, daß im September 1912 sowohl Iswolsky als Poincaré anerkannten, daß, wenn es zum Krieg komme, seine Veranlassung ein Konflikt zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn sein werde. Keiner von beiden erwartete auch nur einen Augenblick jenen Angriff auf Frankreich, auf den sich, wie man uns so oft versicherte, Deutschland 40 Jahre lang vorbereitet hat. Es war keine Rede von einer russischen Hilfeleistung für Frankreich oder der Möglichkeit, daß sich ein solcher Fall ergeben könnte. Nach meiner Ansicht haben Iswolsky und Poincaré im September 1912 nur deshalb einen Konflikt zwischen Rußland und Oesterreich vorausgenommen, weil sie wußten, daß Rußland nach einem solchen Konflikt trachtete. Rußland hat seit Jahren in Galizien intrigiert, und ich weiß, daß die Polen 1912 glaubten, ein russischer Angriff auf Oesterreich stehe unmittelbar bevor. Für den Fall eines solchen Angriffes war eine polnische Legion organisiert worden, die tatsächlich für Oesterreich gegen Rußland kämpfte. Wenn 1914 der Aufstand nicht losbrach, so lag der Grund darin, daß Deutschland Rußland den Krieg erklärt hatte.

Die von Poincaré im September 1912 gegebene Zusicherung wäre nicht nötig gewesen, wenn der Allianzvertrag Frankreich gezwungen hätte, unter den erwähnten Bedingungen zu intervenieren. Die Allianz war rein defensiv und, was Poincaré sagen wollte, war, daß Frankreich auch im Fall, daß Rußland Oesterreich angreifen würde, intervenieren werde, wenn Deutschland das täte. Mit andern Worten, er gab Rußland freie Hand. Das ist die Ansicht, die mir Jaurès noch eine Viertelstunde vor seinem Tod ausdrückte.

Unter den russischen Dokumenten aus der Zeit des ersten Balkankrieges und der Londoner Konferenz 1912, die im deutschen Weißbuch über die Vorgeschichte des Krieges abgedruckt sind, finden sich mehrere Berichte Iswolskys nach Petersburg über Unterredungen, die er mit Poincaré gehabt hat[12]). Am 21. November berichtet Iswolsky über ein Gespräch zwischen Poincaré und dem italienischen Gesandten Tittoni, in dem Poincaré an die italienisch-französische Abmachung von 1902 erinnert, Frankreich dürfe für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Oesterreich auf die Neutralität Italiens rechnen. Dann weiter:

Im Laufe des Gesprächs sagte Poincaré zu Tittoni, daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Krieg führt, Rußland voll und ganz auf die bewaffnete Unterstützung Frankreichs rechnen könnte.

---

[11]) Er war damals französischer Ministerpräsident.

[12]) Weißbuch S. 148 ff.

Digitized by Google

Mit diesen Berichten Iswolskys müssen die gleichzeitigen des russischen Botschafters in London, Graf Benckendorff, verglichen werden. In einem Bericht vom 25. Februar 1913[13]) charakterisiert Benckendorff die verschiedene Haltung Englands und Frankreichs auf der Londoner Balkankonferenz. Frankreich, sagt er, macht keine Vorbehalte; der französische Vertreter Cambon richte sich mehr nach der russischen Haltung als nach seinen eigenen Eingebungen, und:

Wenn ich seine Unterredungen mit mir, die gewechselten Worte kurz wiederhole und die Haltung Poincarés hinzufüge, kommt mir der Gedanke, der einer Ueberzeugung gleichkommt, daß von allen Mächten Frankreich die einzige ist, welche, um nicht zu sagen, daß sie den Krieg wünscht, ihn doch ohne großes Bedauern sehen würde.

Der Botschafter Cambon in London, der intime Freund Benckendorffs, machte sich auch über den voraussichtlichen Zeitpunkt des Weltkrieges seine Gedanken. Am 21. September 1911 hatte er ein Gespräch mit dem serbischen Gesandten, Dr. Gruitsch. Dieser berichtete darüber an den Ministerpräsidenten in Belgrad[14]). Es handelte sich um die Marokkokrise. Der Franzose stellte die Dinge tendenziöserweise so dar, als ob alle Gefahr nur von einer aggressiven Politik Deutschlands drohe. Dann heißt es bei Gruitsch:

Aber Frankreich sowohl als seine Verbündeten sind der Ansicht, daß selbst um den Preis größerer Opfer (als die Kongoabtretung) der Krieg auf einen entfernteren Zeitraum verschoben werden muß, das heißt auf 1914 bis 1915. Die Notwendigkeit dieses Aufschubs diktiert nicht so sehr die materielle militärische Vorbereitung Frankreichs — die vorzüglich ist — als die Reorganisation des Oberkommandos, welche noch nicht durchgeführt ist. Diese Frist ist auch für Rußland notwendig.

Man sieht, wie tief die serbische Diplomatie von den Ententemächten eingeweiht wurde. Das entsprach der Rolle, die Serbien durch das russisch-französische Einverständnis für die nächste Zeit zugedacht war. Denselben Eindruck erwecken die Worte aus dem Bericht des serbischen Gesandten in Paris, Dr. Wesnitsch, nach Belgrad vom 9. April 1913[15]):

Eine kompetente Persönlichkeit, mit der ich mich hierüber dieser Tage vertraulich unterhalten habe, teilte mir mit, daß wir um die Hälfte der vorigen Woche herum unmittelbar vor der Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges standen, und daß der Grund, weshalb dieser Krieg mit gewissen moralischen Opfern für jetzt vermieden worden ist, unter anderem auch auf den Wunsch zurückzuführen sei, den Balkanverbündeten Gelegenheit zur Erholung, Sammlung und Vorbereitung für Eventualitäten, die in einer nicht fernen Zukunft eintreten könnten, Gelegenheit zu geben.

Das Spiel zwischen Frankreich und Rußland lag also fest. Die russische Politik gedachte, die nächste günstige Gelegenheit zu benutzen, um mit

[13]) Weißbuch, S. 153 ff.
[14]) Weißbuch, S. 119 f.
[15]) Weißbuch, S. 128/129.

Digitized by Google

Hilfe Serbiens den europäischen Brand zu entzünden. Um dieselbe Zeit, April 1913, wo der serbische Gesandte in Paris von den Eventualitäten berichtet, die nach der Meinung seiner kompetenten Autorität in nicht ferner Zukunft eintreten könnten, schrieb der russische Außenminister Sasonow an den Belgrader Gesandten Hartwig, Serbiens verheißenes Land liege im Gebiet Oesterreich-Ungarns. Serbien solle sich zäh und geduldig auf den unausbleiblichen Kampf vorbereiten. In Paris wie in Petersburg war man der Meinung, daß der entscheidende Augenblick nahe bevorstehe. Daraufhin verlangte Rußland von den Franzosen das Opfer der dreijährigen Dienstzeit, von dem klar war, daß es nicht länger als einige wenige Jahre getragen werden konnte. Am 21. Februar 1914 fand die „besondere Beratung" unter dem Vorsitz Sasonows statt, in der protokollarisch festgestellt wurde, Konstantinopel und die Meerengen seien zu erobern, und zwar im Zusammenhang mit einem europäischen Krieg. Mit dem Ziel, dieser Politik zu dienen, wurde in Frankreich die kriegsfreundliche, stark nationalistische Richtung gefördert.

Ein halbes Jahr vor dem Weltkrieg schrieb der belgische Gesandte Baron Guillaume aus Paris an seinen Minister:

Ich hatte schon die Ehre, Ihnen zu berichten, daß es die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde gewesen sind, die die nationalistische, militaristische und chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, deren Wiedererstehen wir festgestellt haben. Sie bildet eine Gefahr für Europa — und für Belgien.

In einem der letzten Berichte, den die Sammlung belgischer Aktenstücke enthält, vom 12. Juni 1914 aus Berlin, gibt der dortige Gesandte, Baron Beyens, dieselbe Auffassung über das Verhältnis Frankreichs und Rußlands zu erkennen:

Was man den Anhängern der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich ferner vorwerfen kann, ist das ständige Einbeziehen Rußlands in die Debatte über diese innere Frage — Rußlands, dessen politische Ziele undurchsichtig bleiben, das den Zweibund zu seinem ausschließlichen Vorteil leitet und das ebenfalls, ohne von Deutschland bedroht zu werden, seine Rüstungen in beängstigendem Maße vermehrt!

Die Abhängigkeit der französischen Politik von Rußland ist das Kernstück in allen Beobachtungen der letzten Jahre vor dem Weltkrieg. Vorübergehend ließ der innere Widerstand in Frankreich gegen die Beibehaltung des dritten Jahres die Möglichkeit auftauchen, das Dreijahrgesetz könne durch eine radikal-sozialistische Mehrheit wieder beseitigt werden. Dagegen wurde von den Chauvinisten mit allen Mitteln gearbeitet. Baron Guillaume berichtete aus Paris (9. Juni 1914), auch der französische Botschafter in Petersburg habe — „gegen alle Gewohnheit" — eine für die Zukunft Frankreichs gefährliche Initiative ergriffen. In Rußland müsse man wissen, daß die dem französischen Volk zugemutete Anstrengung nicht lange dauern könne.

Digitized by Google

. . .. Sollte sich daher vielleicht die Haltung des Petersburger Kabinetts auf die Ueberzeugung gründen, daß die Ereignisse nahe genug bevorstehen, um sich des Werkzeuges bedienen zu können, das es seinen Verbündeten in die Hand geben will?

In der Tat, die „Ereignisse", von denen der Gesandte vorahnend schrieb, lagen näher, als die überwältigende Mehrzahl der Menschen in Europa glaubte und hoffte.

Die Irrtümer Vivianis

Von Graf Max Montgelas

Einen Grundpfeiler der These der Entente, daß Deutschland allein für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich sei, bildet die Behauptung, daß die allgemeine Mobilmachung in Oesterreich-Ungarn der in Rußland vorangegangen sei. Krampfhaft klammern sich insbesondere die französischen Staatsmänner der kritischen Sommertage 1914 an diese Unwahrheit, denn nur dadurch können sie in den Augen des französischen Volkes ihr damaliges Verhalten rechtfertigen. So hat wiederum Viviani, der Ministerpräsident und Außenminister jener Zeit, als Zeuge im Caillaux-Prozeß vollkommen unrichtige Angaben über den fraglichen Punkt gemacht. Im Juniheft der „Rassegna Internazionale", einer mit der englischen „Union of Democratic Control" in engen Beziehungen stehenden italienischen Monatsschrift, zerpflückt der mutig für die Wahrheit kämpfende Franzose Demartial diese Zeugenaussage, die mit den Tatsachen in schroffem Widerspruch steht.

So behauptet Viviani:

„Rußland schritt zuerst zu einer Teilmobilmachung gegen Oesterreich. Die allgemeine Mobilmachung wurde erst am 31. Juli 11 Uhr vorm. angeordnet, folglich als Gegenmaßnahme (en réplique) auf die allgemeine österreichische Mobilmachung, die um 1 Uhr morgens befohlen wurde."

Es soll hier nicht näher darauf eingegangen werden, daß schon die am 29. Juli angeordnete russische „Teilmobilmachung" für die Donaumonarchie außerordentlich bedrohlich war[1]). Aber ganz abgesehen hiervon ist auch die russische Gesamtmobilmachung, wodurch 117½ Infanterie- und 34 Kavalleriedivisionen — eine dem österreichisch-ungarischen Heere an Infanterie mehr als doppelt, an Kavallerie sogar dreifach überlegene Macht — ins Feld gestellt wurden, vor der österreichischen erfolgt. Wie aus

[1]) Sie umfaßte nämlich nicht weniger als 51 Infanteriedivisionen, nicht 39, wie ich noch in Versailles als Mitglied der deutschen Viererkommission angenommen hatte. Einschließlich der schon mobilen serbischen und montenegrinischen Kräfte waren damit 64—68 Infanteriedivisionen gegen Oesterreich-Ungarn aufgeboten, dessen gesamte Streitmacht einschließlich Landwehr und Honved deren nur 50 zählte.

Digitized by Google

einem, nach dem Suchomlinowprozeß am 15. September 1917 veröffentlichten amtlichen russischen Communiqué hervorgeht, ist die Totalmobilisierung am 29. Juli abends beschlossen, die Befehle dazu sind am 30. gegen 7 Uhr abends ausgegeben (eingegangen in Warschau 8^{15} Uhr, gleich 7^{15} Uhr mitteleuropäischer Zeit) und am 31. am frühen Morgen in den Straßen von Petersburg öffentlich angeschlagen worden. Das die Maßnahme meldende Telegramm des deutschen Botschafters wurde 10^{20} Uhr (9^{20} Uhr mitteleuropäische Zeit) in Petersburg abgesandt (Weißbuch Dezember 1919, Nr. 473). Aber auch die französische Regierung, also Herr Viviani selbst, hat schon *am Morgen* des 31. ein Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg erhalten, das „die Mobilmachung der russischen Armee ohne Ausnahme" bestätigte. *Warum wird dieses Telegramm*, von dem Pokrowsky in der „Prawda" vom März 1919 berichtet (Weißbuch Juni 1919, Seite 207), *dem französischen Volke noch immer verheimlicht?*

Der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung in Wien ist, wie aktenmäßig feststeht, am 31. Juli 11^{30} Uhr vorm. von Kaiser Franz Josef unterzeichnet und 12^{23} Uhr beim Kriegsministerium und Generalstab eingetroffen. Wie kommt Viviani zu der unrichtigen Angabe von 1 Uhr morgens? Der französische Botschafter hatte berichtet: „à la première heure" (Gelbbuch Nr. 115). Auf diese Depesche konnte sich Viviani nicht berufen, denn er weiß, daß dieser Ausdruck nicht 1 Uhr morgens bedeutet, sondern allgemein die ersten Stunden des Vormittags, etwa ab 9 Uhr bezeichnet. Man ist fast versucht, anzunehmen, daß Viviani hier eine deutsche Quelle benützt hat, in der die französische Zeitangabe unrichtig übersetzt ist.

Viviani sagte weiter aus:

„Am 31. Juli um 2 Uhr telegraphierte der Kaiser an den Zaren, aber er spricht nicht von der allgemeinen russischen Mobilmachung; er wußte also nichts davon."

Das ist eine grobe Entstellung der Dokumente. In seinem um 2^{4} Uhr nachmittags vom Neuen Palais abgesandten Telegramm sagt Kaiser Wilhelm (Weißbuch Dezember 1919, Nr. 480):

„. . . . . Während diese Verhandlung im Gange war, sind Deine Truppen gegen Oesterreich-Ungarn mobilgemacht worden. . . . Nunmehr erhalte ich zuverlässige Nachricht über ernsthafte Kriegsvorbereitungen an meiner Ostgrenze . . . . ."

Also: Mobilmachung gegen Oesterreich-Ungarn und ernsthafte Kriegsvorbereitungen an der deutschen Grenze. Welch kleinliche Wortklauberei ist es da, zu behaupten, die russische allgemeine Mobilmachung werde nicht erwähnt. Und weiß Viviani wirklich nicht, daß schon eine gute Stunde vorher, um 12^{55} Uhr, der Kaiser an den König von England

Digitized by Google

telegraphiert hatte (a. a. O., Nr. 477), es sei ihm soeben vom Reichskanzler die offizielle Nachricht zugegangen, daß der Zar

„heute nacht die Mobilmachung seiner ganzen Armee und Flotte angeordnet hat"?

Also nicht nur die Tatsache des Befehls zur allgemeinen Mobilmachung, sondern annähernd auch die Zeit seines Erlasses waren bekannt.

Ein dritter Irrtum Vivianis:

„Am 31. Juli mittags, also ohne Kenntnis der russischen Mobilmachung, erklärte Deutschland den Zustand der Kriegsgefahr".

Der Zustand „drohender Kriegsgefahr" — nicht „Kriegsgefahr" wurde, wie aus der Schrift des deutschen Generalstabs über die russische Mobilmachung hervorgeht, um 1 Uhr nachm. erklärt (nach französischer Zeit allerdings 12 Uhr), nachdem um 11¼ Uhr das schon erwähnte Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg eingetroffen war (a. a. O. 477), und der Entschluß nach Wien mit den Worten mitgeteilt (a. a. O. 479):

„Nach der russischen Gesamtmobilmachung haben wir also."

Noch ein vierter Irrtum muß erwähnt werden:

„Wir wollten erst am 1. August mobilmachen angesichts der Mobilmachung der deutschen Mobilmachung".

Nein! Nicht „angesichts", also nach der deutschen Mobilmachung, sondern kurze Zeit vorher, um 3½ Uhr nachm. (12½ Uhr mitteleuropäischer Zeit, englisches Blaubuch Nr. 132), wurde in Paris das Mobilmachungsdekret unterzeichnet, während die deutsche Mobilmachung um 5 Uhr angeordnet wurde (Weißbuch, Mai 1915, Seite 13).

Nach diesen Irrtümern folgt auch einmal ein Eingeständnis:

„Wir würden eine erheuchelte Besorgnis [illegible] wir Rußland ganz [illegible]."

Frankreich hat somit Rußland [illegible] — über die es [illegible] Die scheinbaren Vorschläge [illegible] nach Besiegung [illegible] mehr Bedeutung [illegible]

Die Zeugenaussage Viviani [illegible] Bild der Ereignisse. Die Daten der Mobilmachungen [illegible] Behauptungen. Deutsch und Deutschland waren [illegible] ung ist eine Lüge mit Lebensgefährlichen. Russland [illegible] lend bedeutet. Die allgemeine Mobilmachung in Russland [illegible] militärische Demonstration, die eine defensive Maßnahme [illegible] für dein, daß er Frankreich diese Zugeständnisse mit [illegible] Argumenten, wie sie in verschiedenen [illegible]

Es gibt noch ein anderes Dokument. Auf der in Paris [illegible] Einberufung abgehaltenen Versammlung der [illegible]

Digitized by Google

hat der Professor an der Sorbonne, Victor Basch, nicht imstande, die Beweisführung Demartials zu widerlegen, die Enthüllung gemacht, in dem Prozeß gegen Suchomlinow sei der russische Kriegsminister als „deutscher Agent" entlarvt worden! Deutschland habe nach dem Beispiel der Emser Depesche, um die Verantwortung für die Kriegserklärung auf Rußland zu schieben,

„seinen Agenten beauftragt, die Mobilmachung der russischen Armee anzuordnen und den Zaren zu verhindern, die ihm abgerungene Unterschrift zurückzunehmen".

Das bedarf keines Kommentars. Es zeigt jedoch, daß auch nach Professor Basch, falls Suchomlinow kein deutscher Agent war, die Verantwortung auf Rußland fällt.

Litauen

Von Alfred Wolf

Litauen, sehr vielen Deutschen ein unbekannter geographischer Begriff, ist das am wenigsten beachtete Glied in der großen Kette der Randstaaten von Odessa bis Riga, die die deutsche Militärpolitik in großem Wurf geschaffen, unter der sicheren Voraussetzung des Sieges als Sieger unter Vergewaltigung der landschaftlichen, historischen und nationalen Bedingtheiten selbstherrlich regiert und verwaltet hat mit dem Ziele verschleierter Annektion. Lettland sollte in Personalunion zu Preußen kommen, bei Litauen konkurrierten das sächsische und preußische Königshaus mit dem Herzog von Urach, bei Polen ging der Streit zwischen Habsburg, Wittelsbach und Wettin. Es war die Zeit, in der die alten Herren in den fürstlichen Ahnengalerien wieder lebendig wurden und auf Vermehrung ihrer alten Hausmacht bedacht waren. Man denke an das traurige Schauspiel des Streites um Elsaß-Lothringen. Nur bei der Ukraine ließ man dem Großrussen Skoropadski den Vortritt, machte den Bock zum Gärtner und schuf mit sicherem Griff die Voraussetzungen des völligen Zusammenbruchs der deutschen Politik in der Ukraine und verspielte ein überaus hohes Kapital an Vertrauen, das jenes Volk Deutschland spontan entgegenbrachte.

Der völlige Bankrott der deutschen Randstaatenpolitik, die auf reine Macht, nicht aber auf die Selbstbestimmung der Völker aufgebaut war, trat nach dem militärischen Zusammenbruch sozusagen automatisch und selbstverständlich ein, wie ein Naturereignis voll latenter Logik.

Wen sollte es wundern, daß die Politik v. Goßlers, der sich ausschließlich auf die dünne Oberschicht des baltischen Adels stützte, in sich zu-

Digitized by Google

sammenstürzen mußte an dem Tage, an dem das deutsche Schwert zerbrach. Wo bleibt da die schöne Romantik deutscher Tradition und Kultur, im Baltenlande gewiß kein leerer Wahn, als die Masse des hörigen lettischen Volkes, das in der deutschen Politik nur den Handlanger der autokratischen Herrschaft der Barone erblickte, Ellenbogenfreiheit gewann und zunächst in wildem Haß gegen das Deutsche alles mühsam Geschaffene niederriß und sich auf ihre Weise einen Staat zu bauen begann. Erst neuerdings scheinen sich wieder Bande zu knüpfen nach Riga, nachdem sie durch den Unverstand der deutschen Politik, durch den Wahnwitz der Goltz-Bermontschen Politik noch nach dem Zusammenbruch vollends zerrissen wurden. Das alles konnte verhütet werden, wenn man von Anfang an die Politik in Rußland fest aufgebaut hätte auf den lettischen Volksteil. Damit hätte man auch den Balten besser gedient als es so geschah.

Die jammervolle Flucht der deutschen Herrlichkeit aus Polen zeigte die Brüchigkeit der ganzen Polenpolitik. Nun sei keineswegs verkannt, daß nirgends schwerer dauerhafte Beziehungen zu knüpfen waren als in Warschau. Der Franzose des Ostens ist voll Haß gegen das Deutsche, er hat den Haß genährt in der Zeit der Okkupation mit ihren Härten, die die Not der Kriegswirtschaft zur Ursache hatten. Aber das ruhmsüchtige, auf seine Vergangenheit stolze Volk hat es nie vergessen, daß es zum Spielball dynastischer Interessen gemacht werden sollte. So wurde es unser grimmigster Feind, rasch vergessend, daß es den deutschen Waffen seine staatliche Selbständigkeit verdankt.

Am günstigsten lagen die Dinge in Litauen. Der damalige deutsche Generalbevollmächtigte Zimmerle hat mit mir zusammen das Erbe der Ludendorffschen Politik in Litauen in den Tagen des Zusammenbruches übernommen. Es galt, mitten in der Flut der zurückströmenden, aufgelösten Armee, der der Bolschewismus tastend folgte, aus den Trümmern der Militärpolitik den litauischen Staat militärisch und verwaltungstechnisch um seiner selbst willen und als Schutzwall gegen den Bolschewismus zu errichten, der in jener Zeit, brach er in Ostpreußen ein, eine furchtbare Gefahr für das in voller Auflösung befindliche Vaterland bedeutete. In sechs Monaten schwerster Arbeit gelang das Werk und es konnte gelingen, einmal weil die militärischen Stellen sich den politischen Notwendigkeiten unterordneten und ein Verhältnis zum Staat Litauen gewannen, dessen kleine Armee sie willig in der Bildung unterstützten, vor allem aber, weil die deutsche Politik in Litauen im Gegensatz zu Kurland demokratisch in der Sache, nicht in der Absicht auf das breite Volk aufgebaut worden war im Gegensatz zum polnischen Großbesitz in Litauen, der ausgeschaltet werden mußte, sollte ein litauischer Staat überhaupt möglich sein.

Digitized by Google

Volle Anerkennung verdienen die leitenden Männer des kleinen Bauernvolkes. Es war gewiß ein schweres Arbeiten mit den zähen, mißtrauischen Herren, und niemand weiß dies besser als ich aus den unzähligen Verhandlungen, die sich aus der Liquidation einer Verwaltung ergaben, die so ziemlich das ganze öffentliche Leben in Wirtschaft, Justiz, Schule und Administration nach deutschem Muster ergriffen hatte, und die nunmehr allmählich in litauische Hände übergeführt werden mußte. Es gelang, die Armee konnte die Grenzen des Landes nach Dünaburg hin, von unseren Resttruppen unterstützt, vortragen, und unter klingendem Spiel, unter Salutschießen der litauischen Artillerie und den Hochrufen einer litauischen Ehrenkompagnie überschritten nach erfüllter Aufgabe zur rechten Zeit die Reste der deutschen Ostarmee die Hohenzollernbrücke über den herrlichen Njemenfluß in Kowno.

Dies alles unter den Augen der französischen und englischen Missionen in Kowno. Die Früchte dieser Arbeit zu hüten, war unsere nun unter dem Gegendruck der Entente immer schwieriger werdende Aufgabe. Wie nun das verrückte und gefährliche Abenteuer Bermonts, das von deutschen unverantwortlichen und verantwortlichen Männern nachhaltig unterstützt wurde, auch unsere Arbeit in Litauen gefährdete, ist ja wohlbekannt. Alle Mahnungen und Berichte des Generalbevollmächtigten nach Berlin blieben ohne Wirkung. Es kam, wie es kommen mußte. General Nysell mit der baltischen Ententekommission mußte, weil wir selbst uns nicht helfen konnten, diesen letzten atavistischen wilden Trieb der abgestorbenen und zersplitterten deutschen Militärpolitik ausschneiden, eine Schmach, die wir uns ersparen mußten, die wir danken unverbesserlichen Fanatikern, die uns dann nachher in den Märztagen 1920 in den Straßen Berlins noch erfreuten.

Der Vormarsch der Sowjetarmee, ausschließlich gegen den bleichsüchtigen polnischen Imperialismus gerichtet, bringt die Früchte der litauischen Staatskunst zur Reife. Die Führer dieses Bauernvolkes haben einen klaren Blick für das Mögliche, eine unerhörte Zähigkeit in der Verfolgung einmal gesteckter Ziele. Daß es Litauen bisher gelang, dem Zugriff des beutelüsternen polnischen Nachbarn zu entgehen, ist eine sehr beachtliche Leistung diplomatischer Kunst und einheitlich geleiteter, antipolnischer Volksstimmung. Die ein Jahr lang nach der Revolution unter gewiß sehr schwierigen Verhältnissen mit Konsequenz verfolgte Politik des Generalbevollmächtigten zur Zurückdrängung des polnischen Einflusses, die uns den Zorn der Franzosen zuzog — der „Temps" hat sich gelegentlich mit meiner Person deshalb befaßt —, hat sich als richtig erwiesen.

Wir haben in Deutschland infolge der wie nirgends unzuverlässigen und schwierigen Berichterstattung und Beobachtung eine sehr erschwerte Urteilsbildung über Polen als Staat. Gar oft ist der Wunsch der

Digitized by Google

Vater des Gedankens, nirgends mehr als in den Ostfragen. Aber die Litauer mit ihrem vortrefflichen Instinkt für die Machtverhältnisse, mit ihren vorzüglichen Informationen geben durch die Tat ihrer Verständigung mit der Sowjetregierung, die ihnen Wilna, das den Polen eine Messe wert ist, Grodno und das reiche Gouvernement Suwalki mit herrlichem Wald (120 000 ha) und bestem Acker, bringen soll, ein klares Urteil ab über Polens tatsächliche Macht im Osten. Dieser Schritt ist so entscheidend gegen Polen gerichtet und ist von den überaus schlauen Litauern sicher unter Einstellung aller Möglichkeiten und Rückschläge erwogen, so eng im Einvernehmen mit der Entente geschehen, in deren Lagern überall eifrige litauische Emissäre herumhorchen, daß ein Rückschluß auf die Lage im Osten wohl möglich erscheint.

Sehr zu denken gibt aber die Tatsache, daß Sowjet-Rußland seinerseits ohne jede militärische Notwendigkeit mit Litauen, das es militärisch ohne weiteres überrennen könnte, ein friedliches Abkommen schließt und so Litauen als Staat einfach anerkennt, was es früher niemals getan, trotzdem es genau weiß, daß das gesunde Bauernvolk vom Bolschewismus nichts wissen will und kerngesund geblieben ist.

Nun verkenne ich nicht, daß Litauen in seinen neuen Grenzen zu einem Nationalitätenstaat wird durch Wilna, Grodno und den polnischen Teil Suwalkis und Seynis, daß damit seine Staatsaufgaben sehr kompliziert werden durch starken weißrussischen und vor allem polnischen Einschlag. Gerade der letztere läßt sich aber nicht regieren von der von den Polen verachteten Schicht der litauischen „Bauern und Knechte". Es wird abzuwarten sein, ob führende Polen in die Staatsregierung eintreten und die Verantwortung mitübernehmen. Das hängt letzten Endes von dem Endschicksal Polens ab, das heute niemand beurteilen kann.

Eine für deutsches Empfinden sehr schmerzliche Frage ist die Zukunft des Memellandes, das heute politisch im luftleeren Raum schwebt, über dessen Schicksal bis heute die Handwerker der Entente, die Weltgeschichte mit der Axt zuhauen, wie einen Eichenstamm, nicht entschieden haben. Natürlich liegt es nahe, daß die Entente dieses deutsche Land den Litauern zuschlagen will, aber es ist eine offenbare Ungerechtigkeit, wenn die „Frankfurter Zeitung" ganz unnötig die Litauer unfreundlich als Analphabeten bezeichnet, mit denen die preußischen Litauer und Deutschen keinesfalls vereinigt werden dürfen. In der Sache denkt jeder Deutsche genau so und hofft auf eine andere Lösung, aber es hieße den Einfluß des kleinen Staates Litauen maßlos überschätzen, wenn man ihm diese vorläufige Abtrennung des Memelstreifens zuschöbe. Hier hat England auf Vorrat disponiert und sich den Zugang zum Njemen mit der Möglichkeit des Wasserweges bis ins Innere Rußlands gesichert. Mag sein, daß den Litauern, die ursprünglich, wie ich genau weiß, in maßgebenden

Digitized by Google

Kreisen keinerlei ernsthafte Aspirationen auf das Gebiet hatten, der Appetit beim Essen kommt. Ich weiß es nicht. Aber das ist sicher, daß wir durch unnötige Verächtlichmachung des litauischen Volkes, das unschuldig ist an den Segnungen russischer Volkserziehung, an der Gestaltung der Dinge nichts ändern, sie nur zu unsern Ungunsten wenden können.

Auf jeden Fall haben wir nur Interesse daran, einen guten Nachbarn an der ostpreußischen Grenze zu haben, und gute Vorbedingungen dazu sind geschaffen worden. Die Befestigung dieser guten Beziehungen zu Litauen, die zu zerstören auch unserer auswärtigen Politik nicht gelungen ist, ist heute angesichts der neue Gestalt gewinnenden russischen Dinge von außerordentlicher Bedeutung. Mit Wilna ist Litauen das Einfallstor der russischen Wirtschaft.

Zum Wiederaufbau Deutschlands, der zur Phrase zu werden droht, gehört auch, und nicht zum wenigsten, eine kluge, überaus aktive auswärtige Politik stiller Arbeit, unter sorgfältiger Beobachtung der inneren Vorgänge in den Völkern des Ostens.

Unsere auswärtige Politik im Osten ist falsch orientiert. Man hat dort au fond für die Randstaaten nur ein Achselzucken; man spielt ja ein wenig Diplomatie mit Geschäftsträgern, aber ernst gemeint ist es nicht. Diese kleinen Staaten sind quantité négligeable. Die „hohe" Politik ist auf das große, wiedererstehende Rußland eingestellt, das gestern unter Denikin und Koltschak erschien, heute unter Lenin und Brussilow vor die Phantasie dieser Politiker tritt. Das war bei Müller so, ist jetzt noch so und wird, so Gott will, so bleiben. Man soll nicht päpstlicher als der Papst und nicht russischer als der Russe sein. Was wir heute in Litauen, morgen vielleicht in Lettland erleben, kann auch in der Ukraine eines Tages kommen. Die deutsche auswärtige Politik wird dann mit leeren Händen dastehen und verwundert über den entschwundenen Spuk des „wiedervereinigten russischen Reichs" nachsinnen können.

Kommt es anders — wer wollte prophezeien —, so wäre es nur ein Segen, wenn Deutschland den heute um Selbständigkeit kämpfenden Völkern Freundschaft bezeigte und ein Narr, der glaubt, daß umsonst oder gar schädlich die Arbeit gewesen, wenn die Teile sich in vielen Jahren vielleicht einmal wieder zum Ganzen fügen. Wann wird die deutsche auswärtige Politik begreifen, was aus dem Osten uns kommen kann?

Digitized by Google

Um die Zwangswirtschaft

Von Dr. Theodor Heuß

In den Städten mehren sich die Lebensmittelunruhen. Man mag sich darüber streiten, ob hinter ihnen ein einheitlicher Wille steht, der mit Hungerkrawallen die innere Spannung noch peinigender heizen möchte, oder ob sie als ansteckende Krankheit durch das Land fliegen, die Suggestion findet willige Aufnahme. Sie sind auch in Gegenden aufgeflackert, in denen die Ernährungsverhältnisse bislang erträglich waren. Dort haben sie an die Preisgestaltung auf dem Frühobstmarkt angeknüpft — um der reichen Ernte willen hatte die Regierung auf die öffentliche Bewirtschaftung verzichtet, aber die Zusicherung der Produzenten, daß die Preise sich auf niedriger Höhe halten würden, sind nicht eingetreten. Man kann sich deshalb nicht wundern, wenn die städtischen Käuferschichten der Ansage mißtrauisch gegenüberstehen, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft die ländlichen Produkte nicht nur zahlreicher, sondern auch billiger auf den Markt bringen werde. Die ersten Beweise sind nicht ermutigend.

Und doch muß, ungeachtet dieser letzten Vorkommnisse, das Problem mit rückhaltloser Offenheit angefaßt werden, wenn wir überhaupt einmal aus dem System der Lüge herauskommen wollen. Unser wirtschaftliches Leben wird dabei noch in neue Zuckungen der Krise kommen; aber der Zustand, den wir bisher noch aufrechterhielten, war der trübste Schein, auf Kosten der Autorität des Staates, die einfach verneint war, und der Anständigkeit jedes einzelnen, gleichviel ob Erzeuger oder Verbraucher.

Die Zwangswirtschaft war ein Instrument der Kriegsführung, als solches unentbehrlich. Man mußte dem Handwerker den Rohstoff vor dem Zugriff des kapitalstarken Industriellen schützen, den Unbemittelten vor der Gefahr einer sinnlosen Preisgestaltung der Lebensmittel. Die Erfassung, Verteilung, Preissicherung war moralisch geboten, im Hinblick auf die Kriegsnotwendigkeiten. Aber dieser „Kriegssozialismus" wurde erkauft durch eine von Jahr zu Jahr sich steigernde Bureaukratisierung der Wirtschaft. Am Anfang gab es wohl Sozialisten, die in der Ausdehnung der Staatsmacht auf die ökonomische Rationierung eine Anerkennung sozialistischer Grundgedanken begrüßten; heute sind diese Töne theoretischer Befriedigung hingesunken, und man sieht, da diese Ehe zwischen Staat und Verteilungssozialismus vor ihrer Scheidung steht, daß es im ganzen doch eine ziemlich schlechte Ehe gewesen ist. Zwar mochte Fichtes „geschlossener Handelsstaat" als geistige Verklärung, nicht ohne Grund, zitiert werden — und wir haben das selber getan —, aber

Digitized by Google

ganz im großen haben die Erfahrungen dieser Jahre das Mißtrauen gegen staatliche Wirtschaftsführung aufs stärkste vertieft.

Es genügt nicht, daß man dies mit den Fehlern erklärt, die man gemacht hat. Denn die menschliche Kurzsichtigkeit ist ein Element, das als x in jeder Rechnung stehen muß; der glatte Rationalismus hat die fertigen Lösungen stets zur Hand, aber es hilft nicht viel, wenn er sich, beim Mißerfolg, mit der Dummheit der Menschen herausredet. Diese ist nämlich ein höchst aktiver Faktor allen Gemeinschaftslebens. Aber es handelt sich nicht darum, etwa festzustellen, daß die politisch zu erklärende Heraufsetzung der Brotration sachlich kaum zu verantworten war, oder daß die Preisfestsetzung für Brotgetreide, für Vieh allzu lange am Konsumenteninteresse kleben blieb, ohne Einschaltung der maßlos gestiegenen Produktionskosten der Landwirtschaft — sondern: alle solche verfehlten Maßnahmen sind unvermeidlich, weil sie künstlich aus tausend Erwägungen geboren werden, um schließlich an den Launen der Natur, am guten oder schlechten Willen der Menschen ihre feste Grenze zu finden.

Als die öffentliche Meinung der Deutschen vom Kriegspresseamt bestimmt wurde, hatten wir den Befehl, auf dieses ganze verwickelte Gebäude der öffentlichen Bewirtschaftung stolz zu sein. Und wie waren wir stolz! Zwar protestierten wir überall in den neutralen Ländern gegen den Aushungerungskrieg der Entente, im gleichen Atem, ebenso befehlsgemäß, versicherten wir triumphierend, daß in Deutschland kein Mensch Hungers sterbe — denn die Deutschen verstehen sich auf die Organisation. Ganze eitle Philosopheme wurden um dies Wort geschrieben, wir brüllten es uns ins Ohr, schließlich glaubte drei Viertel von Deutschland daran, das Organisieren sei eine Gottesgabe an die Deutschen, und mit diesem Zauberstab lassen sich alle Nöte bannen. Wir haben uns entsetzlich verrannt, weil wir formelgläubig geworden (wie jetzt etwa vielen Menschen alle Rätsel sich lösen mit dem Schlagwort: „Kammer der Arbeit"); wir haben übersehen, daß Organisation nichts anderes ist, als ein armseliges Wort, hinter dem sich Registraturen, Karthotheken, Statuten, Schreibmaschinen, Beamte, Paragraphen, schließlich ein Staatsanwalt, aufhalten, daß es aber in der Wirkung ganz auf die Menschen ankommt, was sie daraus machen, etwas Gutes, etwas Schlimmes, hier klug, dort dumm, oder ob sie überhaupt den ganzen Kram auf sich beziehen. Besonders dies letztere haben sie von Jahr zu Jahr sich abgewöhnt. Man kann den Schieber den Deserteur der Kriegswirtschaft nennen; muß dann aber sagen, daß wir uns schon lange im Zustand der Massendesertion befinden, zwar Kaders und Stammrollen besitzen, aber keine Mannschaft. Unsere öffentliche Wirtschaft, nicht nur unser Geld, wurde zu Papier und ist heute in vielen Bezirken so entwertet, daß man sie als Makulatur behandeln soll.

Digitized by Google

Die Fragestellung spitzte sich zu, seit durch das Hindenburgprogramm in die Industrie die Gewöhnung an die hohen Preise kam, die mit dem Kriegsende keineswegs aufhörten, sondern mit Warenhunger und Geldentwertung immer weiter stiegen. Die öffentliche Wirtschaft im Gewerbe zerbrach an Exportbedürfnis und an der Verwirrung, die das „Loch im Westen" stiftete. Aber sie blieb gegenüber der Landwirtschaft. Und hier setzte zwangsläufig die Verstimmung des Bauern ein. Was er persönlich brauchte, Kleider, Schuhe, mehr noch, was sein Betrieb benötigte, vorab künstlicher Dünger und landwirtschaftliche Geräte, gingen im Preis sprunghaft, letzteres um ein Vielfaches, in die Höhe, während er in seinen Preisen gebunden war. Die Rechnung stimmte nicht mehr. Zwar hat die Landwirtschaft während des Krieges dick verdient, und das hat die gesunde Wirkung einer weitreichenden ländlichen Entschuldigung gehabt — aber viel von dem, was vielbeneideter Kriegsgewinn war, ist heute fragwürdig geworden, wenn es als Betriebskapital zum Neuaufbau der Wirtschaft zu gelten hat. Völlig sinnlos, diese Dinge mit dem Gefühl des Gönnens oder des Mißgönnens zu betrachten — die Frage heißt ganz einfach, ob wir uns den Luxus gestatten können, daß Teile der deutschen Landwirtschaft aus kühler Berechnung notwendig zu einer extensiven Wirtschaft zurückkehren.

Der städtische Arbeiter hat eine sehr einfache Denkart über diese Dinge. Für ihn selber sind Lohnbewegungen etwas selbstverständliches geworden, er nutzt alle Möglichkeiten, den Preis seiner Ware Arbeit zu steigern, entschlossen aus und mit Recht hält er das im privaten Sinne nicht für unmoralisch; aber beim Bauern ist das etwas ganz anderes. Da ist es krassester Materialismus (die städtischen Industriearbeiter sind lauter Idealisten) und da hilft nie etwas anderes als „zwangsweise schärfste Erfassung der Lebensmittelvorräte auf dem Lande". Es gibt keinen Krakehl, keine Gewerkschaftsdeputation, keine sozialdemokratische Parteiresolution, in der das nicht enthalten wäre, und ist doch die vollkommene Lächerlichkeit. Während des Krieges, als man noch Soldaten hatte, gab es solche Streifkommandos, die solche ländlichen Razzias auf Mehlsäcke machten, nicht ohne augenblicklichen Erfolg, mit tötlichem Mißerfolg, was die Fernwirkung solcher schikanösen Methoden anlangt. Heute, da der Staat keine Macht mehr hat, ist es kindisch, von ihm Maßnahmen zu verlangen, für die ihm die Werkzeuge fehlen, wie ja auch die volkstümlichen Forderungen, daß man die Schieber und Wucherer mit Lebensmitteln drakonisch bestrafen sollte, darunter leiden, daß der Staat keine Richter mehr besitzt, nicht mehr besitzen kann, denen das Uebertreten staatlicher Ordnung nicht selber mehr oder weniger süße Gewohnheit geworden.

Das deutsche Ernährungsproblem muß in vordere Linie stellen die Tatsache, daß uns der Versailler Frieden im Norden und Osten weite Gebiete genommen, Getreideboden, Kartoffelland, Rübenfelder, agrarische

Digitized by Google

Ueberschußbezirke. Schon vor dem Krieg war Deutschland auf Einfuhr angewiesen, im Krieg konnten wir nur deshalb leben, weil die Feldzüge weiteren Ackerboden in unserem Herrschaftsbereich gebracht und die Ernährung folgenschwer genug verschlechtert wurde. Der Zwang zur Deckung des Zuschußbedarfes vom Ausland ist schärfer geworden. Das jetzige Verfahren der Inanspruchnahme internationalen Kredits für den Einkauf, ist nur für den Uebergang möglich — wir müssen verkaufen, um kaufen zu können. Ist unsere Wirtschaft wieder in Gang, so haben wir, neben Kohle und Kali, industrielle Fabrikate zu bieten; aber deren Sinn auf dem Weltmarkt ist, uns gewerbliche Rohstoffe zu sichern, damit uns hier der Veredelungsverkehr nicht verloren gehe. Die Zukunftsaufgabe kann also nur sein, die Einfuhr an Lebensmitteln möglichst hintanzuhalten, auf Weine und Südfrüchte, auch auf Fleisch vom Ausland möglichst zu verzichten, dafür nach Oelsaaten und Futtermitteln Ausschau zu halten, um die eigene Viehhaltung wieder aufzubauen. Es ist wirtschaftlich falsch, amerikanischen Speck einzuführen, richtig aber, durch fremdes Mais deutschen Speck herzustellen. Es ist wirtschaftlich falsch, auf die Dauer öffentliche Gelder zur Niederhaltung der Preise eingeführter Lebensmittel zu verwenden; denn wenn die Steuer das wieder einbringen soll, so stellt das ganze nur ein Verfahren dar, wie das Volk sich selber betrügt. Die große Schwierigkeit für uns besteht heute noch darin, daß wir fast ausschließlich auf Länder angewiesen sind, denen gegenüber unsere Valuta sehr übel dasteht; sobald sich einmal zum Osten hin, soweit dort die Geldentwertung noch ärger ist, die wirtschaftlichen Möglichkeiten klären, wird sich dies Problem vereinfachen.

Es kommt unter solchen Umständen alles darauf an, die deutsche Landwirtschaft produktionsfähig und produktionsfreudig zu machen. Man verschone sie mit Sozialismus. Es gibt keinen hahnebüchneren Dilettantismus als die verstaatlichte Agrarwirtschaft des unabhängigen Professors Ballod, der herrliche Statistiken über die mögliche Ertragssteigerung aufmacht, aber vergißt, daß Seele und Wille der Menschen sich nicht in Statistiken festlegen lassen. Die Landwirtschaft sträubt sich nicht nur nach Lage, Bodenart, Herkommen gegen das Schematisieren, sondern ist zu sehr an Wetter, Krankheiten und sonstige Zwischenfälle gebunden, um nicht einen durch und durch individualistischen Charakter zu haben, den nicht der Staat mit Gesetzen, sondern nur die Freiwilligkeit in Genossenschaften und ähnlichem einigermaßen begrenzen kann.

Entscheidend sind nicht die Gesetze und Ordnungen, die zur bloßen Fiktion wurden, sondern das Greifbare, die Vorräte. Haben wir ein, zwei gute Ernten, so sprengt die Natur die Bedingungen des Staates. Ueber diesem schlimmen Jahr, in dem wir leben, liegt der Segen der Fruchtbarkeit und die Aussicht auf eine frühe Ernte. Bessert sich unsere

Digitized by Google

Valuta weiterhin und kann sich Deutschland als Getreideaufkäufer im Spätherbst vom Weltmarkt etwas zurückziehen, so wird auch hier der Preis für die notwendigen Zuschußkäufe sinken — viel hängt hier natürlich auch davon ab, wie der Frachtraumpreis und wie die Ernteaussichten in Uebersee.

Wie liegt die Sache im Einzelnen? Die Kartoffelfrage, noch im Frühjahr unsicher, ist jetzt spruchreif. Zwischen den Städten und den ländlichen Lieferungsverbänden, sind Abschlüsse auf 120 Millionen Zentner zu 30 M. abgeschlossen worden — die überschießende Erzeugung gehört dem freien Markt. Die Städte haben kaum mehr als ein Viertel davon angemeldet; sie nehmen mit Recht an, daß die Ware im Handel billiger werden wird und haben in ihrer verlustreichen Eindeckungspolitik offenbar ein Haar gefunden. Die öffentliche Bewirtschaftung gerade dieser Ware hat je und je sehr hohe Lehrkosten verursacht — sie erscheint reif, zu verschwinden.

Die Zwangsbewirtschaftung des Fleisches ist längst zum Märchen geworden — sie erstreckt sich fast nur noch auf das vom Ausland eingekaufte Gefrierfleisch. In allen Wirtschaften ißt man das schwarzgeschlachtete Fleisch kartenlos, während der Haushalt — und nicht nur in den Großstädten — auf Auslandsware angewiesen bleibt. Die Freigabe des Leders hat hier die Berechnungen des Staates zerrissen — als die Haut teurer geworden war als das Vieh, gab es eine Prämie auf Staatsbetrug. Der Versuch, durch Steigerung der offiziellen Fleischpreise den Antrieb zum Markt zu verwehren, kommt zu spät; das System ist innerlich durchlöchert und es gibt schon eine Reihe von Bezirken, wo die lokalen Behörden suo iure Reichsverordnungen einfach aufgehoben haben, unter stillschweigender Nichtbeachtung der Landesämter. Futtermittelernte, Futtermittelkäufe sind wirksamer, den Fleischbestand zu mehren und dann den Ausgleich zwischen amtlichen und Schleichhandelspreisen einzuleiten.

Im Zuckerrübenbau haben zögernde Preispolitik und Arbeiterschwierigkeiten die bepflanzten Flächen stark vermindert — früher waren wir starkes Ausfuhrland, jetzt schicken wir den Tschechen Lokomotiven für Zucker! Auch hier kann die Freigabe nur so wirken, daß die Spanne zwischen dem offenen und dem heimlichen Preis zusammenschrumpft und dann langsam eine Genesung eintritt. Die Machtmittel des Staates haben hier völlig versagt — während der Zucker verschwand, blühten die Dividenden der Fabriken .

Zurückhaltend muß man sein gegenüber Milch und Getreide. Wird Milch völlig freigegeben, so geht sie den unbemittelten Kranken und den Kindern der Großstädte vollends verloren. Eine zeitlang war der Milchpreis die besondere Angelegenheit einseitigen Kampfes — tatsächlich vielfach zu niedrig, vom Städter aber vor allem bekrittelte, weil er die stark gewachsenen

Digitized by Google

Zwischenkosten der Gefässe, und der Löhne und der Transporttarife nicht anschlug. Aus einer Reihe von Bezirken kommt jetzt die Nachricht, daß die Bauern mit niedrigeren Preisen zufrieden sind, als ihre Verbände für sie erkämpfen wollten — ist es die Rückwirkung der städtischen Krawalle oder die gesunde Folge der guten Heuernte?

Das Getreide aber muß einstweilen noch in öffentlicher Kontrolle bleiben, weil hier ein Preisausgleich zwischen einheimischer und fremder Erzeugung festgesetzt werden muß. Die unmittelbare Anpassung an den Weltmarktpreis würde zu einer Revolutionierung der gewerblichen Löhne führen und in ihrer Rückwirkung auch den Bauern als Käufern sehr rasch spürbar werden. Die Formel mancher landwirtschaftlichen Verbände, die während der Wahl zu hören war: Sofortige Aufhebung der ganzen Zwangswirtschaft bei Sicherstellung billiger Lebensmittel für die Minderbemittelten! ist natürlich nichts anderes als eine Agitationsphrase; denn der ganze teure Apparat der Kommunalverbände, auf den man so schimpft, müßte für die künstliche Durchführung dieser Forderung, mit einigem organisatorischem Umbau, aufrechterhalten werden.

Man soll sich aber nicht der Tatsache verschließen, daß der Abbau der öffentlichen Wirtschaft manche Erschütterungen herbeiführen wird und daß einige Zeit hingehen mag, bis sich zwischen Angebot und Nachfrage halbwegs gesunde Verhältnisse eingespielt haben. Wir werden sehr peinliche Erfahrungen machen, können es heute schon, wie der Handel, wenn er etwa aus Galizien oder selbst Italien Eier einzuführen versteht, außerordentliche Gewinne machen wird. Bei Fischen und dergleichen wird es ähnlich sein. Wir erleben auch, wie die sozialistischen Radikalen die Aufhebung der öffentlichen Wirtschaft als „konterrevolutionär" frisieren und noch einmal ihre ganze Liebe an diesen „Sozialismus" hängen, obwohl der mit dem heiligen Marx nicht das geringste zu tun hat. Die Agitation in der kritischen Zeit, in die wir hineingehen, wird hier Kraft zu ziehen suchen, und es ist leider etwas aussichtslos, dem Handel und der Landwirtschaft, die darauf brennen, frei zu werden, moralische oder politische Ansprachen zu halten. Aber es hilft nichts. Im Hintergrund aller Erwägungen steht die von Sentimentalitäten freie Ueberlegung der Produktionssteigerung der Landwirtschaft, die nur auf dem guten Willen und guten Preisen ruht (denn aus Liebe arbeitet der Bauer nicht für den Städter, dessen achtstündiger Normalarbeitstag ihm sowieso ein Aergernis ist). Und daneben das andere: der Staat, der von der Rückkehr der Autorität genesen soll, darf nicht tagtäglich von jedem Volksgenossen sich beweisen lassen, daß die Macht seiner Gesetze eine Lüge ist.

Digitized by Google

Georg Dehios Geschichte der deutschen Kunst und ihre nationale Bedeutung

Von Dr. P. J. Meier-Braunschweig

Wenn ich in dieser politischen Wochenschrift auf den vor kurzem herausgegebenen I. Band des genannten Buches[1]) zu sprechen komme, so geschieht es nicht, um die Leser für etwas zu gewinnen, was über die Grenzen der „Deutschen Politik" hinausgeht. Es steckt aber in dem Buche noch etwas ganz anderes als in einem der üblichen Kunstgeschichtswerke. Dehio hatte schon vor dem Kriege seine Lehrtätigkeit an der Straßburger Universität nach langen Jahren eines überaus segensreichen Wirkens aufgegeben, hauptsächlich, um in der auf drei Bände berechneten Geschichte der deutschen Kunst die reifen Früchte seiner wissenschaftlichen Tätigkeit zu pflücken. 1915 war der erste Band niedergeschrieben, konnte aber erst 1919 gedruckt werden, und so fügte der Verfasser dem Vorwort von 1915 am 31. Oktober 1918 den ergreifenden Satz hinzu: „Heute noch darf ich diese letzten Zeilen des Buches an dem Ort schreiben, an dem es — nicht zufällig — entstanden ist, im Angesicht des Münsterbaues, dessen Steine in Ewigkeit deutsch reden werden, auch dann noch, wenn bei den Menschen um ihn her der letzte deutsche Laut verklungen sein wird, abgeschworen und vergessen." Dann kam die Vertreibung aus der deutschen Stadt, die für den geborenen Revaler eine zweite Heimat geworden war.

Dehio, einer der führenden Meister auf dem Gebiete der Kunstgeschichte, hat nicht die Absicht gehabt, durch sein Werk das kunstgeschichtliche Wissen der Gebildeten zu vermehren. Was er will, zeigt schon das schöne Vorwort in dem Satz: „Mein wahrer Held ist das deutsche Volk. Ich gebe deutsche Geschichte im Spiegel der Kunst, in diesem Selbstbekenntnis des deutschen Innenlebens, das über bestimmte Seiten desselben mehr und deutlicher auszusprechen hat, als irgendeine andere Quelle." Und wenn er die deutsche Kunst zum Gegenstand des Buches macht, so weiß er wohl, daß die Wissenschaft ihrem Wesen nach übernational ist, daß es keine deutsche, französische, englische Wissenschaft gibt; ihm kommt es auf Bildung an, und Bildung entsteht nur auf dem Boden der Nation. Er hält es deshalb für vollberechtigt, wenn die deutschen Gelehrten von Winkelmann bis Jakob Burckhardt und Justi sich mehr mit fremder als mit der deutschen Kunst beschäftigt haben, aber er tadelt es, daß die deutsche Bildung oft denselben Weg ging; für sie hätte es nichts Wichtigeres in der Welt gegeben, als die deutsche Kunst. Und

[1]) Berlin, Verein. wissenschaftl. Verleger, 1919. Textband geb. 25,50, Tafelband 32 M.

Digitized by Google

„deutsche Kunst in uns aufzunehmen, heißt in Kontakt mit dem Seelenleben unserer Vorfahren treten. Deutsche Kunst verstehen heißt: uns selbst verstehen, unsere angeborenen Anlagen und was das Schicksal aus ihnen gemacht hat, unser Selbstgeschaffenes und unser Erworbenes, unser Erreichtes und unser Versäumtes, unser Glück und unsern Verlust — alles in allem: die Kunst als etwas mit der Ganzheit des geschichtlichen Lebensprozesses unseres Volkes unlöslich Verbundenes." Und auch darüber belehrt schon das Vorwort, daß es dem Verfasser in erster Linie darauf ankommt, das Verhältnis der deutschen Kunst zur Ueberlieferung und zu den umwohnenden Völkern festzustellen, und hier wendet er sich scharf gegen zwei Vorstellungen, die sich gegenseitig ausschließen, aber im Irrtum sich gleichbleiben: gegen die Deutschtümelei von einer urdeutschen Kunst und gegen „die sinnlosen Verlästerungen durch unsere Feinde, welche die Geschichte der deutschen Kunst als ein einziges Plagiat denunzieren". Als Dehio dieses schrieb, war schon jener perverse Aufsatz Emil Mâles erschienen, der uns Deutsche als elende, aber eitle Nachbeter französischer Kunst anzupöbeln suchte. Dehio hält sich für zu gut, solche Anschauungen zu widerlegen, er schüttelt sie vornehm mit Worten Goethes und Jakob Burckhardts ab und fügt von sich aus hinzu: „Sind etwa die Rose und der Weinstock deshalb weniger unser, weil wir wissen, daß sie einmal aus fremden Zonen eingeführt wurden?" Wir Deutschen, ja wir Germanen sind in einem entschieden zu kurz gekommen, das ist das Gefühl für äußere Form, und da die Kunst schließlich ohne diese nicht gedeihen kann, so haben wir immer und immer wieder einen Ersatz dafür gesucht, indem wir uns an die romanischen Völker, die mit Formgefühl reichlich gesegnet sind, um Belehrung wandten oder am Born der Antike schöpften. Aber gerade deshalb findet Dehio immer wieder Gelegenheit, auf diese sich stets wiederholende Auseinandersetzung des deutschen Meisters mit fremder Kunst einzugehen, und wenn er auch weit davon entfernt ist, die Entwicklung der deutschen Kunst für gut genug zu halten, um an ihr nur seinen Lehrsatz zu beweisen, so kommt er doch immer von neuem darauf zu sprechen, was der Deutsche entlehnt und was er von sich aus dazugebracht hat.

Wir Deutsche sind noch niemals im Laufe unserer Geschichte so tief wie jetzt gedemütigt worden, nicht bloß von unseren äußeren Feinden, sondern auch von den eigenen Volksgenossen. Man wagt ja kaum noch die Augen — auch dem neutralen Ausland gegenüber — zu erheben, so schmählich kommt man sich selbst vor. Jetzt, wo einfach alles danieder-

Digitized by Google

liegt, wo sich kaum noch der geringste Ansatz zu einer Besserung zeigt, finden wir wohl in eiserner Tätigkeit eine Ablenkung, in der Erfüllung strengster Pflicht die Kraft, um überhaupt nur weiter zu leben, aber das Herz ist nicht dabei in Mitleidenschaft gezogen, und wir laufen Gefahr, innerlich zu verdorren. Und da kommt Dehios Buch zur rechten Zeit, indem es uns zeigt, was deutsche Kunst seit den Zeiten Karls des Großen bis heute für uns bedeutet, was sie für die ganze gebildete Welt geleistet hat. Wo immer sich die Anregung bietet, wo etwas Neues auftaucht, greift der deutsche Künstler danach; er hat eine wunderbare Gabe, sich auch fremder Form anzupassen. Aber das ist so lange noch kein Fehler, sondern geradezu ein Vorzug, als er sich dem Fremden nicht vollkommen preisgibt, und mit größter Begeisterung folgt auch der Fachgenosse Dehios meisterhaften Ausführungen gerade an den Stellen, wo er zeigt, wie aus dem, was uns andere gelehrt, etwas ganz Neues, durch und durch Deutsches von oft köstlichem Reiz entsteht. Das gilt schon — um doch wenigstens einige Beispiele anzuführen — von dem ersten monumentalen Bau auf deutschem Boden, der Pfalzkapelle in Aachen, dem Werk Odos von Metz, das auf Grund einer fremden Anregung durch einen durchaus eigenen und überlegenen Baugedanken verkörpert, in konstruktiver wie in rein künstlerischer Beziehung gleich hoch steht. Noch bedeutungsvoller ist für die weitere Entwicklung der kirchlichen Baukunst die karolingische Basilika gewesen. In drei Dingen haben die Deutschen hier eine wichtige Neuerung gebracht, die namentlich künstlerisch, aber auch konstruktiv von großer Bedeutung war: sie schufen für den Grundriß die Form des lateinischen Kreuzes, die dem Ganzen erst den rhythmischen Abschluß gab, sie fügten dem Körper der Kirche ein westliches Turmpaar zur vollsten Einheit hinzu und sie erfanden schließlich die Wiederholung des Querschiffes und der Apsis auch im Westen, eine Form, die in der Abrundung des Ganzen erst den vollen Triumph feiert. Am größten erscheint die Abhängigkeit der deutschen Kunst des Mittelalters von der französischen in der Uebernahme des gotischen Baugedankens. Darüber besteht kein Zweifel mehr — und gerade deutsche Gelehrte, insonderheit Dehio selbst, haben hier volle Klarheit geschaffen —, daß der Grundgedanke, ein Kreuzgewölbe nicht eigentlich auf eine geschlossene Mauer, sondern lediglich auf die vier Eckstützen zu legen und nur diesen durch Strebepfeiler und Strebebögen die nötige Stärke zu geben, die Mauer selbst aber in weiten Fenstern völlig aufzulösen, daß dieser Gedanke, von dem alles andere abhängt, in dem Geiste eines französischen Baumeisters entstanden ist, und daß alle deutschen Dome gotischen Stils, auch wenn wir die selbständige Einzelgestaltung in Anrechnung bringen, auf diese fran-

Digitized by Google

zösische Erfindung zurückgehen. Aber Dehio führt überzeugend aus, daß gleichzeitig und vollkommen selbständig auch bei uns der Gedanke in die Tat umgesetzt ist, die Mauer zu erleichtern und die Masse des Steinwerks lediglich an den Ecken zu belassen, nur daß bei uns die Form der Nische und der offenen Gallerie gewählt ist. Beim Franzosen bedeutet die neue Weise einen Bruch mit der Vergangenheit, bei uns erwächst sie folgerichtig aus der romanischen Kunst. Und selbst, als sich nun die französische Gotik mit ihrer rücksichtslosen Logik als konstruktiv überlegen erwies, gab sich der deutsche Architekt nicht preis, sondern schuf z. B. in der Trierer Liebfrauenkirche und in der Marburger Elisabethkirche Kunstwerke, die die völlig selbständige und überaus glückliche Fortführung eines übernommenen Gedankens darstellen. Andererseits hätte der französische Konstrukteur wohl über die naive Art gelächelt, mit der der Baumeister von Maulbronn, ohne überhaupt den Kerngedanken der Gotik begriffen zu haben, sein dortiges Paradies ausgeführt hat. Und doch weiß der Deutsche den technischen Mangel völlig wettzumachen durch ein überaus feines künstlerisches, aus dem deutschen Empfinden heraus geschaffenes Gebilde, das der Franzose in dieser Weise nicht kennt. Und der Baukunst tritt die Plastik gleichwertig zur Seite, wenn ich mich hier auch mit einem, allerdings besonders überzeugenden Beispiel begnügen muß. Die berühmten, aber dem deutschen Gebildeten vermutlich lange nicht so gut, wie etwa die Kanzel Niccolò Pisanos, bekannten Stifterfiguren im Westchor des Naumburger Doms sind ohne das Vorbild der großartigen französischen Plastik des 13. Jahrhunderts gar nicht zu denken. Und doch hat der deutsche Meister hier ein Werk geliefert, das weder in der Form von einem französischen übertroffen noch gar im geistigen Inhalt von einem solchen erreicht wird. Es handelte sich um die Aufgabe, zwölf an sich gleichartige Gestalten an den Diensten des Chors anzubringen; von sich aus fügte der Bildhauer noch die weitere Aufgabe hinzu, diese Gestalten trotz ihrer äußerlichen Gleichheit innerlich doch möglichst stark zu unterscheiden, und dazu benutzte er die Ueberlieferung, daß einer der Stifter durch das Gottesurteil eines Mordanschlages gegen Heinrich III. überführt wird, die anderen Stifter aber alle treue Anhänger des Kaisers waren, und stellte nun gewissermaßen den Haß, die Furcht oder die Abwehr gegen den Verräter dar, aus einem inhaltlosen Nebeneinander somit eine lebensvolle Handlung schaffend[2]).

[2]) Der Referent darf wohl auch hier der Freude Ausdruck geben, daß diese von ihm selbst 1904 gegebene, aber bisher verworfene Deutung von Dehio rückhaltlos übernommen ist.

Digitized by Google

Ich müßte Dehios Buch ausschreiben, wollte ich es auch nur in dieser einen Gedankenrichtung erschöpfen. Aber noch ein Wort allgemeiner Art sei hier erwähnt. Denn wenn Dehio sagt, daß es das Schicksal dem Deutschen unendlich schwer gemacht hat, ein Kunstvolk zu werden, weil die Formlosigkeit als Erbmangel mit dem germanischen Geist verbunden ist, daß aber das Schwererrungene zugleich das Wertvollste ist, so dürfen wir dies vielleicht auf das Gebiet der Politik anwenden und aus der Parallele die Hoffnung schöpfen, daß wir auch hier — trotz allem — der unsagbaren Schwierigkeiten innen wie außen noch Herr werden und unsere Nachkommen um so stolzer auf das Errungene zurückblicken, je tiefer wir selbst gesunken waren.

Schluß der Redaktion Freitag mittag
Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 90. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Soeben erschien:

FRIEDRICH NAUMANN

Ein Lebensbild

von

Martin Wenck

Der Mensch und der Politiker Naumann, der unvergeßliche Führer, ist in diesem Werke in seinem Wesen, Werden und Wirken von einem seiner ältesten Mitarbeiter treu geschildert. Das längst erwartete Buch wird allen Freunden Naumanns eine willkommene Erscheinung sein und ein **wahres Hausbuch** werden.

160 Seiten und 2 Bilder.

Preis geheftet M 9.—, gebunden M 12.—
dazu die örtlichen Sortimenterzuschläge

Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe") G. m. b. H., Berlin NW 40

Digitized by Google

AUSLANDSPOST

Politik des Auslands, Kultur und Weltwirtschaft
Einzeln 90 Pfg. Erscheint wöchentlich Vierteljährlich 9 M.

Die Aufgabe

UNSERE Wochenzeitung stellt sich eine Aufgabe, die in ihrer Einfachheit und Klarheit ohne weiteres einleuchtet. Sie legt dem deutschen Leser die wichtigsten Äußerungen der ausländischen Presse in wortgetreuer Übersetzung vor — aus einer Masse von Zeitungen aller Länder, die der Einzelne niemals, bei dem jetzigen Stand der Valuta weniger als je, zu verfolgen vermag, und in einer Vollständigkeit der Uebersetzung, die kein anderes Organ in Deutschland liefert.

Aus den eingegangenen Urteilen:

ULRICH RAUSCHER, Ministerialdirektor, Leiter der Nachrichtenabteilung im Auswärtigen Amt, Berlin: „Die Auslandspost wird seit ihrem Erscheinen durch die Lektorate des Auswärtigen Amtes verfolgt. Sie erscheint besonders durch ihre ansprechende Form und die geschickte Zusammenstellung recht geeignet, den Interessenten wichtige Pressestimmen des Auslandes nahe zu bringen."

MAXIMILIAN HARDEN: „Dieses Unternehmen scheint mir ungemein nützlich, scheint mir so nahe dem heute für uns Wichtigsten, daß ich hoffe, auch die Ausgestaltung ins ganz Internationale (also nicht in Deutschland begrenzt) wird sich „von selbst" ergeben. Glückauf!"

Geheimrat Prof. Dr. LUJO BRENTANO: „Ich kann Ihnen nur Beifall spenden. Möge Ihr Unternehmen in jeder Hinsicht gedeihen. Es ist dringend nötig, daß das deutsche Volk über das Ausland besser als bisher orientiert werde."

Man abonniere bei den Buch- und Zeitschriftenhandlungen, bei der Post oder unmittelbar beim Verlag

VERLAG „DER NEUE MERKUR"
MÜNCHEN / THERESIENSTRASSE 12

Digitized by Google

Erwache, ehe es zu spät ist, mobilisiere deine gesamten geistigen Streitkräfte, passe deine Fähigkeiten den verantwortungsreichen Forderungen dieser furchtbaren Epoche an, denn die Weltgeschichte wird einst darüber richten, ob du nach 1918 den deutschen Namen noch mit **Stolz** tragen darfst und ob du ihn mit **Würde** trugst. Deutscher, erkenne dich selbst und erziehe dich selbst, erziehe dich zum Charakter, zur geschlossenen Persönlichkeit, sei mäßig in deiner Lebensführung, bilde dein Gedächtnis, deine Denkkraft und dein Wissen aus, bringe Verstand und Gemüt in Einklang, um rein menschliche Empfindung wie Freundschaft, Liebe zu Familie und Vaterland nicht überwuchern zu lassen von den Sorgen ums tägliche Leben, laß vor allem einen stahlharten Willen dein erstes Ziel sein, denn

Ein Kampf ohnegleichen

steht dir bevor, der Kampf mit allen Lastern einer verworfenen Zeit und mit Hochverrätern, die das deutsche Reich zertrümmern wollen, um ein Weltreich der Anarchie und Zuchtlosigkeit zu errichten. So stehen wir alle vor hohen gewaltigen Aufgaben, die gar manchem schier zu hoch und zu gewaltig erscheinen möchten, und doch gibt es für den Schwächsten eine Möglichkeit, seine schlummernden Talente und Gaben zu wecken und dadurch an der Wiedergenesung seines Volkes mitzuarbeiten, selbst er kann zu den ungeahntesten Erfolgen im Leben gelangen. Wie dies zu verwirklichen, lehrt die heutzutage geradezu unschätzbare Geistesschulung des bekannten Psychologen und Sozialpädagogen L. Poehlmann in München P 41 Amalienstr. 3. Der Verfasser tritt mit seinen Schülern je nach Wunsch persönlich oder brieflich in Verbindung (die näheren Bedingungen ersehe man aus dem reichhaltigen Prospekt, der auf Wunsch kostenlos zur Verfügung steht), er zeigt Ihnen an praktischen, genial durchdachten Beispielen und Uebungen den Weg zur Gesundheit, zu einem scharfen Gedächtnis und willensstarken Können, er erweitert Ihr Wissen in staunenswerter Weise, bildet Verstandes- und Gemütsleben zu wunderbarem Reichtum aus und ebnet durch unermüdliches Eingehen auf alle Sonderheiten des Schülers, durch unermüdliches Belehren und Wiederholen den Pfad

zu wahrer Freiheit!

Die eigenartige Poehlmannsche Methode der Geistesschulung, welche jede Verwandtschaft mit ähnlich klingenden wertlosen Broschüren entschieden ablehnt, hat sich in fast drei Jahrzehnten bewährt, bedeutende Gelehrte, Politiker und Schriftsteller, eine große Anzahl von Arbeitern und Beamten legen Zeugnis ab für ihren hohen Wert. Sollte sie, die Tausende zu Glück und Ansehen geführt hat, nicht gerade jetzt mehr denn je eine wichtige Waffe bedeuten im Kampfe gegen die geistige und sittliche Verwilderung, sollte sie nicht gerade jetzt statt **Tausende** von Anhängern **Hunderttausende** gewinnen, zum Wohle der Nation und damit jedes einzelnen? Wer ehrliche Hilfe sucht, der findet sie in dieser Anleitung zur Selbsterziehung, der wird durch sie ein wertvoller Mensch, ein Charakter, eine Persönlichkeit! Ein Volksheer von solchen Männern tut Deutschland not, dann können wir nun und nimmermehr untergehen.

Digitized by Google

Ein Appell an das deutsche Volk!

Alle guten Geister scheinen unser deutsches Vaterland verlassen zu haben — Mord, Raub und Sittenlosigkeit, wohin man blickt, moralische Notzucht und Vergewaltigung durch radikale Elemente, Unterdrückung des Willens zur Arbeit und zur Ordnung! Dabei der noch immer gehässige Feind vor den Toren, Zwietracht im Innern säend und durch die „schwarze Pest" unsere Frauen verseuchend zum Schaden, ja zum Untergang, zum rettungslosen Verderben der kommenden Generation! Deutsche, seid ihr blind und taub, seid ihr so von aller Vernunft, vom nacktesten Selbsterhaltungstrieb entblößt, daß ihr euch nicht bis auf den Grund eurer Seele schämt, in solchen Zeiten durch **Parteihader,** durch einen ganz zwecklosen **Scheuklappenkrieg** dem armen Vaterlande, euren Mitbürgern, euren Frauen und Kindern einen fast unermeßlichen Schaden zuzufügen, der tausendmal schwerer wiegt als alles, was der Feind uns jemals angetan? Erkennt ihr denn nicht, daß nur gegenseitiges Verständnis und Entgegenkommen, **männliche Ruhe und Besonnenheit,** Arbeit und Ordnung und Gehorsam vor dem Gesetz, also innerer Friede, nicht aber **hysterisches Parteigehetz** uns retten kann? Aus euch selbst, aus der Tiefe eures deutschen Volksgeistes heraus sollt ihr empfinden, daß ihr ein einig Volk von Brüdern sein müßt, keine Parteien mehr kennen dürft, wenn ihr den Brand ersticken wollt, der uns zu verzehren droht. Hebet euch

ohne Unterschied der Parteien

über die materielle Not der Gegenwart und reicht euch brüderlich die Hände in der völkerversöhnenden Welt des Geistes, Erquickung in ihr suchend und neuen Mut, um in friedlichen Zusammenwirken das Beste zu gestalten für unserer Heimat Glück und Wohlfahrt. Gerade weil so viel Äußerliches die einzelnen Volksgenossen trennt, muß ein **geistiges** Band geschaffen werden, das sie im Grunde doch zusammenhält, trotz alledem und alledem! Ein Volk, das die bedeutendsten Gedanken in Philosophie, Literatur, Kunst und Technik erzeugt und verwertet hat, ein Volk, dessen Geistesheroen nicht hinter den hervorragendsten Vertretern der alten Kulturen Griechenlands und Asiens zurückstehen, darf nun und nimmer in das graue Nichts, in das Meer der unwiederbringlichen Vergangenheit sinken, und in der Tat wird dies niemals geschehen, wenn wir aus dem Sumpfe des Materialismus zurückkehren in jene geistige Sphäre, in der von jeher die Wurzeln unserer Kraft gelegen sind.

Drum deutsches Volk erwache!

(Fortsetzung auf der 3. Umschlagseite)

Digitized by Google